

STRUKTUR UND SOZIALE FUNKTION DER UNIVERSITÄT BASEL

DISSERTATION

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Philosophie
der Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel

vorgelegt von

ANDREAS MILLER

von Warschau (Polen)

VERLAG P. G. KELLER, WINTERTHUR 1955

STRUKTUR UND SOZIALE FUNKTION DER UNIVERSITÄT BASEL

DISSERTATION

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Philosophie
der Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel

vorgelegt von

ANDREAS MILLER

von Warschau (Polen)

VERLAG P. G. KELLER, WINTERTHUR 1955

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität
Basel auf Antrag der Herren Prof. Dr. Edgar Salin und Prof. Dr. Ernst
Staehelin.

Basel, den 10. Mai 1951.

Prof. Dr. Fritz Meier
Dekan



Die Dissertation erscheint gleichzeitig unter demselben Titel und beim
selben Verleger im Buchhandel.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
Welche Aufgaben stellt die Gesellschaft der Universität	
A. Die Aufgaben der Universität, wie sie in den Universitätsstatuten niedergelegt wurden	9
B. Die Aufgaben der Universität im Lichte der Äusserungen einzelner Gesellschaftsmitglieder	24
Einleitung	24
a) Das Gesetz und die öffentliche Meinung.	24
b) Der deutsche Idealismus als Gründer der neuen Universität	25
c) Zu den Quellen	27
1. Pflege der Wissenschaft als Aufgabe der Universität	28
2. Berufsausbildung als Aufgabe der Universität	31
3. Förderung des geistigen Lebens als Aufgabe der Universität	33
a) Förderung des geistigen Lebens der Studierenden	34
b) Förderung des geistigen Lebens innerhalb der Universität ..	37
4. Die übrigen Aufgaben der Universität	39
C. Zusammenfassung	41
Die Struktur der Universität Basel	
A. Das Verhältnis der Universität Basel zum Staate	45
B. Die Struktur der Universität	48
1. Die materielle Struktur	50
2. Die Dozenten	57
3. Die Studierenden	61
In welchem Masse erfüllt die Universität die ihr gestellten Aufgaben	
A. Die Universität als Forschungsinstitut	72
B. Die Ausbildungsfunktion	79
C. Die Erziehungsfunktion	87
Literaturverzeichnis	97



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Einleitung

Die vorliegende Arbeit stellt sich die Aufgabe, mit Hilfe soziologischer Begriffe die Stellung der Universität innerhalb der Gesellschaft zu erfassen. Die Universität wird als ein Gebilde dargestellt, das durch den Willen der Gesellschaft ins Leben gerufen, von ihr geformt und unterhalten wird, das sich aber nach eigener Gesetzlichkeit entwickelt und rückwirkend einen bedeutenden Einfluss auf die Gesellschaft ausübt. Die kulturelle und technische Entwicklung der Gesellschaft hängt doch weitgehend von der Art ab, wie die Hochschulen ihre Aufgaben zu erfüllen vermögen.

Neben den wissenschaftlich präzisierten Begriffen, mit deren Hilfe gewisse Vorgänge adäquater beschrieben werden können, gewinnen wir durch die soziologische Betrachtungsweise einen festen Standort für die Bearbeitung unseres Problems. Das Wesentliche dieses Standortes scheint uns dies zu sein: die einzelne Erscheinung wird nie isoliert, sondern immer im Zusammenhang mit anderen sozialen Phänomenen betrachtet. Daraus folgt, dass die über eine soziale Erscheinung gemachten Aussagen nur für eine bestimmte Zeit und nur für einen bestimmten Raum ihre Geltung behalten.

In der ersten Vorlesung über die Idee der Universitäten betont Steffens, dass er „nicht von der Art und Weise, wie (die Universitäten) erscheinen..., sondern von dem, was sie der Idee nach sind“, zu sprechen gedenke. Die Idee der Universität wird deduktiv aus der Idee des Staates abgeleitet und gewinnt dadurch eine überhistorische, absolute Geltung. Steffens gibt zwar zu, dass die Universitäten, „wie das Leben, schwankten, und oft... den Irrtümern der Zeit huldigten“. Er ist aber nicht an der zufälligen, in einer bestimmten Zeit erscheinenden Form der Universität interessiert. Die Aufstellung einer Norm, die Entwicklung einer Idee der Universität, die mit den Voraussetzungen seiner Philosophie übereinstimmen würde, bildet die Aufgabe, die er sich in seinen Vorlesungen stellt.

Das ist ein Beispiel einer asoziologischen Auffassung. Vom „soziologischen“ Gesichtspunkt aus, den wir im Verlaufe unserer Untersuchung konsequent anzuwenden versuchen, wird die Idee der Universität jeweils von den im Schosse der Gesellschaft wirkenden Strömungen beeinflusst und dadurch dauernden Änderungen unterworfen. Die moderne Universität wird nicht mit einer idealen, sein-sollenden Hochschule konfrontiert, die — wie die platonischen Ideen — in der Welt des wirklich realen Seins ihr Leben fristet. Um eine Basis für die Kritik an der Universität zu gewinnen, versuchen wir die Vorstellungen der Gesellschaft von der Funktion und der Aufgabe der Hochschule zu ermitteln.

Wir sprechen von der Universität als von einer sozialen Institution. Unter einer sozialen Institution verstehen wir eine dauerhafte soziale Gruppe, deren Funktion die Erfüllung gewisser, von einer grösseren, übergeordneten Gruppe gestellter Aufgaben ist. Die Institution ist für die Ausübung dieser Aufgaben mit materiellen aber auch nichtmateriellen Gütern und mit einem bestimmten System von Vorschriften und Regeln ausgerüstet ¹.

Die Universität ist eine geschlossene, organisierte Gruppe, die aus Dozenten, Studenten und dem Verwaltungspersonal zusammengesetzt und mit verschiedenartigen Einrichtungen, z. B. Hörsälen, Seminarien, Laboratorien, Bibliotheken ausgestattet ist. Sie hat gewisse Vorrechte, Vorschriften und Statuten regulieren ihre Tätigkeit. Sie übt bestimmte Funktionen innerhalb einer grösseren Gruppe aus, mit der sie eng verbunden ist; sie schöpft ihre Kräfte aus dieser Gruppe und gibt ihr gewisse Vorteile dafür.

Soziale Institutionen entstehen, wenn in einer grösseren Gruppe ein Bedürfnis nach ihnen erscheint. Das Bedürfnis muss aber die Spannung erreichen, die genügt, Kräfte zur Überwindung der vielen bestehenden Hindernisse zu mobilisieren. Den Prozess der Entstehung einer sozialen Institution können wir deutlich am Beispiel der Universität Basel verfolgen. Ihre Gründung wurde durch verschiedene, oft unsichtbar wirkende Kräfte vorbereitet. Das Bedürfnis nach einer Hochschule existierte lange vor ihrem Entstehen, es wurde aber auf eine andere Weise befriedigt: „... wer nach höherem Wissen strebte, musste sich solches in der Fremde holen. So kam es schon früh zum Besuch auswärtiger Universitäten durch Basler“ ². Zum Streben einzelner Personen nach Ergänzung ihrer Bildung durch Universitätsstudium kommen die Bedürfnisse der ganzen Gesellschaft. Man brauchte z. B. Ärzte: „... Die vorhandenen Ärzte waren wohl auch nicht immer verlässlich und für schwere Fälle ausreichend. Daher suchte der Rat... von sich aus dafür zu sorgen, dass jederzeit ein tüchtiger

1) In diesem Zusammenhang ist die Auffassung von William G. Sumners von Interesse. Bei der Besprechung des Problems der sozialen Institution unterscheidet er vier Elemente:

1. Das Personal, d. h. die ausgebildeten Mitglieder, welche von der Gruppe als ihr angehörig anerkannt sind.
2. Die Ausstattung, d. h. die verschiedenen Instrumente, welche dem Personal für die Ausübung seiner Aufgaben dienen.
3. Die Organisation, d. h. die Art und Weise, in welcher das Personal und die Ausstattung eingeordnet sind.
4. Das Ritual, welches sich aus Bräuchen, Vorschriften und Zeremonien zusammensetzt und die institutionelle Tätigkeit der Individuen reguliert.

(Vgl. William F. Ogburn, Meyer F. Nimkoff, A Handbook of Sociology, London 1947, S. 365/6.)

2) Rudolf Wackernagel, Geschichte der Stadt Basel, Bd. II, Basel 1916, S. 538.

Arzt vorhanden war oder noch besser deren zwei vorhanden waren, die sich als *physicus* ... und als Chirurg in die Geschäfte teilen konnten“³. Aber diese Bemühungen des Rates wurden durch den Mangel an genügend ausgebildeten Kräften behindert, und oft blieben beide Ämter unbesetzt.

Ähnlich verhielt sich die Sache mit den Juristen. Enea Silvio Piccolomini schrieb über die Basler, sie leben „unter einem herkömmlichen nicht geschriebenen Rechte, ohne Rechtsbuch, ohne Juristen, ohne Kenntnis der römischen Gesetze“⁴. Um eine etwas kompliziertere Frage zu entscheiden, musste man ausländische Universitäten oder Juristen weit entfernter Städte zu Rate ziehen.

Im Laufe der Zeit wuchs die Überzeugung, dass für die weitere Entwicklung der Stadt und der Gesellschaft ausgebildete Männer notwendig seien; dass die Vorbereitung an Kloster- und Pfarreischulen ungenügend war. Sie „... dienten in erster Linie dem Bedarfe der Kirche selbst. Sie sollten die Bildung geben, die durch das geistliche Amt, sowie durch den Chor- und Altdienst gefordert wurde“⁵.

Unmittelbar vor der Gründung der Universität erschien im kulturellen Leben Basels eine edle Gestalt: Peter von Andlau. Er wurde zum wahren „Herold neuen wissenschaftlichen Lebens“. Er „sammelte Wissbegierige und Schüler um sich. Er erteilte Unterricht und veranstaltete Disputationen. Ohne Lehrverpflichtung und auch ohne bestimmten Lehrauftrag. Aber — dies ist das Wichtige — durch die Bitten Vieler dazu bewogen und mit der Autorität seiner Vorgesetzten“⁶.

Auch auf anderen Gebieten konnte man eine Tätigkeit bemerken, die nach Hebung des Wissensniveaus und nach Ausbildung fähiger Menschen strebte. „Im Anschluss an die neue Münsterpredikatur werden theologische Vorlesungen eingerichtet, und zur selben Zeit, 1453, will der Rat, dass der Dominikanerprior Rieher nach Perugia oder Bologna gehe und vom Studium daselbst seiner Vaterstadt die lebendigen Quellen der Weisheit bringe“⁷.

Kein Wunder, dass ein entferntes, verhältnismässig unbedeutendes Ereignis hinreichte, die Möglichkeiten einer Universitätsgründung zu mehren und sie schliesslich zu verwirklichen. Enea Silvio Piccolomini, der als Konzil-Sekretär einige Jahre in Basel weilte, wurde im Jahre 1458 zum Papst gewählt. Der Rat wollte diese gute Gelegenheit ausnutzen und berat-schlagte zusammen mit den „Dreizehnern“ über „der Stadt Freiheiten und Sachen, die an den Papst gebracht werden sollten“. Zu diesen „Sachen“ gehörte auch die Gründung einer Hochschule.

„... Aus einem engen gleichgesinnten Kreise war der Plan der Universitätsgründung an die Öffentlichkeit und in die Behörden gelangt, und

3) R. Wackernagel, op. cit. Br. II, S. 547.

4) ebd. S. 577.

5) ebd. S. 535.

6) ebd. S. 550.

7) ebd., S. 550.

eine Fülle von Motiven, von guten und schlechten Gründen, von Absichten und von Anschauungen aller Art kommt uns nun aus den Akten dieser Verhandlungen entgegen... Man wünschte wieder zu haben, was man im Konzil gehabt hatte, und dachte sich nun die Universität als eine Art dauernden wissenschaftlichen Kongresses, zu dem Basel den Ort und einiges Andere zu geben hatte... Alle Hoffnungen fasste man in das Wort zusammen: „dass durch eine hohe Schule die Stadt wieder emporkommen möchte“... Bei einer solchen Anstalt werde man Gottesgelehrte zur Bekämpfung der Ketzerei und des Unglaubens sowie als gute Prediger und Beichter erhalten, ferner weise Männer im geistlichen und kaiserlichen Rechte, desgleichen gelehrte Ärzte und sonst vernünftige Leute, durch welche die Stadtkinder und Andere unterrichtet würden... Aber auch der municipale Stolz, Basel nun auch in diesen Dingen zu einer höchsten Heimat und Zuflucht für weite Gebiete machen zu können, da Städte und Herren ihre Räte hierher schicken, Tagsatzungen hier abhalten und die hiesigen Gelehrten konsultieren“⁸.

Endlich wurde mit gnädiger Zustimmung und Unterstützung des Papstes die Universität gegründet. Sie wurde das Werk der Gesellschaft der Stadt Basel und als deren Schöpfung sollte sie bestimmte Forderungen erfüllen. Wohl erhielt sie Autonomie zuerteilt: das Recht zu lehren, wissenschaftliche Grade zu vergeben, Statuten und Verordnungen aufzustellen. „Der hohen Schule Freiheiten“ wurden jährlich durch den Rat bestätigt. Aber trotz ziemlich grosser Autonomie war die Hochschule seit ihrer Gründung aufs engste mit dem Leben und der Entwicklung der Stadt verbunden. Sie war vom Rat abhängig: er wählte die Dozenten — die Fakultäten hatten nur beratende Stimme — und besass durch seine Deputanten grossen Einfluss. „... Alljährlich in der grossen Szene des Fronleichnamsbittganges erhielt auch sie (die Universität) ihren Platz als städtische Korporation, und ihre Doktorpromotionen erhob der Rat durch seine Anwesenheit zu solennen Akten des Gemeinwesens“⁹. Zusammen mit der Stadt erlebte auch ihre Hochschule die Periode des Glanzes, aber auch des Niederganges. Sie stieg zu einem wichtigen Element in den religiösen Kämpfen der Reformation auf, sie lockte die Forscher und Gelehrten, deren Namen der Stadt einen grossen Ruhm brachten. Sie wurde zu einem Zentrum der Wissenschaft und genoss insbesondere in der Zeit des Humanismus in ganz Europa grosses Ansehen.

Wenn wir uns mit der Genesis der Universität Basel vertraut machen, sehen wir deutlich, dass an ihrer Entstehung nicht nur geistige Einflüsse, sondern auch rein ökonomische Interessen beteiligt waren. Die Überzeugung, dass Basel als Universitätsstadt viele reiche Ausländer anziehen

8) R. Wackernagel, op. cit. Bd. II, S. 553/554.

9) ebd. S. 561.

könne und so zur Stadt eines dauernden „wissenschaftlichen Konzils“ würde, hatte auch eine Rolle gespielt¹⁰. Aber schon damals herrschte ein Missverhältnis zwischen den Erwartungen und der Realisation. Die Universitätsgründung übte keinen unmittelbaren Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt aus. Vom ökonomischen Aspekt aus war die Universität vielmehr eine Last als eine Einkommensquelle für die Stadt. In dieser Hinsicht haben sich die Erwartungen der Gründer nicht erfüllt.

In den folgenden Perioden finden wir immer diese Divergenz zwischen den Aufgaben, welche der Hochschule gestellt wurden, und ihrer Leistung. Dafür verantwortlich ist u. a. die für die Struktur jeder Institution typische immanente Trägheit. Sie ist es, die bewirkt, dass sich eine soziale Institution — in unserem Falle die Universität — neuen Einflüssen schwer zugänglich erweist. Erst dann, wenn der Druck der öffentlichen Meinung oder der Realität die nötige Intensität erreicht, ändert sich die Institution oder, wenn der Druck sehr stark ist und der Bau alt und schwach, zerbricht ihr Gefüge und sie geht zugrunde. Die öffentliche Meinung wurde jedesmal mobilisiert, wenn die Institution die ihr bestimmte Rolle gar nicht oder ungenügend erfüllte. Aber oft verfügt eine Institution über eine solche Trägheit, dass sie, trotzdem sie im Leben der Gesellschaft keine Rolle mehr spielt, als überflüssiger, der Entwicklung des sozialen Lebens oft hinderlicher Ballast fortexistiert. Sie schöpft ihr Beharrungsvermögen aus der Tradition, aus einem erstarrten System von Formen und Vorschriften.

Besonders in unseren Zeiten des unaufhörlich zunehmenden Lebensrhythmus sind wir Zeugen des dauernden Wechsels von Meinungen, von immer neu entstehenden Bedürfnissen. Rasche Veränderungen üben einen ungünstigen Einfluss auf das Funktionieren der sozialen Institutionen aus, weil, wie wir weiter oben bemerkt haben, deren Struktur nur in geringem Masse dem Umschwung folgt. Die immer grössere Diskrepanz zwischen den Forderungen der Gesellschaft und der Fähigkeit der Institutionen, diese Forderungen zu befriedigen, führt dazu, dass die in der Wirklichkeit ausgeübten Funktionen sich immer mehr von den Funktionen entfernen, die durch die übergeordnete Gruppe festgesetzt wurden.

Einer ähnlichen Erscheinung begegnen wir, wenn wir uns dem Problem der ungemein gesteigerten Anforderungen zuwenden, die nun von der Gesellschaft an die Universität gestellt werden. Sie soll nicht nur Spezialisten: Ärzte, Juristen, Ingenieure ausbilden, sondern auch eine geistige Elite erziehen, deren Aufgabe es wäre, die andern zu leiten und Entschlüsse zu

10) Heusler ist jedoch der Ansicht, dass die ökonomischen Motive bei der Universitätsgründung eine ausgesprochen sekundäre Bedeutung besaßen. „Dem Krämergeist des typischen Zunftbruders machte man die Sache plausibel durch die Aussicht auf Zuströmen von Studenten in die vom Konzil her leer stehenden Mietwohnräume und auf gesteigerten Absatz der Arbeitsprodukte.“ Andreas Heusler, *Geschichte der Stadt Basel*, 4. Auflage, Basel 1934, S. 73.

fassen. Diesen Anforderungen kann die moderne Hochschule nicht entsprechen, was wir im weiteren Verlaufe unserer Arbeit darstellen werden.

Die reibungslose Tätigkeit einer Institution wird auch durch einen anderen Faktor gestört. Die soziale Struktur kompliziert sich in immer höherem Masse. Neue Gruppen entstehen, Verhältnisse zwischen schon existierenden Gruppen ordnen sich in neuen Kombinationen. Heute kann man nicht mehr von einer bestimmten „Hierarchie“, einer Gruppenpyramide sprechen, in welcher jede Gruppe ihre genau umschriebene Stelle hat. Verschiedene Gruppen kämpfen miteinander um Einfluss und bemühen sich, möglichst viele fremde Gruppen zu unterwerfen, ihnen eigene Ansichten und Formen aufzuzwingen. Der Idealtyp der sozialen Institution, die nur einer übergeordneten Gruppe unterworfen ist und nur eine bestimmte Funktion ausüben soll, existiert in der Wirklichkeit nicht. Jede Institution erfüllt viele Funktionen und ist den Einflüssen von vielen sozialen Gruppen, die oft einander widersprechende Interessen haben, ausgesetzt. Bei ihrer Erforschung sehen wir sie in einem wirren Komplex von Einflüssen und Bestrebungen. In dieser Hinsicht spielt die früher erwähnte Eigenschaft der Institution — ihre Stabilität und grosse Widerstandsfähigkeit gegenüber allen fremden Einflüssen — eine positive Rolle: sie ermöglicht der Institution überhaupt ihre Existenz und Tätigkeit.

In diesem Zusammenhang müssen wir kurz auf das „Personal“ hindeuten. Es spielt eine grosse Rolle bei der Erhaltung einer gewissen, stabilen Linie des Institutionsbetriebes. Es besteht aus ausgebildeten Personen, die nicht leicht zu ersetzen sind; sie können auch nicht leicht zur Erfüllung einer anderen Funktion ausgebildet werden. Auf Tradition und Routine gestützt, bilden sie einen Widerstandskern; indem sie die Stabilität der Institution verteidigen, kämpfen sie oft um ihre eigene Existenz. Im äussersten, gewissermassen pathologischen Falle wächst die Bedeutung ihrer Stellung innerhalb der Institution weit über die Funktion, die sie zu erfüllen haben, hinaus, indem sich das Personal die Institution gänzlich unterwirft und ihre Funktionen verändert. Die Institution hört auf, ein der Gesellschaft dienendes Gebilde zu sein und wird zum Werkzeug ihres Personals. Als Beispiel kann der Apparat der Staatsverwaltung dienen, wenn er sich zur selbstherrlichen Bürokratie entwickelt.

Bei der Untersuchung der Struktur und der Funktion der Universität Basel haben wir folgende Probleme zu prüfen:

- 1) Welche Aufgaben stellt die Gesellschaft der Universität? Die Antwort auf diese Frage werden wir auf zwei Gebieten suchen:
 - a) in den Universitätsgesetzen und Statuten,
 - b) in der „öffentlichen Meinung“, d. h. in den Äusserungen der einzelnen Mitglieder der Gesellschaft.
- 2) Welche Struktur besitzt die Universität Basel als soziale Institution und wie ist sie mit der ihr übergeordneten Gruppe — der Basler Gesellschaft — verbunden?

3) In welchem Masse erfüllt die Universität die ihr gestellte Aufgabe?

Bei der Untersuchung unseres Problems gehen wir von der Annahme aus, dass die Strukturentwicklung der sozialen Institutionen niemals die Entwicklung von Bedürfnissen einholen kann, welche durch diese Institutionen befriedigt werden sollen. Auch bei bestem Willen und grössten Anstrengungen können die Universitäten mit veralteter Struktur den ihnen zugeschriebenen Aufgaben nicht gerecht werden.



Die vorliegende Arbeit ist im Jahre 1948 der Fakultät als Dissertation eingereicht worden. Daher sind in ihr keine neueren Zahlenangaben als 1946 enthalten. Auch die Entwicklung der Universität in den letzten Jahren wurde nicht berücksichtigt. In mancher Hinsicht hat sich inzwischen das Urteil des Verfassers geändert; doch glaubt er, auch die jetzige Form sei zumindest als Diskussionsgrundlage eines allgemeinen und ernsten Problems geeignet.

Erster Teil

Welche Aufgaben stellt die Gesellschaft der Universität?

Stellt man sich die Frage, ob die Universität als soziale Institution, die ihr von der Gesellschaft übertragenen Aufgaben befriedigend erfüllt, so muss man zunächst diese Aufgaben möglichst genau bestimmen. In unserer Arbeit geht es dabei nicht um eine willkürliche, auf persönliche Ansichten gestützte Bestimmung der Zwecke und Funktionen der Universität; als unsere Aufgabe betrachten wir vielmehr die Untersuchung, welche Funktionen der Hochschule

1. durch die Gesellschaft als Ganzes,
2. durch die einzelnen Vertreter dieser Gesellschaft zugeschrieben werden.

Die Funktionen jeder sozialen Institution sind immer, mehr oder weniger genau, durch die übergeordnete Gruppe bestimmt. Im Laufe der Entwicklung strebt jede Gesellschaft nach Präzisierung, nach Feststellung dieser Funktionen; sie will ihnen eine dauernde, konstante Form geben. Als Mittel dazu dienen häufig die rechtlichen Vorschriften. Sie geben der Institution eine endgültige Form und beschreiben genau ihre Struktur und ihre Funktionen.

Die Gesellschaft unterliegt immerfort verschiedenen Wandlungen. Die Institutionen, die rechtlich bestimmt und zu einem festen System erstarrt sind, müssen sich auch verändern, wenn sie an die neuentstandenen Bedürfnisse der Gesellschaft angepasst werden sollen, sonst verlieren sie ihre Nützlichkeit. Obwohl sie noch über eine längere Zeit ohne realen Kontakt mit der veränderten Wirklichkeit, allein durch ihre Trägheit erhalten bleiben können, so erfüllen sie doch keine soziale Funktion mehr. Normalerweise aber wirkt die Dynamik des Lebens auf die rechtliche Organisation der Institutionen und verursacht ihre Anpassung an die neuen Forderungen der Gesellschaft.

Die rechtlichen Vorschriften und Statuten einer lebendigen Institution können als ein Spiegel der gesellschaftlichen Wandlungen dienen. Sie sind ein Resultat der in der sozialen Gruppe wirkenden Kräfte. Durch die Untersuchung der Veränderungen, welchen die Statuten der Universität Basel unterlagen, erkennen wir nicht nur die Geschichte dieser Universität, sondern wir gewinnen auch eine Übersicht über die Geschichte der Gesellschaft Basels. Wir machen uns vertraut mit ihrer Entwicklung, mit den Kräften, die einen immer stärkeren Druck auf das bestehende, er-

starrte Hochschulsystem ausübten, bis sie zu seiner Aufhebung geführt und ein neues, den aktuellen Bedürfnissen besser angepasstes System geschaffen haben.

Um die Frage zu beantworten: Welche Aufgaben der Universität von der Gesellschaft gestellt wurden, greifen wir zunächst zu den Universitätsstatuten, welche eine „offizielle“ rechtlich bindende Antwort geben. Man könnte sagen, dass diese Antwort nicht von einzelnen Individuen erteilt wird, nicht durch ein oder das andere Mitglied der Gesellschaft, sondern durch das „Kollektivbewusstsein“ der Gruppe als Ganzes.

A. Die Aufgaben der Universität, wie sie in den Universitätsstatuten niedergelegt wurden

Die heutige Stellung der Universität, ihre Struktur und ihre Funktionen sind nur aus ihrer Geschichte voll zu begreifen.

Im Laufe ihres mehr als vierhundertjährigen Bestehens änderte die Universität in unablässiger Entwicklung ihre rechtliche Organisation, ihr Verhältnis zur Gesellschaft und die ihr auferlegten Funktionen. Die Universitätsgesetze, die von Zeit zu Zeit umgeformt wurden, sind gewöhnlich Wendepunkte, die eine Periode in der Geschichte der Universität schliessen und eine andere beginnen.

Im Jahre 1459, den Bitten der Stadtbürger und des Grossen Rates von Basel entgegenkommend, erliess Papst Pius II in Mantua die Stiftungsbulle der Universität. In Basel sollte eine neue Hochschule entstehen, „damit daselbst der katholische Glaube verbreitet werde, die Einfältigen unterrichtet werden, Billigkeit erhalten werde, verständiges Urteil kräftig gedeihe, die Geister der Menschen erhellet und ihr Verstand erleuchtet werden...“ Die Stadt sollte „mit den Gaben der Wissenschaft geschmückt werden, so, dass sie Männer hervorbringe, ausgezeichnet durch Reife des Urteils, gekrönt mit dem Schmucke der Tugenden und gelehrt in der Weisheit der verschiedenen Fakultäten“¹.

Einige Monate nach dem Erlass der Stiftungsbulle wurde die neue Universität feierlich gegründet. Sie war hauptsächlich eine kirchliche Institution; das Amt des Kanzlers wurde durch den jeweiligen Bischof von Basel bekleidet. In den Erlassen vom 27. und 31. Dezember 1459 hat der Papst der Universität eine Reihe von Pfründen zuerkannt, aus welchen die Hochschule unterhalten und die Dozentenschaft bezahlt werden sollte. Oft wurde auch deutlich betont, dass die Universität „zur Ausbreitung der orthodoxen Lehre, zur Förderung der Seligkeit...“ begründet wird.

1) Wilhelm Vischer, Geschichte der Universität Basel von der Gründung 1460 bis zur Reformation 1529, Basel 1860, S. 27.

„... gleichzeitig aber äusserten die Städter die Absicht, durch diese Universität nicht nur gute Prediger und Beichtväter zu erzielen, sondern auch vernünftige Lehrer, weise Juristen und geschickte Ärzte“².

Einer Dualität der Funktionen steht die Dualität der Unterordnung gegenüber: Formal war die Universität vom Papst abhängig, in Wirklichkeit aber geriet sie in immer grössere Abhängigkeit von den städtischen Behörden.

Die Basler Bürgerschaft strebte niemals danach, eine Universität zu gründen, welche unter ihrem ausschliesslichen Einfluss und ihrer Obrigkeit stünde. Im 15. Jahrhundert war das übrigens unmöglich — alle Universitäten waren mehr oder weniger eng mit der Kirche verbunden. Eine nicht unbedeutende Rolle spielten auch die finanziellen Gründe. Die Stadt wollte die grosse Last des Universitätsunterhalts nicht auf ihre Schultern nehmen. Um die finanzielle Hilfe des Papstes zu gewinnen und dadurch der Stadt diese Last zu erleichtern, schickte der Grosse Rat den Stadtschreiber Konrad Künlin und Hans von Flachland mit einer Mission zu Pius II. Die Gesandten wurden mit einer Instruktion ausgestattet, in welcher es hiess, dass sie um eine ganze Reihe von Pfründen bitten sollten; wenn aber der Papst nicht allen Forderungen zustimmen wolle, sollten sie „so viel als man eben könnte“ erlangen.

Die Universität Basel war also von Anfang an eine kirchliche und eine städtische Institution zugleich; die weltlichen und die geistlichen Einflüsse durchkreuzten sich³. Dieses komplizierte Verhältnis hätte zahlreiche Konflikte verursachen können und die neugeschaffene Institution wäre zum Gelände des Kampfes zwischen den sich widersprechenden Interessen geworden, hätte man nicht die Kompetenzen genau abgegrenzt. In den „Freiheiten der Universität“ vor der Stadt, gegeben am Mittwoch vor Pfingsten den 28. Mai 1460⁴ anerkannte die Stadt die Rechte der Universität und garantierte ihre Unverletzlichkeit. Einige Monate später erliess die Universität die sogenannten „Concordata“ oder „Compactata“, worin der Rektor und die Hochschule „sich ihrerseits zur Beobachtung der vom Rat gegebenen Bestimmungen verpflichteten und die nötigen Garantien gegen Missbrauch der Freiheiten gaben“⁵. Das Verhältnis zwischen Universität und Kirche andererseits hatte einen rein formalen Charakter und gab wenigstens bis zur Reformation niemals einen Anlass zu Streitigkeiten.

„Der hohen Schule Freiheiten... schufen ein neues Recht in Basel, eine neue Provinz des öffentlichen Wesens und im Ganzen der städtischen

2) R. Wackernagel, op. cit. Bd. II, S. 572.

3) Vgl. R. Wackernagel, op. cit. Bd. II, S. 572: Die Universität „... war weder ausschliesslich kirchliche noch ausschliesslich weltliche Institution, sondern aus dem Zusammenwirken beider Obrigkeiten erwachsen“.

4) Vgl. W. Vischer, op. cit. S. 293.

5) ebd. S. 42.

Einwohnerschaft eine nach eigenem Recht lebende Fremdegemeinde“⁶. Auf dieser Basis entwickelte sich ein Zusammenleben, das durch „eine Gleichstellung von Stadt und Universität“⁷ gekennzeichnet war, welche im Laufe der Zeit sich allmählich zu Gunsten der Stadt änderte und erst nach der Reformation ganz zerstört wurde.

Die immer stärkere Unterordnung der Universität unter die städtische Macht wurde dadurch verursacht, dass sich die Hoffnungen auf die materielle Selbständigkeit der Hochschule nicht erfüllt hatten. Die Pfründen, die der Papst der Universität zugesprochen hatte, ergaben überhaupt kein Einkommen⁸. Sie lagen von Basel weit entfernt und wurden dem Universitätsgut niemals eingegliedert. In der Tat ging nur St. Peter in Basel mit der Gesamtheit seiner Kanonikate an die Universität über. Das reichte natürlich nicht und schon von den frühesten Jahren an musste der Grosse Rat bedeutende Summen für den Unterhalt der Dozenten und andere Bedürfnisse der Anstalt ausgeben⁹.

Wir sehen also, dass die Universität in der ersten Periode ihrer Existenz eine autonome Körperschaft war, die, obschon mit der Stadt stark verbunden, neben ihr ein eigenes Leben führte. Die Verbundenheit stützte sich nicht nur auf die finanzielle Abhängigkeit; die beiden Parteien waren entschlossen, sich gegenseitig Zugeständnisse zu machen und ihre eigenen Rechte zu Gunsten des Partners zu begrenzen. Sie hatten die Vorteile, welche aus einem harmonischen Zusammenleben fliessen, wohl begriffen. Die Universität war von Anfang an nicht nur eine höhere Schule, die auf die Berufe des Priesters, des Arztes und des Juristen vorbereitete, sie wurde bald zu einem Zentrum des kulturellen Lebens¹⁰.

6) R. Wackernagel, op. cit. Bd. II, S. 559.

7) Erwin Ruck, Die Rechtsstellung der Basler Universität. Rektoratsrede, Basel 1930, S. 10.

8) „Pius beschränkte sich darauf, je einen Kanonikat samt Pfründe in Zürich, Zofingen, Solothurn, Colmar und St. Ursanne der Universität zu inkorporieren... Trotz den bündigsten Zusagen, trotz Strafdrohungen und Konservatorien ist Basel niemals in den Genuss auch nur einer jener fünf Pfründen gelangt.“ R. Wackernagel, op. cit. Bd. II, S. 562.

9) Vgl. E. Ruck, Die Universität Basel, Düsseldorf und Wien 1930, S. 8. Auch Albert Oeri, Die Basler Universität und das Basler Gemeinwesen, Basel 1910, S. 5: „Die Basler Universität blieb im wesentlichen auf Basler Geld angewiesen, und da das geistliche Basler Geld nicht ausreichte, musste bald das weltliche, das Staatsgeld, in ziemlich hohen Beträgen mithelfen.“ W. Vischer behauptet, dass die staatlichen Beiträge in der ersten Periode keinen regelmässigen Charakter gehabt haben: „Eine bestimmte jährliche Summe scheint wenigstens in den ersten vier Jahrzehnten nie für die Kosten der Universität ausgesetzt worden zu sein.“ Op. cit. S. 63.

10) Vgl. R. Wackernagel, op. cit. Bd. II, S. 569-570: „Zum Wesen dieser Universität gehörte, dass sie nicht allein Lehranstalt war, sondern eine „durch die Wissenschaft und ihr zum Dienst gefreite Korporation, welche auch Viele umfasste, die nicht lehrten und lernten, und Alle, die ihr einmal als Lehrer oder Hörer angehört hatten, dauernd in ihrer Gemeinschaft zu behalten suchte“.

Gegen Ende des 15. Jahrhunderts zeigten sich jedoch schon Verfallserscheinungen. „Es kam so weit, dass 1497 im Rate die Aufhebung der Universität in Vorschlag gebracht wurde“¹¹. Die Stadt kümmerte sich immer weniger um die mit solcher Mühe gegründete Hochschule, sie überliess die Anstalt sich selbst. Im Jahre 1507 „konnte die Finanzbehörde bei Ablegung der Jahresrechnung mit Befriedigung konstatieren, dass die Stadt nicht mehr ‚Schaden‘ mit der Universität gehabt habe...“¹². Das Universitätsleben erstarb, die Zahl der Immatrikulationen sank. Eine starke Abnahme zeigte auch die Zahl der Promotionen. „Wir sehen keine Tätigkeit, wir sehen keine Personen, wir haben beinahe nur mit Namen zu tun“, stellt Rudolf Wackernagel fest¹³.

Das kulturelle Leben konzentrierte sich um die Drucker und die Humanisten, die von der Universität nichts hören wollten, wo „Sophisten und Mönche... auf den Lehrstühlen sitzen“, und die ganze Anstalt, „die erst ein halbes Jahrhundert alt ist und doch, mitten in der Herausbildung neuer Dinge, in so Manchem schon wie ein zurückgebliebenes Stück früheren Zustandes aussieht“¹⁴. Die berühmtesten Offizinen zogen Humanisten und hervorragende Gelehrte an, es entstanden „Arbeitsgemeinschaften edelster Art“. Die Korrekturentätigkeit ermöglichte den jungen Menschen einen dauernden Kontakt mit den Gelehrten und bildete dadurch eine wirkliche Schule für diejenigen, die sich der Wissenschaft widmen wollten. Viele Humanisten gründeten private Schulen, die im neuen Geiste geführt wurden und eine zahlreiche Jugend, die gewöhnlich auch an der Universität studierte, wandte sich ihnen zu.

Die lebhafte Tätigkeit der Humanisten, die weder Popularität (sie schrieben nur lateinisch) noch politischen Einfluss suchten, begegnete keinem Verständnis seitens der Behörden und der Basler. „Das Gemeinwesen als solches kümmert sich kaum um diese Leute. Selbst einem Erasmus gegenüber übt der Rat weder Teilnahme noch Munificenz“¹⁵.

Die Reformation hat eine tiefgreifende Umwandlung im Leben der Stadt und der Universität bewirkt. Im Jahre 1527 wurde in Basel die Toleranzakte erlassen: „... jedermann solle seines Glaubens frei sein und weder zur Messe noch zur Predigt gezwungen werden“¹⁶. Die Haltung der Bevölkerung brachte dann aber den Rat dazu, diese Akte aufzugeben. Am 1. April 1529 wurde die Reformationsordnung erlassen, die „nicht

„... Dergestalt erscheint die Universität vor uns als ein grosser, in gewissen Abstufungen zugleich lehrender und lernender Körper.“

11) R. Wackernagel, op. cit. Bd. II., S. 620.

12) R. Wackernagel, op. cit. Bd. III, S. 127.

13) ebd. S. 129.

14) ebd. S. 248.

15) ebd. S. 253.

16) Paul Burkhardt, Geschichte der Stadt Basel von der Zeit der Reformation bis zur Gegenwart, Basel 1942, S. 16.

nur das kirchliche, sondern das ganze sittliche Leben des Volkes... ordnete... Die Teilnahme am Abendmahl wurde bald ebenso sehr als Zeichen politischer Zuverlässigkeit wie evangelischen Glaubens betrachtet und darum auch gefordert“¹⁷. Basel war nun eine rein evangelische Stadt. „Wer sich der neuen Ordnung nicht fügen wollte, hatte fortan hier keinen Platz“¹⁸.

Was geschah nun mit der Universität? Sie „wurde ein Institut des evangelischen Staates“¹⁹. Die neue Ordnung wurde durch die Statuten der Universität vom 12. September 1532 und die Ergänzungsstatuten vom 26. Juli 1539 eingeführt, auf welche die Universitätsbehörden jedes Jahr vereidigt wurden. Sie schufen ein neues Verhältnis zwischen der Hochschule und dem Basler Gemeinwesen. Jetzt war die Universität „eine Schöpfung der neuen Staatsgewalt, deren Träger der Rat war. Damit erhob sich derselbe aus der Stellung einer gleichberechtigten Partei zu der eines bevorrechteten Herren... Diese Veränderungen... bedeuteten für die Universität eine beträchtliche Einbusse an früher genossener Freiheit“²⁰.

Die neuen Statuten leiteten eine zweite Periode in der Universitätsgeschichte ein, in der an Stelle des bisherigen Gleichgewichtes im Verhältnis zwischen Universität und Staat ein entschiedenes Übergewicht des Staates trat.

In der Einleitung der Ergänzungsstatuten ist kurz der Zweck der Universität dargelegt. Ihre Aufgabe bestehe darin, dass dort „in allen dingen die fürnemisten und kunstrichisten lüt ufferzogen werden“ sollen. Die Universität soll „den kylchen Christi ire hyrten und leerer, den oberkeyten ire rath und diener, den gerichtten ire richter, der iugendt ire zuchtmeyster, den kranken ire artzet...“ ausbilden.

Durch den ersten Paragraphen „war der Hochschule der Charakter einer im Dienste der neuen Lehre stehenden Anstalt aufgedrückt“²¹. Bei der Wahl der Professoren sollten nämlich der Rat und die Regenz gemeinsam vorgehen, aber niemand durfte angestellt werden, „er sei denn unserer Religion und habe Gemeinschaft mit uns im Nachtmahl unseres Herren Jesu Christi“²². Dass diese Vorschrift ganz ernst genommen wurde, beweist die Tatsache, dass im Jahre 1543 die Missachtung des reformierten Abendmahles „dem Rechtsgelehrten Zasius... die Basler Professur gekostet hat“²³.

17) P. Burckhardt, op. cit. S. 22-23.

18) ebd. S. 23.

19) ebd. S. 32.

20) Rudolf Thommen, Geschichte der Universität Basel 1532-1632, Basel 1889, S. 13-14.

21) ebd. S. 25.

22) „... das dann niemandts weder in grosseren noch minderen faculteten zu ordentlichem leser angenommen, er sye dann unserer religion und habe gemeinschaft mitt unss in dem nachtmal unsers herren Jesu Christi.“ R. Thommen, op. cit. S. 326/7.

23) A. Oeri, op. cit. S. 12.

Die übergeordnete Stellung des Rates wurde auch durch den zwanzigsten Paragraphen der Ergänzungsstatuten betont. Der Rat hat sich vorbehalten, „... diese Ordnung ieder zyt zu minderen, zu meeren, zu enderen oder gar abzethund und zu erbesseren, wie wir dann sollichs ieder zyt... am besserlichsten sin befinden und erlernen mögen“²⁴. „Ganz offenbar hatte es der Rat darauf angelegt, das Recht der Selbstverwaltung nach Möglichkeit herabzudrücken, ein festes Abhängigkeitsverhältnis herzustellen, welches ihm jederzeit gestattete, in die Angelegenheiten der Hochschule nach Gutdünken einzugreifen“²⁵. Zur Verdeutlichung des staatlichen Übergewichtes sei ein Ratsbeschluss von 1543 angeführt, wonach „Abgeordnete der Regenz stehend und nicht sitzend vor ihm (dem Rate) zu sprechen hätten“²⁶.

Als eine, für die Universität sehr wichtige Beschränkung der absoluten städtischen Macht ist der dritte Paragraph der Ergänzungsstatuten zu betrachten, wo das freie Verwaltungsrecht der Hochschule wieder hergestellt wurde.

Albert Oeri bemerkt in seiner Arbeit, es sei ein grosser Fehler der Universität gewesen, dass sie sich zur Zeit der Reformation, als sie den bisherigen Rückhalt in der katholischen Kirche verloren hatte, nicht bemüht habe, einen Anteil an der politischen Macht in der Stadt zu gewinnen. Sie hatte keine Vertreter im Grossen Rat²⁷. Ein loser Zusammenhang mit der katholischen Kirche hat sich zwar bis zur Französischen Revolution behauptet, er besass jedoch einen rein formalen Charakter. Der jeweilige Bischof von Basel bekleidete noch die Stellung des Universitätskanzlers, die Doktorpromotionen fanden in seinem Namen statt; aber die eigentlichen Funktionen des Kanzlers übte der durch ihn ernannte Vizekanzler aus. So war die Universität ganz der Willkür des Rates ausgesetzt. Und die Ratsherren regierten zu dieser Zeit ziemlich arbiträr und eigenwillig, um nicht das Wort tyrannisch zu gebrauchen.

Wollen wir eine allgemeine Beurteilung der Universitätsreformen von 1532 und 1539 formulieren, so erscheinen sie uns als ein kühner Versuch, die Hochschule an die durch die Reformation veränderte Situation in der Stadt anzupassen, sie mit dem ganzen Gemeinwesen fest zu verknüpfen

24) R. Thommen, op. cit. S. 332.

25) ebd. S. 17.

26) A. Oeri, op. cit. S. 26.

27) ebd. S. 11. Vgl. auch P. Burckhardt, op. cit. S. 85. „Kein Professor konnte Mitglied des Kleinen oder Grossen Rates sein.“ Vor 1798 gehören die Professoren einer der 15 Zünfte an, sie „wurden aber selten in die Behörden gewählt“. Erst 1836 wurde als 16. Zunft die akademische geschaffen. „... der starke Einfluss der Gelehrten im Ratsherrenregiment der nächsten Zeit hängt mit der Schaffung der akademischen Zunft zusammen.“ S. 202-203. W. Vischer jun. schreibt dagegen: Erst „... ein Anhang zur Verfassung von 1814 ... erklärte die Professoren, mit Ausnahme der Theologen, als wählbar für die gesetzgebende Behörde des Kantons“. Die Basler Universität seit ihrer Gründung, Basel 1911, S. 70.

und der ein kümmerliches Eigenleben fristenden Institution neue Kräfte einzuflössen. Dieser Versuch ist nicht ganz gelungen; er hätte fast zu einer Katastrophe geführt. Viele Professoren und Studenten, die dem alten Glauben treu geblieben waren, verliessen die Stadt. Dadurch entstanden Lücken, die nicht schnell wieder ausgefüllt werden konnten. Auch die Autonomie wurde praktisch aufgehoben. Die Universität wurde dem Rate auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Dass diese Situation keine verderblichen Folgen nach sich zog, dass die Universitätsfreiheit nicht zugrunde gegangen, ist ein grosses Verdienst der Männer, die im Rate Sitz und Stimme hatten und in der nächsten Periode von der ihnen zustehenden Macht keinen Gebrauch gemacht haben.

Wie man nun auch die neue Situation beurteilt, so war die neugebildete Institution doch kaum lebensfähig. „... das Gesamtbild der Universität ist ohne entschiedenen Charakter, ohne Geschlossenheit. Es wird geschaffen durch die verschiedenartigsten Erscheinungen und Kräfte... Jedenfalls bereicherte die Universitätspolitik des Rates die Anstalt um eine Reihe energischer Männer frischer und hoher Art“²⁸.

Die Organisation und die Stellung innerhalb der Gesellschaft, welche durch die Gesetze von 1532 und 1539 der Universität gegeben wurden, erhielten sich fast ohne Änderungen bis ins 19. Jahrhundert. In dieser Periode (bis 1818) spielte die Universität keine grosse Rolle. Ihr Leben gleicht einem Dahinvegetieren. Ihr kultureller Einfluss machte sich weder in der Stadt selbst noch ausserhalb ihrer Grenzen bemerkbar. Namhafte ausländische Dozenten und Studenten fühlten sich kaum angezogen. Eine nicht geringe Schuld daran hatte die Politik des Rates. Im Jahre 1544 wurde z. B. beschlossen, dass bei der Nomination der Dozenten „vornehmlich Basler, falls sie dazu geschickt erfunden worden, angezeigt und befördert werden“ müssen. Diese Verbaslerung der Professoren, die auch auf die Verbaslerung der Studenten wirkte, dauerte bis 1818 an. Die Zahl der Hörer sank sichtbar. Es kam dazu, dass im Jahre 1583 die Regenz gezwungen war, eine Verordnung zu erlassen: Der Dozent „müsse... sich zu der für die Vorlesung gewählten Stunde im Hörsaal einfinden und dort bis zu einer halben Stunde warten, ob nicht vielleicht ein Hörer sich hereinbegeben würde“²⁹.

Ursache dieses jämmerlichen Zustandes mag die Missachtung der Dozententätigkeit sein: „... das vom Staat garantierte Einkommen der Dozenten war so kläglich, dass ein Professor, der nicht von Hause aus vermöglich war oder Einnahmen aus einer andern Stellung bezog, nicht bestehen konnte“³⁰. Noch im Jahre 1713 hören wir die Klagen: „Ein Schuster oder Schneider, der im Rat sitze, werde höher gehalten als ein ordentlicher Professor“³¹.

28) R. Wackernagel, op. cit. Bd. III, S. 428.

29) R. Thommen, op. cit. S. 58.

30) P. Burckhardt, op. cit. S. 84.

31) A. Oeri, op. cit. S. 25.

Auf Grund der Verordnung von 1544 stammten die Dozenten hauptsächlich aus Basler Familien. Man kümmerte sich dabei kaum um ein entsprechendes Niveau der berufenen Professoren. So wurde z. B. „der Stuhl des Alten Testaments fast anderthalb Jahrhunderte hindurch mit doch zu weit getriebener Pietät hauptsächlich darum mit einem Buxtorf besetzt . . . , weil der aus dem Norden nach Basel gekommene Ahnherr des Geschlechtes dieses Fach vertreten hatte“³². Und bei Alfred Labhardt lesen wir: „... zeitweise glichen die Regenzsitzungen einem Familientage . . . es wurde auch nicht viel besser, als man, um dem Nepotismus vorzubeugen, im Anfang des 18. Jahrhunderts die Besetzung der Staatsstellen, dementsprechend auch der Lehrstühle durch das Los einführt“³³.

Dieser traurigen Periode in der Universitätsgeschichte haben erst die Reformen im Jahre 1818 und 1835 ein Ende gemacht; die ganze Struktur der Universität wurde grundlegend erneuert und dadurch ihre weitere Entwicklung gesichert.

Diese zweite Periode ist durch die Überlegenheit des Rates gekennzeichnet, der in grossem Masse für den Niedergang der Universität verantwortlich ist. Einmal hat er ausländischen Dozenten den Zugang verwehrt und damit der Hochschule einen empfindlichen Schlag versetzt³⁴. Dann verunmöglichte er selbst den einheimischen Professoren jede intensive wissenschaftliche Tätigkeit durch seine Lohnpolitik. Gegen Ende der Periode entschied der reine Zufall über die Wahl der Professoren; nicht die Befähigung, sondern das Los war massgebend, was häufig zur Übergehung bedeutender Gelehrten geführt hat. Albert Oeri gibt viele Beispiele dafür, „wie gänzlich blind das Los . . . an der Universität gewirkt hat“. So fällt z. B. der grosse Mathematiker Daniel Bernoulli dank dem Los viermal bei der Bewerbung um die verschiedenen Lehrstühle durch. Der Mathematiker Joh. Bernoulli (Sohn) „... fällt in ähnlicher Weise . . . mehrmals durch“³⁵.

32) J. Wackernagel sen., Stadt und Universität Basel, Basel 1930, S. 14.

33) Alfred Labhardt, Die Universität Basel. Schweizerische Hochschulzeitung 1939/40, S. 108.

34) Im Gegensatz zu A. Oeri, der das Gesetz von 1544 und die dadurch bewirkte „Verbaslerung“ der Dozenten als eine der Hauptursachen des Niederganges der Universität im 16. und 17. Jahrhundert betrachtet, behauptet Albrecht Burckhardt, dass das Gesetz von 1544 keinen entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung der Universität hatte. In dieser Periode war es noch ziemlich leicht, das Basler Bürgerrecht zu erhalten. (Über den Zustand der Universität Basel im 17. und 18. Jahrhundert, Basel 1910, S. 5.) P. Burckhardt bestätigt dies: von 1565 bis 1601 wurden z. B. 1251 neue Bürger mit ihren Familien aufgenommen. Vgl. op. cit. S. 47.

35) A. Oeri, op. cit. S. 39. A. Burckhardt betont im Gegensatz dazu, dass „das Los nicht so ganz blind war“. Das Gesetz vom 22. Februar 1718 sagte zwar, dass die Gewährung der Professur vom Los abhängig sei, aber erst „nach vorgehender, vernünftiger Wahl“. Op. cit. S. 8.

Auch das Interesse der Gesellschaft an der Universität erschlaffte. Moralphilosophie, schöne Literatur, Malerei waren jetzt Mode; einen grossen Einfluss gewann die französische Kultur. Die geistigen Strömungen der Zeit gingen jedoch an der Universität vorüber, „... es fehlte am Kontakt zwischen der Universität und den geistig beweglichen Baslern“³⁶.

Die Universitätsentwicklung wurde zudem durch die politischen Störungen, die dauernden Unruhen und Umwälzungen in Europa, die auch in Basel einen lebhaften Widerhall fanden, nicht gerade gefördert. Die Französische Revolution, die Napoleonischen Kriege brachten der Universität „Jahre der Verwirrung und der Unsicherheit“. Ein rasches Wachstum der Stadt, die als Handelszentrum immer mehr an Bedeutung und Reichtum gewann, wandte die Gemüter von der Wissenschaft ab und zwang zur Konzentration der ganzen Aufmerksamkeit und Energie auf das praktische Leben, zur Hingabe an die kaufmännische Betätigung. J. Ludwig Burckhardt (1784-1817) sagte über Basel in dieser Zeitperiode, „es sei verhältnismässig eine der reichsten Städte in Europa, und doch eine der ärmsten an glücklichen Menschen, da man es in Basel wohl verstehe, die Kasse zu füllen, aber nur wenige ein wahres Glück fänden“³⁷.

Die Tatsache, dass trotz ungünstiger Umstände die Universität sich aus ihrem Verfall erheben konnte, dass sie die nötigen Kräfte für eine neue Reform fand, stellt der Basler Bürgerschaft ein schönes Zeugnis aus. Das Überdauern der kritischen Periode und ihr Wiederaufleben verdankt die Universität der starken, auf sicherem Grund gebauten Verbundenheit mit dem Basler Gemeinwesen.

Den Ausgangspunkt zu einer neuen Reform bildete das Programmggesetz von 1813. Es erklärte, „... es sei heilige Pflicht jeder Regierung, die Lehranstalten so einzurichten, dass dadurch die Künste und die Wissenschaften bestmöglich befördert und für alle Klassen der Bürger gemeinnützig gemacht werden...“³⁸.

36) P. Burckhardt, op. cit. S. 85.

37) P. Burckhardt, op. cit. S. 134. Eine plastische Schilderung der Verhältnisse gab ein Ausländer, der in Basel einige Zeit weilte und seine Eindrücke in einem Brief widerspiegelt hat. „... die Universität ist nach aussen nicht in die Augen gefallen; ein Fremder, der nicht wüsste, dass eine hier sei, könne Jahre lang in Basel leben, ohne es zu wissen; die sechzig bis siebzig Studenten bemerkte man nicht. Wenn man sehe, wie wenig die Universität und Gelehrsamkeit hier geschätzt werden, so müsse man sich wundern, dass die Universität noch so viele Gelehrte aufzuweisen habe. Auch gerate sie täglich mehr in Verfall. Im Staat spielen sie und ihre Angehörigen keine Rolle... Die Bezahlung (der Professoren) ist auch schlecht... Besondere Ehre und Vorzüge sind ebensowenig an diese Stellen gebunden, und so glänzt der reiche Kaufmann mit Equipage, Bedienten und glänzendem Aufzug, während dass der Professor, besonders wenn er wenig eigenes Vermögen hat, in der Vergessenheit lebt... An Berufung fremder Gelehrter ist nicht zu denken; denn ohne zu untersuchen, ob man unter den einheimischen alles, was man von einem fremden erwarten möchte, finden kann oder nicht, so ist dies schnurstracks gegen die hiesige Verfassung.“ W. Vischer jun., op. cit. S. 68.

38) E. Ruck, Die Rechtsstellung der Basler Universität, S. 5.

Unter der Leitung des Bürgermeisters Wieland schritt man energisch an die Arbeit. Als Resultat erschienen im Jahre 1818 die neuen Statuten, die der Hochschule ihre endgültige Einrichtung gaben.

In den neuen Statuten wurden die Fehler, die in der vorigen Periode die Universitätsentwicklung gehemmt hatten, wieder gutgemacht. Die Einschränkungen bei Dozentenwahlen wurden aufgehoben, die Gehälter der Professoren erhöht. Die Universität wurde der „Kuratel“ unterstellt, welche aus drei Mitgliedern zusammengesetzt war und durch die Regierung ernannt wurde. Die Dozenten der philosophischen Fakultät wurden auch für Vorlesungen im Pädagogium verpflichtet. „Diese Umgestaltung der Hochschule war einschneidender als diejenige der Reformationszeit. Mit ihr beginnt die Periode der Geschichte der Universität, in der wir heute noch stehen. Diese unterscheidet sich von den früheren nicht nur durch die andere Stellung der Universität zu ihrer Umgebung, sondern auch durch die ganze neue Entwicklung, welche das Studium an den Universitäten nun angenommen hat“³⁹.

Die Universität erhielt viele neue Dozenten. Einige von ihnen kamen aus Deutschland, um den politischen Verfolgungen zu entgehen (so u. a. der berühmte Theologe De Wette aus Berlin). Bei der Wahl eines Professors war — im scharfen Gegensatz zur vorhergehenden Periode — dessen Fähigkeit dem Rate massgebend; in vielen Fällen war sogar der Mangel an akademischen Titeln kein Hindernis für die Ernennung⁴⁰.

Die weitere, vielversprechende Entwicklung der Universität wurde gewaltsam durch ein unerwartetes Ereignis abgebrochen. Im Jahre 1833 wurde der Kanton Basel geteilt. Der Spruch des eidgenössischen Gerichtes hat das Universitätsgut in das Staatsvermögen eingegliedert und zu einer Hälfte dem Kanton Basel-Land zugesprochen. Es schien, als habe die Universität dadurch einen entscheidenden Schlag erlitten, als könne sie nichts mehr vor dem Untergang retten. „Viele Leute rechneten mit dem Ende der Basler Universität“, schreibt Paul Burckhardt⁴¹.

Eine gewisse Schuld in dieser Angelegenheit trug die ungenaue Formulierung der Rechtsstellung der Universität gegenüber dem Staat: sie bildete den Anknüpfungspunkt für den Schiedsspruch. Auf jeden Fall hatte man niemals von einer Verstaatlichung des Universitätsgutes gesprochen. Erst „... der Spruch des eidgenössischen Schiedsgerichts hat ... die Universität als unselbständige Staatsanstalt erklärt ... So wurde ... entgegen der geschichtlichen Entwicklung, entgegen dem geltenden Recht und entgegen dem Willen von Baselstadt, das Universitätsgut rechtlich zum Staatsvermögen gestempelt“⁴².

39) W. Vischer jun., op. cit. S. 70.

40) Vgl. P. Burckhardt, op. cit. S. 151. „Es war erstaunlich, mit welchem Mut die damaligen Erziehungsbehörden junge fremde Talente, oft ohne dass sie Titel und eigene Werke vorweisen konnten, an unsere Hochschule berufen haben.“

41) Op. cit. S. 215.

Das Universitätsgesetz vom Jahre 1835 gehört zu den schönsten Seiten in der Geschichte der Universität. Es ist ein Ausdruck des geeinten Willens des ganzen Gemeinwesens, das trotz bedeutender Schwierigkeiten, mit grossen materiellen Opfern die Universität um jeden Preis behalten wollte. Es ist auch ein Beweis für die Klugheit und Weitsichtigkeit des Rates⁴³. Das Universitätsgut wurde von der Staatskasse freigekauft und für ewige Zeiten mit der Universität fest verbunden. Die Gesetze von 1836, 1903, 1919 „bezeichnen übereinstimmend das Universitätsgut als ein an die Örtlichkeit der Stadt Basel unauflöslich geknüpft, unteilbares Eigentum des Kantons Baselstadt, das den Stiftungsbestimmungen und dem Universitätsweltzweck niemals entfremdet werden darf“⁴⁴.

Die Hochschule war gerettet, und ihre materielle Basis wurde auch für die Zukunft gesichert. Die entschlossene Haltung des Rates im Kampf um die Universität war in grossem Masse der Unterstützung der ganzen Bürgerschaft zuzuschreiben, die die Frage, ob die Universität erhalten bleiben sollte, ohne Bedenken bejaht hatte. „Dazu wurde jenes Ja der Bürgerschaft noch bekräftigt durch die gleichzeitig erfolgte Gründung der Freiwilligen Akademischen Gesellschaft“⁴⁵, die seit dieser Zeit, besonders in schweren Zeiten, wenn die staatlichen Mittel nicht genügten, immer mit grosszügiger Hilfe eingegriffen hatte.

Nach der Teilung des Kantons „... war die Universität nun Stadtuniversität im innerlichsten Sinne geworden“⁴⁶. Wie die Stadt, wurde auch sie des Hinterlandes beraubt. Die veränderte Situation zwang zum Umbau ihrer Struktur. Die Zahl der Lehrstühle und die Besoldung der Dozenten wurde eingeschränkt. Der Universität wurde entschieden ein propädeutischer, vorbereitender Charakter gegeben; sie sollte nur die Grundlagen für die weiteren Studien an anderen Universitäten im Ausland bieten. Um das Interesse möglichst weiter Kreise der Bürgerschaft zu gewinnen, um nicht nur einer kleinen Handvoll von Studierenden, sondern als wahre „bürgerliche Akademie“ auch anderen Wissbegierigen zu dienen, organisierte die Universität populäre Vorlesungen.

Das Gesetz „Über Einrichtung des Pädagogiums und der Universität“ (1835) gab der Universität eine neue Form. In Par. 14 dieses Gesetzes lesen wir folgende Zeilen: „Zweck dieser Anstalt ist einerseits Weiterbildung der sich den Wissenschaften widmenden Jünglinge, entweder bis

42) E. Ruck, Die Rechtsstellung der Basler Universität, S. 7.

43) Vgl. P. Burckhardt, op. cit. S. 215-216: „Es war das autoritative Ratsherrenregiment, das unsere Universität rettete, ein hohes Verdienst, das auch politische Gegner anerkennen mussten. Es waren vor allem Bürgermeister Karl Burckhardt, Ratsherr Andreas Heusler und Peter Merian, die in den Behörden und in der Presse so kräftig für das geistige Erbe der grossen Vergangenheit Basels eintraten, dass die Gegner zunächst nicht offen zu Worte kamen.“

44) E. Ruck, Die Rechtsstellung der Basler Universität, S. 7.

45) E. Ruck, Die Universität Basel, S. 20.

46) J. Wackernagel sen., Stadt und Universität Basel, S. 9.

zur Vollendung ihrer Studien oder bis zur Erlangung derjenigen wissenschaftlichen und Altersreife, mit welcher sie fremde Anstalten mit Erfolg benützen können, andererseits Verbreitung derjenigen allgemein menschlichen Kenntnisse, welche den Geist des Bürgers ausbilden, oder im Berufsleben nützlich sein können“⁴⁷. Ferner ist die Bedeutung einer Hochschule besonders für die „weniger Bemittelten unserer Mitbürger“ betont; sie erlaubt diesen nämlich, noch zwei Jahre im Elternhaus zu bleiben und verkürzt in dieser Weise die Studien im Ausland.

Der Verzicht auf grosse, ehrgeizige Pläne und Beschränkung der Universitätsfunktionen auf die örtlichen Bedürfnisse ist auch aus der Rede, die bei der öffentlichen Feier der Wiederherstellung der Universität am 1. Oktober 1835 von L. de Wette gehalten wurde, ersichtlich. „Der grossmütige Gedanke“, heisst es darin, „welcher die Wiederhersteller im Jahr 1818 beseelte, dass unsere Universität die allgemeine der ganzen protestantischen Schweiz werden sollte... ist aufgehoben... Unsere Anstalt soll zunächst für Basel sein“. Basel „bedarf der Anstalten und Mittel zur Bildung gründlicher Gelehrten für seinen eigenen Dienst in Staat, Kirche, Schule und Arznei-Wesen... es bedarf der Anstalten und Mittel zur höheren Bildung derjenigen Bürger, welche im Gewerbe und Staatsdienste mit dem Geiste der Zeit gleichen Schritt halten wollen“⁴⁸.

Die Universität bestand in dieser neuen Gestalt einige Jahrzehnte lang. In der Mitte des 19. Jahrhunderts drohte ihr eine neue Gefahr. Durch sein Auftreten in der „Schulrevision“ von 1849 gab Fr. Brenner Anlass zu einer langen Diskussion. In der Schrift „Einige Worte über die bevorstehende Schulreorganisation in Basel“ (Basel 1850) wurde die Forderung gestellt, die Universität überhaupt aufzuheben. „Die Zeiten sind vorüber, wo Basel eine Universität hatte und haben konnte.“ Heutzutage werden gewaltige Mittel angewandt, „um etwas zu heben, das eben nicht mehr zu heben ist“. Die Basler Universität als eine Vorbereitungsschule, die keine hervorragenden Dozenten habe, sei unfähig, die Konkurrenz mit anderen Hochschulen auszuhalten und führe dadurch „eine jämmerliche Vegetation“. Sie leiste der Gesellschaft keine Dienste, sie verbrauche nur die finanziellen Mittel, welche so nützlich anderswo angewendet werden könnten.

Die Professoren nahmen die Universität in Schutz. Einige von ihnen gaben zwei Broschüren heraus⁴⁹, in welchen sie zu beweisen versuchten,

47) Vgl. „Ratschlag und Gesetzentwurf betreffend die Organisation der Universität und des Pädagogiums“, Basel 1835, wo die zwei Kategorien erwähnt sind, für welche das Universitätsstudium bestimmt ist. „Die eine Klasse bilden diejenigen, welche sich einem eigentlich gelehrten Berufe widmen... Zahlreicher ist die zweite Klasse, nämlich solche, welche... teils überhaupt eine allgemein menschliche Bildung, teils spezielle Kenntnisse für das Berufsleben sich anzueignen trachten.“ S. 16.

48) W. M. L. de Wette, Rede bei der öffentlichen Feier der Wiederherstellung der Universität, Basel 1835, S. 12.

dass die Hochschule eine grosse Bedeutung für die Stadt und für die ganze Gemeinschaft besitze und in keinem Fall aufgehoben werden dürfe.

Diese Diskussion führte zu keinen umwälzenden Resultaten. Zwar wurde am 30. März 1852 das Gesetz „Über einige Abänderungen des Gesetzes betreffend Einrichtung des Pädagogiums und der Universität vom 9. April 1835“ erlassen, es brachte jedoch keine wichtigen Änderungen. Die Universität wurde endgültig beibehalten, nur die Dozenten der philosophischen Fakultät sollten „den grösseren Teil ihres Unterrichts am Pädagogium und an der Gewerbeschule“ geben (Par. 3).

In der Mitte des 19. Jahrhunderts verbesserte sich die Lage der Universität sichtlich. Die Zahl der Immatrikulationen wuchs von 41 im Jahre 1841 auf 100 im Jahre 1864; auch die Gehälter der Dozenten stiegen von 1600 Fr. (1818) auf 2500 (1855) und 3000 (1866)⁴⁹. Das Universitätsgesetz vom 30. Januar 1866 hob den propädeutischen Charakter der Hochschule auf, bildete neue Lehrstühle und ermöglichte eine vollkommene Ausbildung der Studenten.

In Par. 1 des neuen Gesetzes lesen wir: „Zweck der Universität ist einerseits die höhere wissenschaftliche Berufsbildung, andererseits die Förderung der Wissenschaft selbst und ihre Verbreitung in weitem Kreise, wobei besonders die eigentümlichen schweizerischen Verhältnisse ins Auge gefasst werden sollen.“

In diesem Gesetz wurde der Universität zum ersten Mal ausdrücklich die neue Funktion eines „Forschungsinstitutes“ zugesprochen, als einer zweiten, der Berufsausbildung gleichwertigen Aufgabe.

Dieselbe Auffassung des Zwecks der Universität ging ohne grössere Änderungen in das heute geltende „Universitätsgesetz des Kantons Basel-Stadt“ vom 14. Januar 1937 über, wo es in Par. 1 lautet: „Zweck der Universität ist die Pflege der Wissenschaft, die Vorbildung für die wissenschaftlichen Berufsarten und die Förderung des geistigen Lebens“. Auffallend ist hier die Änderung der Reihenfolge. Der „Pflege der Wissenschaft“ war jetzt der erste Platz eingeräumt und damit diese rein wissenschaftliche Funktion der Universität betont. Eine bedeutungsvolle Neuerung ist die gesetzliche Gewährleistung der bisher nur gewohnheitsmässig geltenden Grundsätze der Lehr- und Forschungsfreiheit, und der besonderen, neutralen Stellung der Universitätsdozenten. Sie kommt in der Ergänzung zu Par. 1 zum Ausdruck: „Die wissenschaftliche Forschung und Lehre ist frei“ und durch die Einführung von Par. 6: „Die Bestellung der Universitätslehrer erfolgt ohne Rücksicht auf deren politische und religiöse Überzeugung. Schenkungen zur Errichtung und Unterhaltung von Professuren dürfen nur angenommen werden, wenn keinerlei Bedingungen

49) „Die Universität von Basel, was sie fordert und was sie leistet“, von J. Schnell und C. F. Schönbein (1851) und „Die Universität von Basel, was ihr gebührt und was sie sein soll“ unter der Redaktion von J. Schnell, Basel 1854.

50) Vgl. P. Burckhardt, op. cit. S. 221.

über die Person und über die Richtung des Inhabers der Professur daran geknüpft werden.“

Das Gesetz von 1937 garantiert der Universität eine selbständige Stellung; durch die Ausschliessung politischer Einflüsse erhält sie eine gute Basis für eine unbeschränkte Entwicklung im Dienste der Wissenschaft und Forschung. Es ist das letzte Glied in einer langen Kette von Gesetzen, welche die Organisation der Universität und ihr Verhältnis zur Bürgerschaft bestimmt haben.

Wenn wir die Geschichte der Universität Basel vom Standpunkt der Änderungen, die sich in ihrer gesetzlich bestimmten Struktur und in ihrem gesetzlich aufgefassten Verhältnis zur Basler Gesellschaft vollziehen, betrachten, können wir vier Hauptperioden unterscheiden. Als Wendepunkte treten dabei die wichtigsten Gesetze hervor, die durch die übergeordnete Obrigkeit erlassen wurden. Wenn wir die Wandlungen, die diese Gesetze verursachten, und die Hauptmerkmale der einzelnen Perioden zusammenstellen, bekommen wir folgendes Bild:

1. In der ersten Periode, in der die Compactata von 1460 Geltung haben, erscheint die Universität als eine Korporation, die, obwohl eng mit der Stadt verbunden, ihr gleichgestellt und prinzipiell der Kirche untergeordnet ist. Durch dieses komplizierte Verhältnis wurde die doppelte Funktion der Universität bestimmt: sie sollte die Lehren der Kirche festigen und verbreiten, zugleich aber hatte sie im Dienste der Stadt zu stehen.

2. Die zweite, durch die Reformation begonnene Periode ist durch eine vollkommene Änderung der Situation gekennzeichnet. Die Universität hört auf, ein Glied der katholischen Kirche zu sein und wird zu einem Werkzeug des Kampfes um den neuen Glauben. Die Gesetze der Jahre 1532 und 1539 führen zu einer Vereinheitlichung der Universität, sie schliessen alle jene Elemente aus, die gegen die neue Ordnung wirken könnten. Die Universität wurde schon damals zu einer Stadtuniversität. Das tritt besonders deutlich im Gesetz von 1544 hervor, welches praktisch den Zufluss der ausländischen Dozenten verhinderte. Auch die Studierenden stammten zum grössten Teile aus bürgerlichen Basler Familien. Die Hochschule wurde zu einem Werkzeug des Rates und verlor ihre Popularität.

3. Der dritte Zeitabschnitt begann im Jahre 1835. Die Reform von 1818 können wir ausser acht lassen, denn, obschon sie eine grosse Bedeutung besass und der Universität neue Möglichkeiten zu einer günstigen Entwicklung gab, konnte sie doch in einem so kurzen Zeitabschnitt, bis zum Jahr 1833, dem Teilungsjahr des Kantons, keine Resultate aufweisen.

Diese dritte Periode, durch das Gesetz von 1835 eingeleitet, ist durch eine deutliche Beschränkung der Universitätsfunktion gekennzeichnet. Die Hochschule besass den Charakter einer propädeutischen Anstalt, die zum

eigentlichen Studium vorbereiten sollte (mit Ausnahme vielleicht der theologischen Fakultät, die eine volle Ausbildung gab). Die positive Funktion der Universität in dieser Periode war nicht für alle eine selbstverständliche Tatsache. Einen Beweis dafür haben wir in dem — in anderen Perioden undenkbaren — Kampf um die Aufhebung der Universität. Der Niedergang der Hochschule in diesem Zeitabschnitt ist eher aus äusseren Umständen als aus Fehlern des Rates oder aus mangelndem Verständnis der Gesellschaft für die Aufgaben der Universität erklärbar. Nach der Kantonsteilung erlaubten es die verarmten Staatsfinanzen nicht, die Universität in den durch das Gesetz von 1818 bestimmten Grenzen weiterzuführen. Sogar der Unterhalt der Universität in diesem beschränkten Ausmasse bedeutete schon eine so grosse Anstrengung für die Stadt, dass sie ohne die unmittelbare Hilfe der ganzen Basler Gesellschaft (Freiwillige Akademische Gesellschaft) undurchführbar gewesen wäre.

4. Der vierte Abschnitt der Universitätsgeschichte beginnt mit dem Gesetz des Jahres 1866. Es ist wieder eine Periode des Aufblühens, der Realisierung von Ideen, die im Gesetz von 1818 enthalten waren. Der Ausbau der Universität wurde vor allem durch eine deutliche Verbesserung der Staatsfinanzen möglich, was mit der Entwicklung Basels als Industrie- und Handelsstadt aufs engste verbunden war.

Dass dieses Aufblühen der Hochschule nicht durch die Bedürfnisse der Studierenden bedingt war, beweist die Tatsache, dass die Zahl der Studenten immer noch sehr gering war⁵¹. Erst gegen Ende des Jahrhunderts wächst die Zahl der Immatrikulationen rasch, was zweifellos mit der Entwicklung der chemischen Industrie, des Handels- und Bankwesens zusammenhängt⁵².

Das neue Gesetz (1866) betont ausdrücklich die doppelte Funktion der Universität. Sie ist einerseits ein Forschungsinstitut, dessen Aufgabe die Förderung der reinen Wissenschaft ist, andererseits eine höhere Bildungsanstalt, die qualifizierte Akademiker auf verschiedene Berufe vorbereitet. Wir sehen auch, dass die Gesellschaft die grosse Bedeutung anerkennt, welche die Universität für das Leben des ganzen Gemeinwesens besitzt und auf eine direkte Einmischung in die Angelegenheiten der Hochschule verzichtet. Sie sichert ihr gesetzlich eine selbständige, von aussen unbeeinflusste Stellung, die der Hochschule eine freie, nicht unmittelbar

51) Im W. S. 1871/72 betrug die Zahl der Studierenden nur 161, von welchen nach den Mediziner (69) die Theologen die stärkste Gruppe ausmachten (41). Die, noch nicht getrennte philosophische Fakultät hatte 37 Studenten, die juristische nur 14.

52) Von 1871 bis 1900 hat sich die Zahl der Juristen an der Universität verdreifacht, diejenige der Philosophen fast verzehnfacht. Nach der Trennung der philosophischen Fakultät überschreitet die Zahl der Studenten der philosophisch-naturwissenschaftlichen Fakultät die Zahl der Studenten der phil.-hist. beinahe um 25 %. Vgl. Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt, 1944.

auf praktische Ziele gerichtete Tätigkeit im Dienste der Wissenschaft erlaubt. Diese Absicht ist besonders im Gesetz von 1937 deutlich zu erkennen.

B. Die Aufgaben der Universität im Lichte der Äusserungen einzelner Gesellschaftsmitglieder

Einleitung

a) Das Gesetz und die öffentliche Meinung

Die Änderungen, welche sich innerhalb der Rechtsordnung vollziehen, spiegeln nicht genau die Wandlungen in der Auffassung der Gesellschaft wider. Die Gesellschaft unterliegt einer stetigen Evolution; das Recht bildet dagegen ein konservatives System, das nach der Erhaltung des status quo strebt. Durch seine Trägheit leistet es Änderungen Widerstand; neben dieser passiven Abwehr übt das Recht aber auch eine aktive aus, in der Form eines Drucks auf die Gesellschaft. Die rechtliche Norm wirkt durch ihre Unveränderlichkeit, was einen langen ungestörten Einfluss in einer bestimmten Richtung ermöglicht; sie wirkt auch dadurch, dass sie mit Sanktionen ausgestattet ist.

Der imperative Charakter des Rechts verursacht eine gewisse Spannung zwischen der Gesellschaft und dem herrschenden Rechtssystem. Diese Spannung bewirkt, dass wir das Recht nicht als eine genaue Abbildung der innerhalb der gegebenen Gruppe herrschenden Verhältnisse betrachten können. Jedes Rechtssystem enthält viele Vorschriften, die ihre Aktualität bereits verloren haben und sich nur noch behaupten, weil hinter ihnen die Autorität des Rechtes steht, wie auch neu eingeführte Vorschriften, die in der Gesellschaft noch keine Anerkennung gefunden haben. Andererseits können wir innerhalb der Gesellschaft auch solche Kräfte feststellen, die nicht stark genug sind, um im Rechtssystem ihren Ausdruck zu finden.

Wenn wir die wirklichen Meinungen und Bestrebungen der Gesellschaft kennen lernen wollen, müssen wir uns auf die Äusserungen der öffentlichen Meinung stützen. Sie geben uns ein getreueres Abbild der sozialen Strömungen als die Normen des geschriebenen Rechts, da sie keine erstarrten Formen zu überwinden haben. Jeder Gedanke bleibt in der Regel eine Zeitlang im Bereich der Diskussion, die zwischen den Mitgliedern der Gruppe geführt wird, bis er zur Reife gelangt, als wertvolles Element anerkannt und in Form einer rechtlichen Vorschrift beibehalten wird.

Die Universitätsgesetze, auf deren Grundlage wir versucht haben, die Aufgaben der Universität zu bestimmen, beschreiben die Funktionen der Universität kurz, in einigen Sätzen, in einem trockenen, sachlichen Stil¹.

Ohne das ergänzende Material in Form direkter Aussagen von Vertretern der Gesellschaft wäre es unmöglich, die Bedeutung dieser Vorschriften fehlerfrei zu interpretieren.

b) Der deutsche Idealismus als Gründer der neuen Universität

Die Universität Basel gelangte nach einer jahrhundertelangen Erstarrung erst in der Periode des deutschen Idealismus zu neuer Blüte. Diese Geistesströmung schuf einige der wichtigsten Universitäten in Deutschland, mit Berlin an der Spitze, und führte zu einer Reform des gesamten deutschen Erziehungswesens. Ihr Einfluss ist auch in der ganzen Schweiz spürbar: am Anfang des 19. Jahrhunderts entstanden die Universitäten in Zürich und Bern.

Die Philosophie des deutschen Idealismus hat die theoretischen Grundlagen für jene Form der neuen Universität geschaffen, in welcher sie bis heute ohne grössere Veränderungen fortbesteht. Um den heutigen Zustand der Universität und ihre ideologischen Voraussetzungen besser zu verstehen, müssen wir eine kurze Darstellung dieser Bewegung geben. Dies erlaubt uns auch viele Aussagen, die an die Ideen des deutschen Idealismus anknüpfen, im richtigen Licht zu sehen.

Die Reform des Unterrichtswesens, welche der deutsche Idealismus durchgeführt hat, stützte sich auf die wieder zur Geltung gebrachte klassische Kultur. An den Universitäten, die nach dem Muster der Berliner Hochschule umgebaut wurden, hatte die philosophische Fakultät eine führende Stellung. Das Studium der Antike erlangte eine grosse Bedeutung, da von ihm besondere erzieherische Wirkungen erwartet wurden. Die Philologie hörte auf, eine trockene Wissenschaft zu sein, sie wurde zum Werkzeug, das den jungen Geist formen und entwickeln sollte. „Ich kenne keine Beschäftigungsart, welche mehr geeignet wäre, im früheren Alter dem erwachenden Witz, Scharfsinn, Erfindungskraft die erste Übung zu geben, als die vornehmlich mit den alten Sprachen“, sagte Friedrich von Schelling². Auch F. A. Wolf, Herder und Humboldt betrachteten die

1) Es ist zu beachten, dass das Recht den Zweck und die Funktionen der Universität auf zwei verschiedene Arten bestimmen kann: a) direkt, durch die Angabe einiger allgemeiner Bestimmungen im Text des Gesetzes, b) indirekt, durch die Festsetzung der Universitätsstruktur. Die gesetzliche Festsetzung der Länge des Studiums an den einzelnen Fakultäten und der Höhe der Dozentengehälter, die Ansetzung von höheren oder niedrigeren Kollegiengeldern, besitzt einen grossen Einfluss auf die Struktur der Universität und indirekt auch auf die Ausübung ihrer Funktionen. Mit diesem Problem werden wir uns näher im nächsten Teil der Arbeit beschäftigen.

2) Friedrich Wilhelm von Schelling, Vorlesungen über die Methode des akademischen Studiums, Leipzig 1907, S. 45.

philologische Ausbildung als eine Basis für jedes Studium und jeden Bildungsgang. „Aus den Werken der Griechen spricht der Dämon der Menschheit rein und verständlich zu uns“³, und dadurch macht das klassische Studium den menschlichen Geist schöner und edler.

Das Postulat der philologischen Bildung wurde mit einer Konsequenz, die schon ans Absurde grenzte, durchgeführt. „... tatsächlich wurde die Erlernung der griechischen Sprache ein Bestandteil der Vorbildung auch der Baumeister und Postbeamten, der Offiziere und Kaufleute, der Chemiker und Zahnärzte“⁴. Die Hochschuljugend unterwarf sich sehr widerwillig den Anforderungen, welche an sie gestellt wurden. In den klassischen Studien sah sie nicht jenen Wert, der ihnen von den Schulreformern zugeschrieben wurde. Sie betrachtete sie als überflüssige Belastung, die als Vorbereitung auf einen Beruf, zur Bildung einer Weltanschauung wenig geeignet war.

Im Kampf um eine neue Form stellte sich die Universität einerseits dem Staate, anderseits der Kirche entgegen; sie wollte als selbständige Macht gelten und erhob Anspruch auf die Leitung der Nation. Diese selbständige Universität, frei von jedem äusseren Einfluss, sollte „rein nach der Idee der Wissenschaft“⁵ organisiert werden. Die Pflege der wissenschaftlichen Forschung ohne unmittelbaren praktischen Zweck war ja neben der Bildung der Persönlichkeit durch das Studium der antiken Kultur die zweite Aufgabe der Universität. Die Studierenden bereiteten sich zwar für die verschiedenen Fächer vor. „Der besonderen Bildung zu einem einzelnen Fach muss (aber) die Erkenntnis des organischen Ganzen der Wissenschaften vorausgehen“⁶.

Diese oft betonte Einheit der Wissenschaften war Ausdruck der Überzeugung, dass man mit einem solchen System zugleich eine Weltanschauung gewinnen könne. Die Aufklärung hat den gebildeten Menschen seines Glaubens beraubt, sie hat aus seinem Leben eine auf Dogmen gestützte Religion weggestrichen. Nun sucht er einen neuen Rückhalt in der Wissenschaft und glaubt, von ihr alle Antworten auf die ihn quälenden Fragen erhalten zu können. Deshalb „hatte diese Wissenschaft zu ihrem letzten Rahmen eine umfassende Metaphysik“⁷, und die Universität war als ein Tempel dieses neuen Glaubens nach Fichtes Worten „die wichtigste Anstalt und das Heiligste...“, was das Menschengeschlecht besitzt“⁸.

3) Fr. Paulsen, Geschichte des gelehrten Unterrichts auf den deutschen Schulen und Universitäten, Leipzig 1885, S. 519.

4) ebd. S. 590.

5) Eduard Spranger, Wandlungen im Wesen der Universität seit 100 Jahren, Leipzig 1913, S. 13.

6) Schelling, Vorlesungen..., S. 7.

7) Eduard Spranger, Wandlungen im Wesen der Universität, S. 23.

8) Fichte, Ges. Werke, Bd. VI, S. 452.

c) *Zu den Quellen*

Der Darstellung des gesammelten Materials müssen wir noch einige Bemerkungen vorausschicken. Quellen unserer Arbeit bilden hauptsächlich die Rektoratsreden, Ansprachen an Universitätsfeiern, Zeitschriftenartikeln – insbesondere in der Schweizerischen Hochschulzeitung. Die Äusserungen stammen zum grössten Teil aus akademischen Kreisen und sind deshalb nicht für die gesamte Basler Bürgerschaft repräsentativ. Ein viel mannigfaltigeres Material könnten wir durch eine Erhebung bekommen. Dies war jedoch im Rahmen dieser Arbeit aus technischen Gründen nicht möglich. Wir mussten uns auf Aussagen über die Funktion der Universität beschränken, die gelegentlich, gewissermassen am Rande der Behandlung anderer Probleme gemacht wurden. Die Urheber dieser Aussagen sind gezwungen, auch die Frage, welche Funktion die Universität innerhalb der Gesellschaft erfüllt, zu beantworten. Erst das Erfassen der „Idee der Universität“ ermöglicht ihnen sowohl die richtige Bewertung, als auch die Kritik der mannigfaltigen Erscheinungen des Universitätslebens.

Unsere Quellen sind also einerseits beschränkt. Andererseits ist ihr Raum sehr ausgedehnt: es handelt sich nicht nur um Äusserungen aus den akademischen Kreisen Basels, sondern auch um solche von andern Hochschulzentren der Schweiz und des Auslandes — hauptsächlich Deutschlands. Dieses Verfahren scheint berechtigt, da im Laufe der Entwicklung ein bestimmter Typus der mitteleuropäischen Universität entstand und die einzelnen Hochschulen in verschiedenen Ländern sich bloss durch lokal bedingte Merkmale unterscheiden.

Die Universität Basel besitzt alle Eigenschaften einer schweizerischen Hochschule, zugleich aber hat sie mit den deutschen Universitäten vieles gemeinsam, weil sie im Wirkungsbereich der deutschen Kultur liegt. Daher haben wir es richtig gefunden, auch Äusserungen aus deutschen Universitätskreisen zur Klärung unseres Problems heranzuziehen.

Der grösste Teil des Materials stammt aus neuerer Zeit. Einige Aussagen aus vergangenen Jahrhunderten sollen die historische Perspektive wahren.

Als Ausgangspunkt für unsere Darstellung dient uns das Universitätsgesetz von 1937, wonach der Zweck der Universität in der

1. Pflege der Wissenschaft,
 2. Vorbildung für die wissenschaftlichen Berufsarten,
 3. Förderung des geistigen Lebens
- besteht.

1. Pflege der Wissenschaft als Aufgabe der Universität

Die meisten Autoren sind der Ansicht, dass die vornehmste Aufgabe der Universität die „Pflege der Wissenschaft“ sei. Über die Bedeutung dieses Begriffes gehen jedoch die Meinungen auseinander. Für die einen ist es eine reine, nur im Dienste der Wahrheit stehende, nicht auf praktische Ergebnisse eingestellte Forschungstätigkeit; für manche ist es ein Erziehungsmittel, das den Charakter und die Persönlichkeit des jungen Menschen bilden soll; andere wieder sehen darin eine Grundlage für die Erwerbung von Kenntnissen, die für das zukünftige berufliche Leben nötig sind.

Vor allem tritt aber die Universität als ein Forschungsinstitut hervor. „Die Funktion der Universität wird durch die Wissenschaft als Streben nach der Wahrheitserkenntnis bestimmt... die Vermittlung von Kenntnissen für den praktischen Berufsgebrauch steht in zweiter Linie“, schreibt H. Gerber⁹. Auch E. Fueter stellt fest: „Die Fachforschung ist eine Notwendigkeit jeder Universität. Nur das wahllose, zufällige Anhäufen von Wissenstoff kann nicht die Aufgabe wahrer Erkenntnis sein“¹⁰. Und nach Karl Jaspers hat die Universität die Aufgabe, „die Wahrheit in der Gemeinschaft von Forschern und Schülern zu suchen... Weil Wahrheit durch Wissenschaft zu suchen ist, ist Forschung das Grundanliegen der Universität“¹¹. Auch F. Hauser gibt auf die Frage, was die Gesellschaft von der Universität verlange, die folgende Antwort: „Das erste Postulat: sie möge auch in Zukunft so wie jetzt der reinen, sachlichen Wahrheitsforschung dienen...“¹².

Besonders in der Schweiz, die fast keine öffentlichen Forschungsinstitute besitzt, fällt den Universitäten eine verantwortungsvolle Aufgabe zu. „Sie müssen die reine systematische Forschung sowie den wissenschaftlich-technischen Versuch lehren und selbst pflegen“¹³.

Die Universität als Forschungsinstitut stellt vor allem an die Dozenten grosse Anforderungen. Auf ihren Schultern liegt die Pflicht einer stetigen

9) H. Gerber, Die Rechtsgestalt der Universität im Zusammenhang des staatlichen Lebens (Die Universität, ihre Geschichte, Aufgaben und Bedeutung in der Gegenwart, Stuttgart 1933, Heft 12), S. 15.

10) E. Fueter, Bau und Schicksal der Universität, Schweizerische Hochschulzeitung (im Weiteren als SHZ bezeichnet), 1933/34, H. 3.

11) Karl Jaspers, Die Idee der Universität, Berlin 1946, S. 9-10.

12) F. Hauser, Universität und Volk, SHZ 1939/40, H. 2. Vgl. P. Niggli, Hochschulen und akademischer Nachwuchs, SHZ 1941/42, H. 5. Er ist der Ansicht, „dass (die Hochschule) ihre Bemühungen auf ein Ziel konzentrieren (sollte): durch wissenschaftliches Erkennen zu erlangende Wahrheiten zu suchen und zu kennen“. Vgl. ferner W. Rappard, Conférence de clôture, SHZ 1945/46, H. 1: „... la mission de l'Université, n'est pas de propager une foi, mais de développer des méthodes et de découvrir des vérités vérifiables.“

13) A. Rohn, Die Bedeutung der wissenschaftlichen Forschung für unser Land, SHZ 1936/37, H. 5.

schöpferischen Forschungsarbeit. „Pour le professeur universitaire la recherche scientifique est la condition même des droits qu'il a à ce titre. Le professeur qui se bornerait à transmettre les connaissances acquises par d'autres ne serait qu'un vulgarisateur et non un véritable universitaire“, stellt W. Rappard fest ¹⁴.

Die Verbindung der Funktionen des Forschers mit jenen des Pädagogen bereitet grosse Schwierigkeiten. Jede von diesen Funktionen erfordert andere Befähigungen. Oft schliesst die genaue Erfüllung der einen Aufgabe die Ausübung der anderen aus, und zwar einfach aus Gründen des Zeitmangels. Und so betont auch ein Teil der Dozenten ihre Forschungsarbeit, während die anderen sich hauptsächlich der Erziehung und Ausbildung der Jugend widmen.

Es ist schwer zu entscheiden, welche der beiden Funktionen die wichtigere ist. „L'Université a besoin des deux types (des professeurs), celui du chercheur et celui du maître apte à enseigner. Tous deux sont également précieux“, sagt P. Niggli ¹⁵. Jaspers dagegen betont entschieden die Forschungsarbeit. Der Forscher „kann zwar didaktisch ungeschickt sein, nämlich ungeschickt zur blossen Vermittlung eines zu lernenden Stoffes. Aber er allein bringt in Berührung mit dem eigentlichen Prozess des Erkennens, dadurch mit dem Geist der Wissenschaften, statt mit den toten, lernbaren Ergebnissen“ ¹⁶. Als Vertreter der entgegengesetzten Richtung nennen wir Ortega y Gasset, der von einem Dozenten vor allem ein pädagogisches Talent und die Fähigkeit zur Synthese verlangt ¹⁷.

Auf jeden Fall, wie auch die Antwort auf diese Streitfrage lauten mag, lastet an den mitteleuropäischen Universitäten der grösste Teil der wissenschaftlichen Forschungsarbeit auf den Schultern der Dozenten. Wohl sind in einigen Ländern besondere Forschungsinstitute entstanden, deren Mitarbeiter sich ausschliesslich der Forschung widmen können. Jedoch beeinflusst — nach Ansicht vieler Vertreter der Wissenschaft — eine solche Trennung von Lehr- und Forschungstätigkeit die beiden Gebiete sehr ungünstig ¹⁸. Um ihre Unzertrennlichkeit zu betonen, bezeichnet Fritz Ernst das Lernen an den Universitäten als „das forschende Lernen“ ¹⁹.

14) W. Rappard, Conférence de clôture, SHZ 1945/46, H. 1. Nach E. Ruck liegt es in der Tradition der Basler Hochschule, „dass sie besondern Wert legt auf Universitätslehrer, die nicht nur ihr Fach beherrschen, sondern auch ‚wissenschaftliche Menschen‘ sind im Sinne des klassischen Idealismus“. E. Ruck, Die Rechtsstellung der Basler Universität, S. 18.

15) P. Niggli, Le recrutement des universitaires en Suisse, SHZ 1938/39, H. 4.

16) K. Jaspers, Die Idee der Universität, S. 41.

17) Ortega y Gasset, Mission of University, London 1946, S. 73.

18) Vgl. P. Niggli, Hochschule und akademischer Nachwuchs, SHZ 1941/42, H. 5. Vgl. auch F. Strich; er stellt im Vorwort zu den „Schweizerischen Akademie-reden“ (Bern 1945) fest, dass „die Trennung von Forschung und Unterricht dem schweizerischen Geiste nicht gemäss empfunden wird“. S. VIII.

19) Fritz Ernst, Vom Studieren, Heidelberg 1946.

Neben den Dozenten wird auch die Universitätsjugend zur Teilnahme an der Forschungsarbeit herangezogen. Es sind entweder kleine Gruppen zukünftiger Forscher oder breitere Kreise von Studierenden, die zu ihrer Berufsvorbereitung eine Einsicht in die wissenschaftlichen Forschungsmethoden benötigen.

Der Bildungswert, welchen die direkte Teilnahme an der wissenschaftlichen Forschung besitzt, wird oft hervorgehoben. Nach Jaspers soll der Schüler durch die Teilnahme an der Forschung „zu einer sein Leben bestimmenden wissenschaftlichen Bildung kommen“. Eine besondere Bedeutung hat dabei die Forschungsarbeit in den Naturwissenschaften, deren erzieherischer Wert in der selbständigen Durchführung der Forschungen liegt. (Im Gegensatz dazu besteht der Bildungswert der Geisteswissenschaften in der Beschäftigung mit „vergangenen Gestalten des Geistes“). Ohne lebendige, direkte Teilnahme am Forschungsprozess schafft die Aneignung von blossen Ergebnissen „das Gegenteil von geistiger Bildung. Es entsteht eine Dogmatik der zur Autorität erhobenen Wissenschaft, die dem wirklichen Kenner fremd ist“²⁰.

„Die Hochschulen können... nur dann zweckmässige Ausbildungsschulen sein, wenn sie zugleich im wahren Sinne des Wortes Forschungsschulen... sind“²¹. „Ohne Forschung fehlt der Hochschule der systematische und initiativreiche Geist, der den Unterricht belebt“²².

Die Universität als Ganzes muss also von einem wissenschaftlichen Geist beseelt sein, der nicht nur zur Vermehrung des gesamten menschlichen Wissens führt, sondern auch auf die Gestaltung der jungen Persönlichkeit wirkt, sie formt und ihre Fähigkeiten entwickelt.

Als eine unbedingt notwendige Voraussetzung der Forschung wird allgemein das Postulat ihrer Freiheit und Unabhängigkeit gestellt. Paul Häberlin sagt: „Es ist die wesentliche Aufgabe der Universität, unerschrocken für die Wahrheit einzustehen. Sie darf sich nicht in den Zug der Praktisierung, Technisierung und Politisierung unserer Zeit hineinziehen lassen“²³. Auch die „Charte Universitaire“ stellt fest, dass die Universität die Pflicht hat, „sich jedem äusseren Druck zu widersetzen, der (die) Forschung hindern könnte“²⁴. Andererseits betont man häufig, dass die Forschung immer in einer engen Beziehung zu der Wirklichkeit, zu den Bedürfnissen des sozialen Lebens stehen muss. „... die Universität hat durch ihre Forschung selbstverständlich dem praktischen Leben zu dienen“, schreibt F. Hauser²⁵.

20) K. Jaspers, Die Idee der Universität, S. 33-34.

21) P. Niggli, Hochschule und akademischer Nachwuchs, SHZ 1941/42, H. 5.

22) A. Rohn, Die Bedeutung der wissenschaftlichen Forschung für unser Land, SHZ 1936/37, H. 5.

23) P. Häberlin, Über akademische Bildung, SHZ 1936/37, H. 5.

24) H. A. Citroen, Die internationale Universitäts-Konferenz in Genf, SHZ 1944/45, H. 4.

2. Berufsausbildung als Aufgabe der Universität

Obwohl fast alle Vertreter des Universitätslebens darin übereinstimmen, dass jede Hochschule gleichzeitig Forschung und Berufsbildung betreiben sollte, sehen doch einige von ihnen grosse Schwierigkeiten in der Vereinigung dieser Funktionen. Für Häberlin besteht sogar ein Widerspruch zwischen beiden Aufgaben. Die Universität steht im Dienst der reinen Wissenschaft, sie soll jedoch zugleich praktische Ziele verfolgen²⁶. Einen ähnlichen Widerspruch im akademischen Studium sieht Ortega y Gasset. Er zieht aber aus seinem Standpunkt die Konsequenzen und verlangt, dass man aus der Universität die für alle Studierenden obligatorische Forschung entferne. Der zukünftige Praktiker benötige die letzten Ergebnisse der Forschung, keineswegs brauche er aber in die Forschungsmethoden eingeführt zu werden.

Häberlin löst dieses Problem anders. Er stellt nämlich fest, dass trotz des scheinbaren Widerspruchs die beiden Aufgaben durch die Universität erfüllt werden können. Bei einer näheren Prüfung erweist sich, dass sie sich in keinem Fall ausschliessen; sie ergänzen sich im Gegenteil und bilden eine unzertrennliche Einheit. Aber diese „Doppelaufgabe... wird prinzipiell nur dann durchführbar, wenn nicht ihre praktische, sondern ihre theoretische Seite die Führung hat, also die akademische Bildung im eigentlichen, wissenschaftlichen Sinne“²⁷.

Wir können innerhalb der Äusserungen, welche von der Universität die Vorbereitung auf akademische Berufe, d. h. die Vermittlung eines Vorrats an Kenntnissen und Fähigkeiten verlangen, deutlich zwei Hauptrichtungen unterscheiden. Einige Autoren betonen die Notwendigkeit, die Studenten mit einer gewissen Anzahl von auserlesenen, systematisch geordneten Kenntnissen auszustatten. Andere heben eher die Bedeutung der formalen Fähigkeiten hervor: der Intelligenz, der Fähigkeit zur Stellung und Lösung von Problemen, des klaren wissenschaftlichen Denkens, des Kritisierens. Die erste Gruppe sieht in der Universität vor allem einen Komplex von Fachschulen. Die zweite dagegen verlangt von der Universität, dass sie den Studenten bloss eine gute, allgemeine Grundlage gebe. Spezialkenntnisse soll der Akademiker erst im praktischen Leben, während der Berufstätigkeit erwerben.

25) F. Hauser, Universität und Volk, SHZ 1939/40, H. 2. Die enge Beziehung der wissenschaftlichen Forschung zur Gesellschaft betonen auch A. Rohn („Die Hochschulen sollen auf wissenschaftlichem Gebiet begleitend den Bedürfnissen des Landes Rechnung tragen.“ Die Bedürfnisse der akademischen Jugend, SHZ 1927/28, H. 2), und E. von Waldkirch („Die Hochschulen dienen... auch praktischen Bedürfnissen des Staates“, Internationale Hochschulfragen, SHZ 1927/28, H. 1).

26) P. Häberlin, Über akademische Bildung. Rektoratsrede, Basel 1936, S. 29.

27) ebd. S. 29.

Zwei für die erste Einstellung typische Äusserungen, welche aus der Zeit unmittelbar vor der Gründung der Universität Berlin stammen, zitiert Schmidhauser ²⁸: „Der Hauptzweck des akademischen Studiums ist Bildung fürs praktische Leben; Vorbereitung zum öffentlichen Dienst des Staates“ (H. v. Berg). In ähnlicher Weise äussert sich der preussische Minister v. Massow: „Aus der Fülle des Herzens unterschreibe ich die Meinung, dass an die Stelle von Universitäten Gymnasien, welche die allgemeine Bildung vollenden, und Fachschulen für Ärzte, Juristen und Volkslehrer treten müssen.“

Aussagen aus diesem Geiste sind jedoch heute kaum mehr zu finden, obwohl viele Autoren betonen, dass das erste und oberste Ziel aller Ausbildung „die Heranbildung berufstüchtiger Menschen, die allen Anforderungen des Berufslebens gewachsen sind“, war und bleiben muss ²⁹. „Die wichtigste Leistung, die eine Hochschule im Dienst des praktischen Lebens vollbringt, ist natürlich die Ausbildung des Nachwuchses in den akademischen Berufen“, stellte auch der Vertreter der Basler Bürgerschaft fest ³⁰. „Les Universités sont chargées de la preparation professionnelle aux carrières libérales“ (Kohler) ³¹. „Die Universität hat die allermeisten Studenten zu wissenschaftlichen Berufen auszubilden... sie soll für die Praxis ausbilden“ (Häberlin) ³². „...die Hochschule... soll in erster Linie der Schulung und beruflichen Ertüchtigung des jungen Menschen dienen“ ³³.

Für Jaspers folgt die zweite Aufgabe der Universität aus dem Zweck der Universität, Wahrheit zu suchen. „Weil Wahrheit überliefert werden soll, ist Unterricht die zweite Aufgabe der Universität (S. 10) ... die Universität hat jederzeit die Aufgabe, den Forderungen der praktischen Berufe zu genügen“ ³⁴. Jaspers hält für die beste Vorbereitung auf einen akademischen Beruf „nicht das Erlernen eines abgeschlossenen Wissens, sondern die Schulung und Entfaltung der Organe zu wissenschaftlichem Denken... Für die Berufsbildung kann die Universität überall nur die Basis geben, die Ausbildung selbst erfolgt in der Praxis“ ³⁵.

H. v. Meyenburg stellt das Universitätsstudium dem Unterricht an den Fachschulen gegenüber, welcher hauptsächlich auf der Vermittlung von Kenntnissen beruht. „An der Universität wird der Student in die lebendige

28) J. Schmidhauser, Der Kampf um das geistige Reich, Hamburg 1933, S. 114-115.

29) H. E. Mühlemann, Bildung und Ausbildung der Studenten, SHZ 1937/38, H. 4.

30) F. Hauser, Universität und Volk, SHZ 1939/40, H. 2.

31) P. Kohler, La crise des études, SHZ 1938/39, H. 4.

32) P. Häberlin, Über akademische Bildung, SHZ 1936/37, H. 5.

33) W. R., Zur Frage der intellektuellen Arbeitslosigkeit, SHZ 1934/35, H. 2.

34) Jaspers: Die Idee der Universität, S. 69.

35) ebd. S. 42.

Wissenschaft eingeführt und dazu angeleitet, sich auch in seinem ganzen künftigen Berufe den Weg weisen zu lassen durch die wissenschaftliche Idee, ohne die sein Beruf zu einem flachen Handwerk herabsinken würde“³⁶.

Nach Ruck will die Universität den Studierenden „in erster Linie den Weg... zur Beherrschung ihres Faches“ zeigen. „Aber das Höchste ist das nicht...“ Die höchste Aufgabe der Universität ist „die Schaffung der wissenschaftlichen Grundlagen“ für die künftige Berufstätigkeit³⁷. In ähnlichem Geiste schreibt in der Schweizerischen Hochschulzeitung Ambühl, wobei zu bemerken ist, dass er mit keinem Wort die Forschung erwähnt. Die Aufgabe der Universität sei Schulung und Bildung. Unter Bildung versteht der Verfasser „die Entwicklung der Individualität zur Persönlichkeit“, unter Schulung „die Pflege und Förderung der Verstandeskräfte und die Aneignung von Wissen und Können, welche zur wissenschaftlichen oder praktischen Betätigung in einem Berufe notwendig sind... Die Hochschule hat das grundlegende Wissen zu vermitteln und die Erziehung von Spezialisten zu vermeiden; das letztere ist Sache des praktischen Lebens“³⁸.

Die Spezialisierung wird meistens als eine grosse Gefahr des Universitätsstudiums bezeichnet, da sie eine Einengung des geistigen Horizonts zur Folge habe. A. Rohn meint: „Die Hochschule kann nicht auf lauter Spezialrichtungen vorbereiten, sie darf nie die grosse Linie des weiten und doch zugleich vertieften Überblickes verlieren“³⁹. Auch die Universitäts-Charte fordert einen entschiedenen „Kampf... gegen das Überwuchern der technischen Spezialausbildung über die allgemeine geistige Bildung“⁴⁰. H. v. Meyenburg betont dagegen, dass die Spezialisierung heute, bei der riesigen Entwicklung der Wissenschaften, eine Notwendigkeit geworden ist. Er glaubt, „dass aus der Spezialisierung des Wissens an sich keine ernste Gefahr droht, weder der Wissenschaft noch der universitas litterarum... Wer sich die grossen Zusammenhänge gegenwärtig hält, der wird nie Nur-Fachmann sein“⁴¹.

3. Förderung des geistigen Lebens als Aufgabe der Universität

Die dritte Aufgabe, die das Universitätsgesetz von 1937 der Universität stellt, ist im „Ratschlag“ zu diesem Gesetz folgendermassen

36) H. v. Meyenburg, Medizinstudium und Universität, SHZ 1935/36, H. 2.

37) E. Ruck, Die Rechtsstellung der Basler Universität, S. 18-19.

38) H. Ambühl, Schulung oder Bildung im Hinblick auf die Anforderung des praktischen Lebens an den Hochschulabsolventen, SHZ 1944/45, H. 3.

39) A. Rohn, Die Bedürfnisse der akademischen Jugend, SHZ 1927/28, H. 2.

40) Vgl. Citroen, Die internationale Universitäts-Konferenz, SHZ 1944/45, H. 4.

41) H. v. Meyenburg, Medizinstudium und Universität, SHZ 1935/36, H. 2.

kommentiert: die Universität hat „bei der Einwohnerschaft den Sinn für Wissen und Wissenschaft zu unterhalten und zu pflegen“. Dieser Kommentar erfordert einige Vorbehalte. Wie Häberlin dazu bemerkt, „kann es nicht die Meinung des Gesetzes sein, dass jene Förderung des geistigen Lebens nur den weitem Kreisen und nicht *auch* den Studenten gegenüber Aufgabe sein solle“⁴². Gerade bei dieser Aufgabe der Universität muss es um einen unmittelbaren Einfluss auf die Studierenden gehen, um die Entwicklung ihrer Persönlichkeit und Bildung ihres Charakters. So verstand auch Ignaz P. V. Troxler diese Funktion der Hochschule, als er schon im Jahre 1834 von der Universität verlangt, dass daselbst „das Innerste und Höchste im Menschen, das Geist und Herz, das Gesinnung und Gesittung, das Tugend und Tatkraft in dem aufwachsenden Geschlechte... hervorgehoben, dass der ganze Inbegriff von Kräften und Anlagen, von Fähigkeiten und Vermögen, die wir Menschheit nennen, zu seiner hohen Bestimmung... herausgebildet werde“⁴³.

Die Aufgabe der Universität: das geistige Leben zu fördern, wie sie im Gesetz von 1937 umschrieben ist, zerfällt somit in zwei Teile. Die Universität soll durch ihre Tätigkeit

- a) die Studierenden erziehen, und
- b) ein kulturelles Zentrum für die ganze Gesellschaft bilden.

a) Förderung des geistigen Lebens der Studierenden

Schon für Luther war „die lebensmässige Durchformung des Menschen durch seine unaufhörlich wiederholte Begegnung mit der Wahrheit“⁴⁴ Aufgabe der Universität. Auch die Universität des deutschen Idealismus betont, wie wir gesehen haben, den erzieherischen Einfluss der Welt des Geistes — womit in der Hauptsache die Kultur der Antike gemeint war — auf die Bildung der Persönlichkeit. Noch heute hört man häufig Stimmen, die zur Anknüpfung an die neohumanistische Tradition aufordern. In der Resolution des internationalen Universitätskongresses, der im Jahre 1930 in Habana tagte, heisst es z. B.: „Die moderne Universität soll auf die durch den weiten und lebensnahen Geist des Neohumanismus neubelebte klassische Bildung den grössten Wert legen. Diese kann sich der Wesensart der Gegenwart anpassen und erfolgreich zur Verwirklichung ihrer höchsten Ideale des Lebens und des Fortschrittes beitragen“⁴⁵.

42) P. Häberlin, Über akademische Bildung. Rektoratsrede, S. 7.

43) Ignaz P. V. Troxler, Über Idee und Wesen der Universität in der Republik, Schweizerische Akademiereden, ed. F. Strich, Bern 1945, S. 16-17.

44) Vgl. H. Rückert, Die Stellung der Reformation zur mittelalterlichen Universität, Stuttgart 1933, S. 9.

45) O. Kroh, Universität und allgemeine Volksbildung, Stuttgart 1933, S. 23.

Ambühl behauptet, dass eine der vielen Ursachen, welche die schrecklichen Vernichtungen des Krieges nach sich gezogen haben, das schlechte Funktionieren der Universitäten sei. Sie bemühten sich kaum mehr um die geistige Bildung ihrer Zöglinge. Deshalb müsse dieser besonders in unseren Zeiten eine grössere Bedeutung zugemessen werden. „Wissen und Können verbinden sich zu einer Macht, welche sich nur dann zum Heile der Menschheit ausleben kann, wenn sie durch jenen Geist gelenkt wird, der sich durch Seelengrösse, Wesensreichtum der Persönlichkeit und Charakterfestigkeit auszeichnet“⁴⁶.

Die „Universitäts-Charte“ betont gleichfalls die erzieherische Aufgabe der Universität. Als zweites Postulat des Hochschulstudiums erwähnt sie „die Heranbildung von Menschen, die einen umfassenden und zusammenhängenden Blick für die menschliche Kultur und ein ausgesprochenes Verantwortungsgefühl gegenüber der Gemeinschaft haben“⁴⁷.

Für Jaspers folgt die Notwendigkeit der erzieherischen Funktion der Universität aus den beiden anderen Funktionen, d. h. aus der Forschung und Überlieferung der Wahrheit; sie gibt ihnen erst die Bedeutung. „Da... die Überlieferung von blossen Kenntnissen und Fertigkeiten unzureichend für das Erfassen von Wahrheit wäre, die vielmehr eine geistige Formung des ganzen Menschen verlangt, so ist Bildung (Erziehung) der Sinn von Unterricht und Forschung“ (S. 11). Und weiter: „Forschung und Lehre der Wissenschaft dienen der Bildung geistigen Lebens als Offenbarwerden der Wahrheit“⁴⁸.

Auch Vertreter der Basler Universität äussern sich im gleichen Sinne. So sagt Wackernagel: „... die Universität allein schon durch ihr Dasein weist auf Ziele hin, die jenseits der praktischen Forderungen des Alltags liegen“⁴⁹. Und Ernst Staehelin stellt bei der Einweihung des neuen Basler Kollegiengebäudes fest: „... die Alma Mater Basiliensis sollte nicht nur Fachwissen vermitteln, sondern sie sollte mithelfen, die abendländische Menschheit in hohe geistige Welten und in ewige Zusammenhänge hinein-zubilden“⁵⁰. „... alles fachwissenschaftliche Forschen und Schaffen der Universität Basel“ muss „auf die Bildung zur Menschlichkeit“ ausgerichtet werden“⁵¹.

Die moderne Universität, wenn sie in viele einzelne Anstalten und Fachabteilungen zersplittert ist, kann keinen grossen Einfluss auf die geistige Gestaltung der Jugend ausüben. Sie hat kein geschlossenes, ein-

46) H. Ambühl, *Schulung oder Bildung...*, SHZ 1944/45, H. 3.

47) Vgl. Citroen, *Die internationale Universitäts-Konferenz*, SHZ 1944/45, H. 4.

48) Jaspers, *Die Idee der Universität*, S. 36.

49) J. Wackernagel sen., *Stadt und Universität Basel*, S. 18.

50) E. Staehelin, *Zur Einweihung des neuen Kollegienhauses der Universität Basel*, SHZ 1939/40, H. 2.

51) E. Staehelin, *Rede beim Festakt im Münster*, SHZ 1939/40, H. 3.

heitliches Gesicht, sie gibt den Hörern lose, oft sich widersprechende Wissensfragmente. Deshalb hört man immer wieder Stimmen, welche die im 19. Jahrhundert verlorene Einheit der Universität wiederherstellen wollen. So z. B. schreibt Fueter: „Unter den besten Kräften der gegenwärtigen Universität besteht die Sehnsucht nach einer Erneuerung der ‚universitas litterarum‘, die Zusammenfassung aller wissenschaftlichen Fakultäten durch die Führung platonischer Weltbetrachtung und humanistischer Wertung“⁵².

Meistens wird allerdings eine gewisse Einheit der Universität postuliert ohne nähere Erklärung, aus welchem Prinzip diese Einheit abgeleitet werden sollte. „Die Universität braucht innere Geschlossenheit“⁵³. Ihre wichtige Aufgabe ist „die Entwicklung des Geistes der akademischen Gemeinschaft“⁵⁴. Die Hochschule der Gegenwart „ist so zu reformieren, dass ihre eigentliche Aufgabe, Persönlichkeiten zu erziehen, wieder mehr hervortritt. Die Erreichung dieses Zieles ist anzubahnen durch Wiederherstellung der Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden...“⁵⁵. Spranger glaubt auch, dass die Universität erst dann ihre Aufgabe erfüllen könne, wenn sie eine „Wissenschaftsgemeinschaft“ bilde. „Eine restlose Differenzierung bedeutet Zerfall, und der Sinn der Universität geht verloren, wenn einer an dem anderen vorbeiarbeitet...“⁵⁶. Die Universität ist zwar keine Erziehungsanstalt im eigentlichen Sinn; Erziehung als eine besondere Aufgabe gehört nicht zu ihrem Wirkungsbereich. „Sie wirkt direkt erzieherisch nur durch das Medium einer einzigen Kraftentfaltung: durch die Schulung des Wahrheitssinnes... Aber sie wirkt indirekt auch durch die ganzen Institutionen der akademischen Lebensordnung“⁵⁷.

Wir sehen also, dass die Einheit der Universität durch viele Autoren als eine Voraussetzung betrachtet wird, ohne welche die Universität ihre Bildungsaufgabe nicht erfüllen kann. „... es ist aber eine Lebensfrage der Universität, dass ihre Einheit über das Mass des Organisatorischen hinausgeht“, fügt Simon hinzu⁵⁸.

Einige Autoren verlangen schliesslich von der Universität die Entwicklung der allgemeinen intellektuellen Fähigkeiten der Studierenden und erblicken gerade darin einen besonderen erzieherischen Wert. Ruck betrachtet z. B. als höchstes Ziel der Universität „die Schaffung... (von)

52) E. Fueter, Bau und Schicksal der Universität, SHZ 1933/34, H. 3.

53) H. Gerber, Die Rechtsgestalt der Universität..., S. 40.

54) Vgl. Citroen, Die internationale Universitäts-Konferenz, SHZ 1944/45, H. 4.

55) Vgl. die „Leitsätze“ des Deutschen Studententages in Innsbruck, in R. Schairer und C. Hoffmann, Die Universitätsideale der Kulturvölker, Leipzig 1925, S. 119.

56) Spranger, op. cit. S. 24.

57) ebd. S. 35.

58) P. Simon, Voraussetzung und Wesen der mittelalterlichen Universität, Stuttgart 1933, S. 34.

wissenschaftlichen Grundlagen, die Erziehung zu Sachlichkeit, zu Wahrheitssinn und Wahrheitsdrang, zu kritischem Urteil, zur Einsicht in die gestaltende Macht des Geistes und der Ideen —, im ganzen das Hinführen der Studenten zu dem Ideal der selbständigen geistigen Persönlichkeit“⁵⁹. Nach Rohn soll „die Hochschule... vor allem lehren, wie irgend eine Aufgabe gründlich und wahr vertieft werden kann, damit der Student das erzielte funktionelle Denken auf ganz andere Lebensaufgaben fruchtbringend anwenden kann“⁶⁰.

Ernst Howald behauptet, dass die besondere Berücksichtigung dieser Aufgabe der Universität ein Merkmal der schweizerischen Hochschulen bilde. „Die Idee, die (den schweizerischen Universitäten) zu Grunde liegt, ist ja die, dass durch sie möglichst viele begabte Menschen dazu gebracht werden sollen, wissenschaftlich zu denken, d. h. auf Erfassung der Wahrheit, auf unvoreingenommene Beobachtung, auf mythen- und vorurteilsfreie Gestaltung des Lebens das Hauptgewicht zu legen“⁶¹.

Zusammenfassend können wir sagen, dass nach den zitierten Äusserungen die Universität ihre erzieherische Aufgabe auf zweierlei Arten ausüben kann:

1. durch Vermittlung einer „allgemeinen Bildung“, die den Studierenden mit den grossen Schöpfungen des menschlichen Geistes vertraut macht,
2. durch Entwicklung des selbständigen Denkens, des Verantwortungsfühls und der kritischen Urteilsfähigkeit.

In beiden Fällen wirkt sich die geistige Atmosphäre der Universität günstig auf die Formung der jungen Persönlichkeit aus. Diese Atmosphäre entsteht jedoch nur dann, wenn Dozenten und Studierende eine geschlossene, durch eine gemeinsame Idee durchdrungene Einheit bilden.

b) Förderung des geistigen Lebens ausserhalb der Universität

Es ist bemerkenswert, dass wir in diesem reichen Material nur wenige Äusserungen finden, die von der Universität die Förderung des geistigen Lebens der breiteren Kreise der Bevölkerung verlangen, obwohl dieser Gedanke im Basler Universitätsmilieu besonders lebendig war. So schreibt z. B. Wilhelm Vischer in seiner anonym im Jahre 1851 erschienenen Broschüre: „Es soll eine höhere Lehranstalt nicht bloss Jünglinge, welche

59) E. Ruck, Die Rechtsstellung der Basler Universität, S. 19.

60) A. Rohn, Die Bedürfnisse der akademischen Jugend, SHZ 1927/28, H. 2. Vgl. auch P. Niggli: „Das Ziel (der Universität) ist nicht, routinierte Praktiker zu schaffen..., sondern in sachlicher, methodischer und allgemein menschlicher Hinsicht die Vorbedingung sicherzustellen, die der schöpferische Mensch auf dem Gebiet wissenschaftlichen Arbeitens benötigt.“ Hochschule und akademischer Nachwuchs, SHZ 1941/42, H. 5, S. 267.

61) Ernst Howald, Die Hochschulen der Schweiz, SHZ 1939/40, H. 6.

eine gelehrte Laufbahn oder eine solche, die eine gelehrte Grundlage voraussetzt, ergreifen wollen, in diese einführen, sie soll auch die Wissenschaft in weiteren Kreise ausbreiten, anregen und einen Mittelpunkt und Stützpunkt bilden für die Männer, die nicht eine Berufsbildung suchen, sondern die aus blosser Liebe zu der Wissenschaft dieser nachstreben, jüngere oder ältere, solche, die die Stunden, die ihnen von sonstigen Geschäften bleiben, gerne dazu verwenden, sich vertraut zu machen mit den geistigen Fortschritten der Zeit, oder die eine edle Musse, statt sie mit frivolen Zerstreuungen oder kleinlicher Vielgeschäftigkeit auszufüllen, gerne ganz der Wissenschaft weihen, ohne diese doch zum eigentlichen Beruf zu machen“⁶². Vierzig Jahre später schreibt Andreas Heusler⁶³: „... die Bedeutung und der Werth der Universität reicht weit über ihren speziellen Zweck der wissenschaftlichen Ausbildung der an ihr studierenden Jünglinge hinaus, das gesamte Gemeinwesen wird in ihr Interesse gezogen, und durch tausend Atome verbreitet sich der Einfluss des an der Universität gepflegten geistigen Lebens in alle Kreise und Schichten der Bevölkerung“. In der engen Verbundenheit mit der Einwohnerschaft sieht er das Eigenartige der schweizerischen Hochschulen, das sie z. B. von den deutschen unterscheidet⁶⁴. Auch in der Broschüre von J. Schnell und C. F. Schönbein lesen wir: „... die Hodischule (tritt) aus ihrem engern Lehrberuf heraus und wirkt anregend und belebend nach verschiedenen Richtungen hin auf weitere Kreise ein“⁶⁵.

Diese Aufgabe fand auch eine klare Formulierung in den Gesetzen. So z. B. erwähnt der „Ratschlag und Gesetzesentwurf betreffend Revision der Universitätsgesetze“ von 1854 als eine der Aufgaben, die der Universität im Gesetze von 1835 gestellt wurde, die Popularisierung der Wissenschaft. „... die Anstalt sollte für die gesamte Bürgerschaft ein Herd geistiger Anregung sein, sie sollte die Wissenschaft aus den engern Kreisen der berufshalber sich damit Beschäftigenden hinaustragen unter die Gebildeten überhaupt“⁶⁶. Und im Ratschlag zum Universitätsgesetz von 1937 wird, wie bereits erwähnt, die dritte Aufgabe der Universität

62) Die Eidgenössische Universität, Bern 1851, S. 10.

63) Zur Frage einer eidgenössischen Rechtsschule, Basel 1891, S. 6.

64) Über die Bedeutung dieser Verbundenheit schreibt der Basler Staatschreiber Gottlieb Bischoff: „Die Zeiten, welchen das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit von Bürgerschaft und Universität abhanden gekommen war..., sind überhaupt die trostlosesten unsrer Geschichte; umgekehrt, wenn die von der Universität repräsentierte und getragene Wissenschaft ein Salz war, das unser öffentliches Leben durchdrang, da sahn wir dieses in seinem ganzen Umfang keimen, sprossen und gedeihen.“ Ratschlag betreffend den Anzug über Erwerbung der neu zu gründenden Eidgenössischen Hochschule, Basel 1863, S. 5.

65) Die Universität von Basel, was sie fordert und was sie leistet, Basel 1851, S. 30.

66) Ratschlag und Gesetzesentwurf betreffend Revision der Universitätsgesetze, Basel 1854, S. 5-6.

dahin interpretiert: „bei der Einwohnerschaft den Sinn für Wissen und Wissenschaft zu unterhalten und zu pflegen“.

Im Dienste der „Förderung des geistigen Lebens“ stehen auch die Volks-Hochschulkurse. Ihre Tradition an der Universität Basel reicht bis zum Jahre 1521, in dem Johannes Oekolampad in deutscher Sprache über den Propheten Jesaja las, und seine Vorlesungen nicht nur von Studenten, sondern auch von zahlreichen Bürgern besucht wurden. Laut der Ordnung vom 21. Januar 1931 sind die Volks-Hochschulkurse an der Universität dazu bestimmt, „in weiteren Volkskreisen... geistige Anregung und Bereicherung zu bieten“⁶⁷.

4. Die übrigen Aufgaben der Universität

Oft stellt man der Hochschule eine Aufgabe, die in keine unserer Hauptgruppen eingeordnet werden kann. Die Universität soll eine „Führerschule“ sein, indem sie eine geistige Elite erzieht, die dank ihrer langjährigen Studien und erworbenen Qualifikationen eine hervorragende Rolle in der Gesellschaft zu spielen berufen wäre.

Diese Funktion üben gewiss die besten englischen Universitäten aus. Sie legen keinen Nachdruck auf die wissenschaftliche Ausbildung der Studierenden, auf die Heranbildung von guten Fachleuten oder Spezialisten. Vielmehr erstreben sie eine harmonische Entfaltung der ganzen Persönlichkeit und körperliche Ertüchtigung. Man war in England der Überzeugung, dass die verantwortungsvollen leitenden Stellungen des Imperiums neben Kenntnissen vor allem Tatkraft und Entschlossenheit erfordern. Diese Funktion scheinen die englischen Universitäten gut erfüllt zu haben. Dafür spricht die Tatsache, „dass bis in die jüngste Vergangenheit hinein die erdrückende Mehrzahl der Regierenden des gewaltigen Weltreichs in Oxford und Cambridge ausgebildet waren, und... noch heute ein auffallend grosser Teil von ihnen aus alten Oxfordern und Cambridgern besteht“⁶⁸.

Der Akademiker soll dank seiner Vorbereitung zur Führung berufen sein. Das Postulat, dass die wichtigsten und verantwortungsvollen Posten im staatlichen Apparat, in der Administration, in Handel und Industrie

67) Paragraph 1. Eine ähnliche Rolle haben die öffentlichen akademischen Vorlesungen zu erfüllen. Dazu bemerkt Wilhelm Vischer jun.: „So erfüllt die Universität neben der Aufgabe einer Schule für die studierende Jugend noch die einer Volksakademie im besten Sinne des Wortes, und es ist daher kein Wunder, wenn die Bürgerschaft sich mehr und mehr daran gewöhnt hat, sie als eines ihrer theuersten Kleinode anzusehen, als ‚das höchste Gut, das wir nach unsrer Freiheit besitzen‘...“ Eidgenössische Universität und die Kantonhochschulen, Basel 1874, S. 24.

68) Adalbert Wahl, Die Hochschulen des Auslandes, Stuttgart 1933, S. 13.

nur diejenigen besetzen können, die über eine Universitätsbildung verfügen, findet immer grössere Verbreitung. Andererseits tritt neben der „beruflichen“ Führung die „geistige“ hervor. Vom Arzt, vom Rechtsanwalt, vom Ingenieur erwartet man, dass er dank seiner intellektuellen und geistigen Qualitäten zur kulturellen Elite des Landes gehöre. „Der Akademiker ist berufen, Führer zu sein... Man erwartet vom Akademiker, als Ausfluss einer ausgeglichenen und kraftvollen Persönlichkeit: Initiative, Kraft und Wille sich persönlich einzusetzen, Freude an der Verantwortung, gesunde Phantasie, gelenkt von einem gewissen Reichtum an Ideen und eine saubere, gerade innere Haltung als Voraussetzung für die Aufgaben der Menschenführung“⁶⁹.

Henschen stellt auch in seiner Basler Rektoratsrede fest: „Die Hochschule hat unserem Volke für entscheidende Bezirke des Gemeinschaftslebens entscheidungsfähige und entscheidungsstarke Menschen zu geben“⁷⁰. Ähnlich bei Simon: „Die Auslesefunktion der Universität besteht darin, in der Nation eine gewisse geistige Schicht immer von neuem zu schaffen und zu ergänzen, die in ihrem Denken und Fühlen in einem hohen Grade einheitlich ist“⁷¹.

Die Erfüllung derselben Aufgabe verlangt Tank: „Welches auch die Zukunft der Hochschule sein möge, ihre Sendung bleibt die Erziehung einer geistigen Elite“⁷². Auch die Vertreter der katholischen Kreise sehen in ihrer Universität „eine katholische Führerschule“⁷³, deren Ziel „die Heranbildung einer christlichen Führerschicht“⁷⁴ sei.

Der spanische Soziologe Ortega y Gasset erwähnt noch eine Funktion der Universität, welche er als „zusätzliche“ bezeichnet. Nach seiner Ansicht muss jede Universität einen direkten Einfluss auf das öffentliche Leben ausüben. „The university must intervene, as the university, in current affairs treating the great themes of the day from its own point of view:

69) H. Ambühl, Schulung oder Bildung, SHZ 1944/45, H. 3.

70) C. Henschen, Entwicklungsnotwendigkeiten der Hochschule. Rektoratsrede, Basel 1946, S. 5.

71) P. Simon, Probleme der Universität, Stuttgart 1933, S. 16.

72) Fr. Tank, Die Hochschule, Zürich 1945, S. 14.

Vgl. W. E. Rappard, L'Université et les temps actuels, SHZ 1937/38, H. 7: „Quel que soit le régime social que l'on puisse concevoir — anarchisme, communisme, socialisme, démocratie, aristocratie, dictature ou théocratie — les universitaires y auront leur place et cette place sera celle de chefs“.

Vgl. auch W. Frank, Studenten und Universitäten nach dem Kriege, Affoltern a. A. 1945, S. 5.

Nach Jaspers liegt die Führerbildung nicht in der Idee der Universität. „... der allgemeine Typus akademischer Berufe (ist) kein Führertypus.“ (Die Idee der Universität, S. 50.) Wenn man über die Führer-Rolle der Akademiker spricht, bedient man sich gewöhnlich dieses Begriffs in einem begrenzten Sinn.

73) Die katholische Universität Freiburg. Ihr Werden und ihr Sein, ihr Sinn und ihre Sendung, S. 12.

74) ebd. S. 100.

cultural, professional, and scientific... the university must assert itself as a major, spiritual power, higher than the press, standing for serenity in the midst of frenzy, for seriousness and the grasp of intellect in the face of frivolity and unashamed stupidity... Then the university, once again, will come to be what it was in its grand hour: an uplifting principle in the history of the western world“⁷⁵.

Henschen geht noch weiter. Die Professoren als Körperschaft sollten nicht nur eine führende Rolle innerhalb der Nation spielen, sondern auch auf internationalem Gebiete, an der Seite der Vereinigten Nationen einen Rat bilden. „Dieser Geistesareopag der Menschlichkeit, des Menschentums und der Menschenwürde hätte die doppelte Aufgabe, alle Wege freier Forschung offenzuhalten, sich aber als Verwalter der moralischen Kräfte der Völker gegen die Menschenkultur zerstörende Versuche von gewalthörigen Wissenschaftlern zu stellen“⁷⁶.

Mit diesen Problemen ist eine wichtige und viel diskutierte Frage, die Berechtigung der Politik an der Universität, verbunden. Hervorragende Gelehrte, wie Max Weber, Karl Jaspers, K. H. Bauer widersetzen sich mit Entschiedenheit der Politisierung. „Politik gehört an die Universität... nur als Gegenstand der Forschung“, stellt Jaspers fest⁷⁷.

C. Zusammenfassung

(Schematische Darstellung der Aufgaben der Universität)

Die bisher erhaltenen Ergebnisse können wir in der Form eines Schemas darstellen. Wir stellen uns die Frage, *welche Funktionen eine „ideale Universität“ erfüllen sollte, um den in der Gesellschaft geltenden Vor-*

75) Ortega y Gasset, op. cit. S. 77. Auch K. Mannheim weist auf die Gefahr hin, die daraus erwächst, dass die Lösung der wichtigsten Probleme des sozialen und politischen Lebens sehr oft in der Hand unqualifizierter oder ungeeigneter Personen liegt. „The solution of... (the) vital questions fell into the hands of political dogmatists and literary essayists, who... rarely have had the benefit of the tradition and training that is needed for the responsible elaboration of scientific facts.“ *Man and Society*, London 1944, S. 31.

76) C. Henschen, op. cit. S. 41. Die besondere Rolle der Wissenschaftler und der Gebildeten überhaupt wurde von vielen Autoren betont: „At no time in history, have the intellectuals and the technologists wielded so much influence as in contemporary society.“ J. H. Newlon, *Education for Democracy in Our Time*, 1939, S. 76.

77) Jaspers, *Die Idee der Universität*, S. 111. Vgl. Max Weber, *Wissenschaft als Beruf* (Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen 1921), S. 542. Ferner K. H. Bauer, *Philosophie des tätigen Lebens* (Vom neuen Geist der Universität, Berlin 1947), S. 52. Vgl. zu diesem Problem auch W. Frank, *Studenten und Universitäten nach dem Kriege*, S. 26, G. Ritter, *Die Idee der Universität und das öffentliche Leben*, Freiburg i. Br. 1945, S. 19 u. 23.

stellungen zu entsprechen und versuchen dann alle diese Funktionen in ein geschlossenes, klares Schema zusammenzufassen. Wie jedes Schema hat auch dieses eine gewisse Vereinfachung zur Folge. So z. B. können darin nicht alle Meinungsverschiedenheiten berücksichtigt werden. Auch das verwickelte Netz von gegenseitigen Abhängigkeiten und Einflüssen der einzelnen Aufgaben wird nicht ganz klar zum Vorschein kommen können. Dafür erhalten wir eine grössere Übersicht und Klarheit.

Folgende Gruppen nehmen am Universitätsbetrieb teil:

1. *Die Forscher.* Dieser Gruppe gehören vor allem die Dozenten an, ferner die jungen Wissenschaftler, die sich nach ihrem Diplom spezialisieren, teilweise auch jene Studenten, die sich zur Forschungsarbeit als Beruf vorbereiten; vorübergehend auch alle anderen Studenten, soweit sie mit ihren Dissertationen einen selbständigen Beitrag zur Forschung leisten. Die Dozenten sollen zugleich die Rolle der Lehrer und Popularisatoren der Wissenschaft spielen.

2. Die zweite Gruppe besteht aus jenen *Studenten, welche sich für den Beruf des Forschers vorbereiten.* In diese Gruppe gehören sie sozusagen als „Lehrlinge“, in die erste nur sofern sie als Forscher tätig sind.

3. *Der Rest der Studenten* bildet die dritte Gruppe, welche alle diejenigen umfasst, die sich für die akademischen Berufe (mit Ausnahme des Wissenschaftlerberufs) vorbereiten.

4. Zur vierten Gruppe gehören schliesslich *die Hörer und die Teilnehmer an den Volks-Hochschulkursen*, denen es nicht um Erlangung des Diploms, sondern um Erweiterung ihres Horizonts und Ergänzung ihrer Kenntnisse geht.

Jede dieser Gruppen nimmt einen anderen Platz in der Struktur der Universität ein; für jede Gruppe ist eine andere Aufgabe der Universität die wichtigste.

Die Universität erscheint vor uns in drei verschiedenen Rollen:

1. als Forschungsinstitut,
2. als Berufsschule,
3. als Körperschaft.

In jeder dieser Rollen hat sie andere Funktionen zu erfüllen und den vier oben erwähnten Gruppen andere Dienste zu leisten. Es muss jedoch betont werden, dass diese Gliederung der Universität einen rein methodologischen Charakter besitzt. Keine der drei Rollen ist ohne die beiden anderen denkbar, und nur als ein geschlossenes Ganzes kann die Universität ihre mannigfaltigen Aufgaben gut erfüllen. „Forschungsinstitut“, „Berufsschule“, „Körperschaft“, sind nur drei verschiedene Aspekte der Universität und nicht drei getrennte, innerhalb der Hochschule existierende Institutionen.

I. Die Universität als Forschungsinstitut erfüllt folgende Funktionen:

A. *Forschung als Hauptfunktion.* Die erste Gruppe (die Forscher) fördert durch ihre rein wissenschaftliche Arbeit, welche die Universität ihr ermöglicht, die Entwicklung der Wissenschaft. Einige Ergebnisse ihrer Forschung können durch die Gesellschaft unmittelbar in der Praxis ausgewertet werden.

B. *Ausbildungsfunktion.*

1. Der zweiten Gruppe bietet die Teilnahme an der Forschung eine Vorbereitung auf ihren Beruf.
2. Die dritte Gruppe erhält durch die Forschung nur eine gewisse Anzahl von Kenntnissen und Fähigkeiten als Grundlage für den zukünftigen akademischen Beruf.
3. Für die vierte Gruppe spielt die Teilnahme an der Forschung eine sehr geringe Rolle.

C. *Erziehungsfunktion.* (Eine Nebenfunktion der Universität als Forschungsinstitut.)

Die Forschungstätigkeit wirkt erzieherisch auf alle Gruppen, die auf diese Weise an der Suche nach der Wahrheit teilnehmen.

II. Die Universität als Berufsschule erfüllt folgende Funktionen:

A. *Ausbildung als Hauptfunktion.* Die Universität bereitet die Studierenden auf ihre Berufe dadurch vor, dass sie

a) bestimmte Kenntnisse überliefert:

- a) spezielle, für den gegebenen Beruf (Spezialisierung),
- β) allgemeine, um die Zusammenhänge innerhalb der Wissenschaft aufzuzeigen;

b) die Fähigkeiten entfaltet:

- a) spezielle, zur Ausübung des Berufes,
- β) allgemeine (Intelligenz, Scharfsinn, Objektivität).

Der Wirkungsbereich dieser Funktion kann folgendermassen umschrieben werden:

1. Die zweite Gruppe erhält hier bloss ergänzende Kenntnisse. Die eigentliche Berufsvorbereitung bildet die Forschung.
2. Für die dritte Gruppe ist es dagegen die Hauptfunktion.
3. Auch für die vierte Gruppe ist diese Funktion die wichtigste. Dabei handelt es sich vor allem um die Vermittlung allgemeiner Kenntnisse (aβ) und allgemeiner Fähigkeiten (bβ).

B. *Erziehungsfunktion.*

Eine gewisse erzieherische Wirkung hat der Kontakt mit der Wissenschaft (durch allgemeine Vorlesungen — aβ) und die Entfaltung der allgemeinen formellen Fähigkeiten — bβ.

III. Die Universität als Körperschaft, als ein durch die Idee der Wahrheit durchdrungenes Ganzes.

A. *Erziehung als Hauptfunktion.* Der Studierende wird durch seine Teilnahme am Universitätsleben, durch Umgang mit anderen Vertretern der Universitätskörperschaft, durch die geistige Atmosphäre der Hochschule erzogen.

B. *Die Funktion der geistigen Führung.* Die Universität als Ganzes übt einen Einfluss auf die Probleme des täglichen Lebens der ganzen Gesellschaft aus (Ortega y Gasset).

Soweit die Universität alle eben erwähnten Aufgaben erfüllt, ist sie zugleich eine „Führerschule“. Die meisten Verfasser, welche die Frage der „Führerschaft“ der Akademiker erörtern, verstehen darunter nicht die eigentlichen Führeigenschaften, sondern sie betonen eher den starken Charakter und jene Kenntnisse, welche die Bekleidung von verantwortungsvollen Posten in der Gesellschaft ermöglichen.

Zweiter Teil

Die Struktur der Universität Basel

Um die Struktur der Universität als einer sozialen Institution darzustellen, untersuchen wir zunächst die Weise, in welcher die Basler Hochschule mit dem Staate¹ verbunden ist.

A. Das Verhältnis der Universität Basel zum Staate

Die moderne Universität ist einerseits eine Körperschaft der Dozenten und der Studenten: sie hat die Aufgabe der Forschung, dem wissenschaftlichen Erkennen, der Idee der Wahrheit zu dienen. Zugleich aber ist sie eine durch den Staat unterhaltene Anstalt, die höchste Bildungsstätte, welche die Bürger für die akademischen Berufe vorbereitet.

Dieses komplizierte Verhältnis verursacht grosse organisatorische Schwierigkeiten. Der Dienst an der Wissenschaft erfordert Unabhängigkeit und Freiheit der Universität, d. h. eine möglichst vollkommene Autonomie. Die Abhängigkeit von einem bürokratischen Staatsapparat kann die Hochschule an der angemessenen Ausübung ihrer fundamentalen Funktion, der wissenschaftlichen Forschung hindern. Der moderne Staat duldet aber innerhalb seiner Wirkungssphäre kein Gebilde, das ihm nicht untergeordnet und durch seine Gesetze geregelt wäre. Um seine Ziele realisieren zu können, beschränkt er in immer höherem Masse die Freiheit der Individuen wie auch die Selbständigkeit und Autonomie der verschiedenen Körperschaften, die bis jetzt ein freies Leben innerhalb des Staates führen durften.

Der moderne Staat ist sich der Wichtigkeit der Universitäten bewusst: in seinem Budget sieht er grosse Summen für den Unterhalt und die Förderung der Hochschulen vor, verlangt aber gleichzeitig ein Aufsichtsrecht über ihre Tätigkeit.

Die Unmöglichkeit einer vollkommenen Autonomie der Universität innerhalb des modernen Staates steht ausser Diskussion. Heute besteht das Problem darin, eine solche Regelung des gegenseitigen Verhältnisses zu ermitteln, welches der Universität — ohne ihr Wesen zu beeinträchtigen — die Erfüllung der ihr gestellten Aufgaben ermöglicht².

1) Darunter verstehen wir weiterhin den Kanton Basel-Stadt.

2) „... das Kernproblem der Universitätsverfassung ist das Problem der Autonomie der Wissenschaft, ihrer Selbständigkeit im Staate (... im Staate, nicht

Wie ist das Verhältnis der Universität Basel zum Staate geregelt worden? In der Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 2. Dezember 1899, Par. 12, heisst es: „Die Förderung des Erziehungswesens und der Volksbildung ist Aufgabe der Staatsverwaltung. Der Staat errichtet und unterhält die öffentlichen Unterrichtsanstalten für allgemeine und berufliche Bildung.“ In Ausführung der Verfassungsbestimmungen wurde ein kantonales Schulgesetz erlassen, welches jedoch die Regelung der Angelegenheiten der Universität einem besonderen Gesetz überträgt³.

Das heute geltende Universitätsgesetz, in dem auch das Verhältnis der Universität zum Staate geregelt ist, wurde im Jahre 1937 erlassen. Daneben beschäftigt sich das Universitätsgutgesetz insbesondere mit der materiellen Basis der Hochschule.

Der zweite Abschnitt des Universitätsgesetzes von 1937 behandelt die „Leitung der Universität“ und erwähnt dabei folgende staatliche Organe, die zur Ausübung der Aufsicht und zur Leitung der Hochschule berufen sind:

1. Die Kuratel. Sie „führt die unmittelbare Aufsicht über die Universität und wahrt deren Interessen“ (Par. 4).

2. Das Erziehungsdepartement mit dem Erziehungsrat an der Spitze. „Die Universität steht unter der Leitung des Erziehungsdepartements“ (Par. 3).

3. Der Regierungsrat. „Er erlässt die Verordnungen und trifft die Entscheide, die ihm dieses Gesetz und das Gesetz über das Universitätsgut vorbehalten“ (Par. 2).

Mittels dieser Organe übt der Staat die Kontrolle über die Universität als staatliche Bildungsstätte aus. Die Macht des Staates erfasst jedoch nicht alle Gebiete des Universitätslebens. Die Dozenten sind zwar Staatsbeamte, werden vom Staat berufen und bezahlt, sie üben aber zugleich die ihnen von einer autonomen Körperschaft übertragenen Funktionen, z. B. eines Rektors, eines Dekans usw., aus⁴. In der Regenz versammelt erlassen sie die Ordnungen, welche das innere Leben der Hochschule bestimmen. Die Universität als Körperschaft, die auch Aufgaben zu erfüllen hat, welche ausserhalb der unmittelbaren Zwecke des Staates liegen, besitzt eine Autonomie, die im Universitätsgesetz gewährleistet und vom Staat anerkannt wird.

gegenüber dem Staat).“ H. Gerber, Die Rechtsgestalt der Universität im Zusammenhang des staatlichen Lebens, Stuttgart 1933, S. 21.

3) „Die Organisation der Universität und ihrer Sammlungen ist in einem besonderen Gesetze geregelt.“ Schulgesetz des Kantons Basel-Stadt vom 4. April 1929, Par. 53.

4) „Die Universität (ist) mit einer eigenartigen Organisation ausgestattet..., in der Rektor, Regenz und Dekane als Universitätsorgane im Sinne von Willensträgern des Rechtssubjektes Universität und nicht als Staatsorgane wirken.“ E. Ruck, Die Rechtsstellung der Basler Universität, S. 8.

Als Organe der Universitätskörperschaft sind im Universitätsgesetz erwähnt:

1. Der Rektor; er „führt den Vorsitz in der Regenz, vertritt die Universität nach aussen und leitet deren Geschäfte“ (Par. 29).

2. Die Regenz, der alle ordentlichen Professoren angehören⁵. Sie „führt die direkte Aufsicht über den Universitätsbetrieb und erledigt die ihr nach Gesetz und Verordnung zustehenden Geschäfte der Universität“ (Par. 28).

3. Der Ausschuss, der aus dem Rektor, Prorektor und den Vertretern der Fakultäten zusammengesetzt ist. Die Regenz überträgt ihm die Vorbereitung oder sogar die Erledigung der laufenden Geschäfte (Vgl. Par. 30).

4. Sechs durch die Regenz gewählte Kommissionen⁶.

Die Autonomie der Universität beschränkt sich nicht auf die Exekutive, d. h. die Erledigung der Geschäfte innerhalb der zugesprochenen Kompetenzen. Als Körperschaft kann die Universität Statuten, Satzungen und Ordnungen erlassen⁷. Unter Autonomie ist demnach nicht nur die Selbstverwaltung, sondern auch die Eigengesetzgebung zu verstehen. Als eine Ergänzung der so aufgefassten Autonomie erscheint die Disziplinalgewalt der Universität, die gegen die Mitglieder der Körperschaft „wegen grober Pflichtverletzung oder wegen eines mit dem Ansehen der Universität unvereinbaren Verhaltens“ gerichtet werden kann⁸.

Um mögliche Kollisionen zwischen den Kompetenzen der einzelnen Staats- und Universitätsorgane zu vermeiden, wurden ihre Befugnisse genau umschrieben. Jedes Organ besitzt einen „Kompetenzkatalog“, in welchem ihm alle ihm ausschliesslich zustehenden Rechte verzeichnet sind.

Die staatlichen Organe wachen darüber, dass die Universität die Grenzen ihrer Autonomie nicht überschreitet. Diese Aufsicht hat einen doppelten Charakter. Sie ist:

1. präventiv insofern, als sich der Staat die Genehmigung der von der

5) Eine beratende Stimme in den Regenzsitzungen besitzt ein Vertreter der ausserordentlichen Professoren und ein Vertreter der Privatdozenten.

6) U. a. die Disziplinarkommission, die Kollegiengelderlass- und Stipendienkommission, die Kommission für den Privatdozentenfonds.

7) E. Ruck, Die Rechtsstellung der Basler Universität, S. 13.

8) Vgl. Par. 37. Als Beispiele der Autonomie der Universität erwähnt Ruck: „... die Vertretung der Universität nach aussen, die Wahrung ihrer Rechte und Interessen, die Wahl der Universitätsorgane, die Verwaltung des Universitätsgutes und Überwachung der Universitätsanstalten, die Aufnahme neuer Mitglieder in den Lehrkörper durch Habilitation von Privatdozenten (unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Kuratel), die Mitwirkung bei der Berufung von Professoren, die Regelung des Lehrplanes, die Aufnahme Studierender als akademische Bürger durch die Immatrikulation und ihre Ausbürgerung durch die Exmatrikulation, die Zu- und Entlassung von Hörern und Hörerinnen, die Abnahme der Universitätsprüfungen, die Verleihung der akademischen Grade, die Erteilung der Universitätsstipendien und der Erlass von Kolleggeldern, die Wahrung der Interessen der Studentenschaft und die Disziplinalgewalt über sie.“ ebd. S. 12/13.

Universität erlassenen Ordnungen und Statuten vorbehalten. Das Statutarrecht der Universität ist also begrenzt⁹.

2. repressiv, d. h. der Staat ist befugt, die Beschlüsse der autonomen Körperschaft im Rahmen des Gesetzes zu ändern oder gegebenenfalls als nichtig zu erklären.

In Wirklichkeit macht der Staat von seiner repressiven Macht kaum Gebrauch: die wichtigsten Beschlüsse werden in der Regel erst nach beiderseitiger Vereinbarung getroffen.

So erscheint die Universität Basel als „eine körperschaftlich verfasste Staatsanstalt“¹⁰. Stark mit dem Staate zusammengewachsen „erfüllt sie als höchste Lehrstätte eine Hauptaufgabe des Staates“¹¹, gleichzeitig aber „geniesst (sie) ... im Rahmen der Rechtsordnung die nötige Freiheit, ihre eigenen Angelegenheiten so zu verwalten, wie es dem richtig verstandenen Sinn und Zweck der Universität am besten entspricht“¹².

Es muss dabei betont werden, dass die Universitätsfreiheit von zweierlei Art ist. Neben der rechtlich gewährleisteten Freiheit der inneren Verwaltung besitzt die Universität die „akademische Freiheit“, d. h. die Lehr- und Lernfreiheit. Dieses Prinzip, das den Kern der Universität als Körperschaft bildet, wurde in Basel immer als „ein altüberliefertes und allseitig anerkanntes Gewohnheitsrecht“¹³ betrachtet und erscheint ausdrücklich als eine rechtliche Vorschrift erst im Universitätsgesetz von 1937. Die Änderung des Gesetzes in dieser Richtung zeugt davon, dass die Gesellschaft die entscheidende Bedeutung dieses Prinzips für das gesamte Leben der Hochschule richtig erfasst hat, dass aber auch der Staat diesen Grundsatz vollauf anerkennt und vor jeder Verletzung durch seine Organe zu schützen gewillt ist, was 1937 nicht mehr so selbstverständlich war wie im 19. Jahrhundert.

B. Die Struktur der Universität

Der grosse Fortschritt der Wissenschaft im 19. und 20. Jahrhundert bewirkte eine Revolutionierung der wissenschaftlichen Forschungsmethoden. Zur wichtigsten Bedingung jeder wissenschaftlichen Arbeit wurde die Spezialisierung. Der moderne Forscher, der das gewaltige Gebäude der Wissenschaft in irgendeinem Punkte ausbauen will, ist gezwungen, alle seine

9) Vgl. H. Gerber, Die Rechtsgestalt der Universität, S. 20: „Es ist undenkbar, für die Universität ein uneingeschränktes ius statuendi in Anspruch zu nehmen; das würde die Einheit des Staates in Frage stellen und dem obersten Grundsatz modernen Staatsdenkens widersprechen.“

10) E. Ruck, Die Rechtsstellung der Basler Universität, S. 10

11) ebd. S. 10.

12) ebd. S. 15.

13) ebd. S. 15.

Kräfte auf einen schmalen, ausgewählten Sektor zu konzentrieren. Jedes Streben nach Allseitigkeit, nach Umfassen des Ganzen, wie es das Ideal des Polyhistor des 17. und 18. Jahrhunderts war, endet unfehlbar im Dilettantismus¹⁴.

Eine weitere wichtige Veränderung in den Arbeitsmethoden der Wissenschaften ist der Tatsache zuzuschreiben, dass die wissenschaftliche Arbeit heute ohne einen gut ausgebauten, komplizierten Hilfsapparat kaum mehr denkbar ist. Dies betrifft sowohl die Geisteswissenschaften wie auch — in ungleich grösserem Ausmasse — die Naturwissenschaften. Hier ist es ein Laboratorium, dort eine Bibliothek. Eine selbständige, private Betreibung der Forschung ist heutzutage schlechthin unmöglich, weil die Beschaffung der Hilfsmittel die materiellen Möglichkeiten des Einzelnen weit übersteigt. So ist er auf die Institutionen angewiesen, die von der Gesellschaft oder vom Staat gegründet und unterhalten werden.

Eine dieser Institutionen ist die Universität. Ihre Anstalten, Bibliotheken und Seminare bilden die unerlässlichen Werkzeuge, ohne die sogar der genialste Gelehrte hilflos ist. Von der Ausstattung und Organisation dieser Anstalten hängt in hohem Masse das Forschungsergebnis ab. Nur ihr ständiger Ausbau und ihre Modernisierung erlaubt dem Forscher das der Entwicklung der Wissenschaft entsprechende Niveau zu erreichen und zu wahren. Kein Wunder, dass die Universitäten in den letzten Zeiten eine Wandlung durchmachten. Sie wuchsen zu Komplexen intensiv arbeitender, nur locker miteinander verbundener Forschungsinstitute an. Diese sind in ihrer Organisation eher einem auf ergiebige Arbeit eingestellten Industriebetrieb als einem „Tempel der Wissenschaft“ ähnlich. Die Begabung, die Persönlichkeit der Dozenten, früher allein für das Niveau der Universität ausschlaggebend, spielt eine viel kleinere Rolle. Immer grössere Bedeutung gewinnt dagegen die technische Ausrüstung der Universität.

Jede Darstellung der modernen Universität muss daher dem technischen Apparat ganz besondere Aufmerksamkeit schenken.

Bei der Besprechung der Struktur der Universität Basel berücksichtigen wir folgende Probleme:

1. Die materielle Struktur der Universität, ihre technische Ausstattung und deren Organisation;
2. Die Dozenten als Mitglieder des Lehrkörpers;
3. Die Studierenden.

Diese Einteilung entspricht unseren Erwägungen über die soziale Institution (vgl. S. 2): im ersten Punkte werden wir die Ausstattung und

14) Diese Alternative tritt nicht nur auf dem Gebiete der Forschungstätigkeit der Universität auf. Salin sieht die gleiche Gefahr auch in der Tendenz zur Allgemeinbildung, indem er feststellt: „Alle Bildung muss, wenn sie universell werden, wenn sie in die Breite gehen will, notwendig eine Senkung des Niveaus in Kauf nehmen.“ Vgl. Über Vorzug und Gefahr der allgemeinen Bildung, Synopsis, Heidelberg 1948, S. 445.

die Organisation der sozialen Institution besprechen, im zweiten und dritten das Personal dieser Institution.

1. Die materielle Struktur

Die Universität Basel, als päpstliche Stiftung gegründet, besass von Anfang an ein eigenes Vermögen, das im Laufe der Zeit durch Dotationen des Staates, der Kirche und Privater vermehrt wurde. Bis 1833 war die Universität „das Rechtssubjekt des Universitätsgutes“. Erst bei der Kantonsteilung wurde das Universitätsgut als Staatsvermögen erklärt. Dadurch hat die Hochschule ihre Vermögensfähigkeit verloren. In den folgenden Gesetzen (von 1836, 1903, 1919) wurde jedoch die besondere Stellung der Universität betont: das Universitätsgut wird als „ein zugunsten der Universität gebundenes, dem Zugriff des Staates wie der Staatsgläubiger entzogenes Zweckvermögen“¹⁵ bestimmt.

Nach dem geltenden Gesetz¹⁶ besteht das Universitätsgut aus:

1. den Universitätssfonds (den akademischen fisci),
2. den, im Grundbuch als Eigentum der Universität Basel eingetragenen Liegenschaften,
3. den Sammlungen,
4. den Sammlungen und dem Inventar der Lehranstalten der Universität (vgl. Par. 1).

ad. 1. Die Universität besitzt zahlreiche in verschiedenen Zeitperioden gestiftete Fonds¹⁷. Die grösste Bedeutung für die Universität haben jetzt die sog. „Neun Vereinigten Fonds und die Kahlbaumstiftung“¹⁸. Neben diesen Fonds besitzt die Universität noch andere: die einen werden von der Hochschule verwaltet, die anderen sind organisch mit einzelnen Anstalten verbunden¹⁹. Wie die Zinsen aus den Stiftungsvermögen verwendet werden sollen, wird genau durch die Reglemente und Stiftungsurkunden der einzelnen Fonds bestimmt. Alle Stiftungen und Fonds leisten

15) E. Ruck, Die Rechtsstellung der Basler Universität, S. 7.

16) Gesetz über das Universitätsgut und die Sammlungen und Anstalten der Universität vom 16. Oktober 1919.

17) Einen allgemeinen Überblick darüber gibt der im Jahre 1933 herausgegebene Index Donationum.

18) Die Reincinnahmen dieser Fonds beliefen sich im Jahre 1946 auf ca. 74 500 Fr. Die Ausgaben, welche aus diesen Fonds gedeckt wurden, weisen drei Hauptposten auf: die Beiträge an die Besoldungen der Dozenten (ca. 30 000 Fr.), akademische Stipendien (ca. 25 000 Fr.), Beiträge an verschiedene Universitätsanstalten (ca. 13 000 Fr.). Vgl. Rechnung über das Vermögen der Universität Basel vom Jahr 1946, Basel 1947.

19) Die „Rechnung über das Vermögen der Universität Basel“ von 1946 erwähnt z. B. 29 Stiftungen und Fonds, welche von der Universitätsbibliothek verwaltet werden.

Beiträge hauptsächlich aus den laufenden Zinsen. Ihre praktische Leistungsfähigkeit wird sichtlich mit dem allgemeinen Sinken des Zinsfusses vermindert.

ad. 2. Liegenschaften. Im Universitätsgesetz von 1903 wurden alle Liegenschaften der Universität ausdrücklich erwähnt. Dieses Verzeichnis ist bei der Reform im Jahre 1919 aus dem Gesetz entfernt und durch das Erziehungsdepartement im Jahre 1928 als Ergänzung von Par. 1 dieses Gesetzes separat herausgegeben worden ²⁰.

ad. 3. Die Sammlungen. Der Universität sind einige Sammlungen angeschlossen. U. a. sind im Gesetz von 1919 die Öffentliche Bibliothek, die Kunstsammlung, das Naturhistorische und Historische Museum erwähnt.

ad. 4. Zu den im Gesetz von 1919 erwähnten Lehranstalten der Universität kommt noch das im Jahre 1937 als wissenschaftliches Lehr- und Forschungsinstitut der juristischen Fakultät gegründete „Institut für internationale Recht und internationale Beziehungen“ ²¹ und das „Institut für Unfallmedizin“ ²². Locker mit der Universität verbunden ist das Frey-Grynäische Institut, dessen Lektoren zugleich als Inhaber staatlicher Professuren an der theologischen Fakultät tätig sind ²³.

Neben den Anstalten besitzt die Universität acht Kliniken (an sechs von ihnen sind die Polikliniken angegliedert) und eine besondere Medizinische Klinik, die dem Erziehungsdepartement untersteht ²⁴. Aufs engste mit der Universität sind schliesslich zahlreiche Seminare mit eigenen Bibliotheken verbunden, in welchen sich die Studierenden der einzelnen Fachgruppen versammeln.

Die Gesamtheit des Universitätsgutes „wird von der Regenz und unter ihrer Aufsicht von den . . . Anstaltsbehörden verwaltet“ (Par. 4). An der Spitze der einzelnen Anstalten und Seminare stehen diejenigen Dozenten, die für das betreffende Fach den Lehrauftrag haben. Für den wissenschaftlichen Betrieb der Anstalten haben sie manchmal spezielle wissenschaftliche Hilfskräfte, die Assistenten (vgl. Par. 27 des Universitätsgutgesetzes).

Bei der Besprechung der Universitätsverwaltung verdienen die sog. „Kommissionen“ eine besondere Berücksichtigung. Thommen bezeichnet sie als „eine Eigentümlichkeit baslerischer Verwaltung“. Sie haben einen ständigen Charakter und „stehen als Mittelglied zwischen den leitenden Funktionären und deren Vorgesetzten den ersteren als teils beaufsichtigendes, teils beratendes und unterstützendes Organ zur Seite“ ²⁵. Im Gesetz

20) Vgl. Verzeichnis der zum Universitätsgut gehörenden im Grundbuch als Eigentum der Universität Basel eingetragenen Liegenschaften, März 1928, im Staatsarchiv.

21) Im Personal-Verzeichnis der Universität seit W. S. 1938/39 erwähnt.

22) Vgl. Georg Boner, Die Universität Basel in den Jahren 1914-1939, Basel 1943, S. 144. Im Personal-Verzeichnis seit 1920.

23) Im Personal-Verzeichnis seit S. S. 1937 erwähnt.

24) Vgl. Boner, op. cit. S. 190-223.

von 1919 sind neun dieser Kommissionen aufgezählt, welche die Aufsicht über die Sammlungen der Universität ausüben ²⁶.

Die Universität Basel erscheint uns als ein verwickeltes System von Anstalten, das durch eine gemeinsame Verwaltung zusammengehalten wird. Seine einzelnen Teile haben sich nicht proportional entwickelt; es entstanden fortwährend neue Glieder, die durch neue Bedürfnisse der Wissenschaft ins Leben gerufen wurden. Zwei Dinge waren dabei von grossem Einfluss: einmal die stark zunehmende Zahl der Studierenden, dann der Fortschritt der Spezialisierung und die Forderungen der Wissenschaft nach einer immer vollkommeneren und besseren Ausstattung mit Werkzeugen und Apparaten. Die neuen Forschungsinstitute, welche in dem vorhandenen System keinen Platz mehr fanden, haben sich als selbständige, oft nur lose mit dem Universitätsganzen verbundene Anstalten konstituiert ²⁷.

Obwohl innerhalb der Universität eine grosse Umwandlung stattgefunden hat, wurde die alte, grundsätzliche, aus dem Mittelalter stammende Gliederung in Fakultäten beibehalten. Die einzige Veränderung ist die Trennung der philosophischen Fakultät in zwei völlig selbständige Fakultäten: die philosophisch-historische und die philosophisch-naturwissenschaftliche ²⁸.

Im Mittelalter war die Universität eine allumfassende, die Gesamtheit des menschlichen Wissens in sich schliessende Institution. Sie hatte die einzelnen, aus der Praxis, aus der technischen Entwicklung entstandenen Disziplinen in ein geschlossenes System vereinigt. Die Gliederung der Universität in vier Fakultäten hatte ihre Begründung in der damals geltenden Teilung der Wissenschaften. Den drei „oberen Fakultäten“, welche auf die Berufe vorbereiteten, diente die philosophische Fakultät, die damals den Namen „Artistenfakultät“ trug, als Vorbereitungsschule.

Die Entwicklung der Wissenschaften bedrohte die Einheit der Universität. Die drei „oberen Fakultäten“ gewannen immer mehr an Selbstän-

25) R. Thommen, Die Universität Basel in den Jahren 1884-1913, Basel 1914, S. 14.

26) Mit den Sammlungskommissionen dürfen nicht die von der Regenz gewählten Kommissionen verwechselt werden (vgl. S. 47 dieser Arbeit).

27) Jaspers analysiert die Entstehung der neuen Wissenschaften und unterscheidet zwei Möglichkeiten: die neue Disziplin entstand als Ergebnis der natürlichen Entwicklung einer Wissenschaft; sie sonderte sich von ihrer Mutterwissenschaft ab und wurde selbständig. Dieser Prozess sprengt die Einheit der Fakultät nicht: die neue Wissenschaft hat einen von vornherein bestimmten Platz innerhalb des „Wissenskosmos“ und ihre Beziehungen zu den anderen Wissenschaften haben sich durch ihre Entwicklung nicht grundsätzlich geändert. Eine ganz andere Situation entsteht, wenn die neue Disziplin von ausserhalb der Universität kommt: als ein Versuch der wissenschaftlichen Erfassung eines ganz neuen Gebietes, oder als eine Systematisierung und Rationalisierung einer bisher rein praktisch betriebenen Technik. Vgl. Die Idee der Universität, S. 77 f.

28) An der Universität Basel im Gesetz von 1937 durchgeführt; faktisch bestand die Trennung der philosophischen Fakultät seit 1907.

digkeit, wurden jedoch von der philosophischen Fakultät, welche zum wesentlichsten Teil der Universität geworden war, immer noch zusammengehalten. In dieser Zeit „umfasst sie für sich allein alle Wissenschaften. Die drei andern Fakultäten haben ihren wissenschaftlichen Sinn aus der Berührung mit den Grundwissenschaften, die in der philosophischen Fakultät zusammengefasst sind“²⁹.

Heute, vor die Mannigfaltigkeit des modernen Wissens gestellt, sind wir nicht in der Lage, irgendeine sinnvolle Einteilung der Wissenschaften durchzuführen. Die im Vorlesungsverzeichnis gegebene Gruppierung der Wissenschaften stützt sich nicht auf ein konsequent beobachtetes Kriterium; sie ist eine zufällige, eher geschichtlich als systematisch erklärbare Einteilung.

Das Universitätsgesetz von 1937 bestimmt die Organisation der Fakultäten an der Universität Basel folgendermassen. An der Spitze jeder Fakultät steht der Dekan, der jährlich aus der Mitte der ordentlichen Professoren der betreffenden Fakultät und durch sie gewählt wird. Der Fakultät gehören die ordentlichen und die mit Lehraufträgen betrauten ausserordentlichen Professoren an. Die ausserordentlichen Professoren ohne Lehrauftrag haben nur beratende Stimme in den Sitzungen; die Privatdozenten haben einen für die Dauer eines Jahres gewählten Vertreter, der auch nur über eine beratende Stimme verfügt. Die einzelnen Fakultäten bestimmen ihre Organisation in den von ihnen erlassenen Ordnungen näher.

Bei der Behandlung des Problems „Fakultäten“ an der Universität Basel verdient die theologische besondere Aufmerksamkeit. In den letzten Jahrzehnten wurde einige Male die Forderung gestellt, diese Fakultät von der Hochschule, die von einem der Religion gegenüber neutralen Staat unterhalten wird, abzutrennen. Im Jahre 1925 stellte F. Wieser das Postulat, der Regierungsrat solle sich mit der Frage beschäftigen, ob nicht die Theologische Fakultät als staatliche Anstalt aufzuheben sei. Neben dem Argument, der Staat solle in allen Fragen der Religion neutral bleiben, behauptete man, die Theologie sei keine Wissenschaft und verdiene deswegen keinen Platz innerhalb der wissenschaftlichen Institution.

Im Gutachten, das auf Verlangen der Kuratel verfasst wurde, sprach sich die Regenz entschieden für den Weiterbestand der Theologischen Fakultät aus. In dieser Schrift wurden alle Einwände der Gegner zurückgewiesen und am Schluss festgestellt: „Die Abtrennung der Theologischen Fakultät würde unsere Hochschule geradezu solcher Disziplinen berauben, die neben der Philosophie und der klassischen Philologie durch ihre Fragestellung nach den Grenzen und Quellen unseres Wissens am meisten dazu beitragen, ihr in dieser Zeit der fortschreitenden Zersplitterung und Spezialisierung den Charakter wahrer Universalität zu erhalten“³⁰.

Das Problem der Theologischen Fakultät wurde durch das Universitäts-

29) Jaspers, Die Idee der Universität, S. 76.

gesetz von 1937 endgültig gelöst: die Fakultät wurde in der bisherigen Form beibehalten. Die Kuratel stellte nur die Forderung auf, „dass der ganze Betrieb der Fakultät und ihrer Angehörigen berechtigten wissenschaftlichen Anforderungen genüge und dass die Fakultätsangehörigen von weitherziger Toleranz beherrscht seien“³¹.

Die Entwicklung der Universität Basel und der einzelnen Fakultäten illustriert Tabelle 1, die die Zahl der gesetzlichen Lehrstühle an der Universität in der Zeitperiode^a von 1900-1946 darstellt³².

1. Zahl der gesetzlichen Lehrstühle an der Universität Basel 1901-1946

W. S.	Theol.	Jur.	Med.	Phil. I	Phil. II	Total
1901/02	5	4	8	7	6	30
1910/11	5	5	8	8	6	32
1920/21	5	5	8	12	11	41
1930/31	5	5	8	12	11	41
1940/41	5	5	13	15	13	51
1945/46	5	5	13	15	13	51

Als Ergänzung der dargestellten materiellen Struktur geben wir noch einige Daten aus der Bilanz vom Jahre 1946. Damit erhalten wir eine allgemeine Vorstellung des komplizierten Gefüges; es erlaubt uns auch einen Einblick in die finanzielle Verbindung der Hochschule mit Staat und Gesellschaft.

Die Universität Basel erhält ihre Mittel aus folgenden Quellen:

1. *Vom Bund.* Als kantonale Universität bekommt sie in der Regel keine Beiträge vom Bund. Nach Art. 27 der Bundesverfassung ist wohl der Bund befugt, „... eine Universität und andere höhere Unterrichtsanstalten zu errichten oder solche Anstalten zu unterstützen“. Die Hilfe der Eidgenossenschaft beschränkt sich jedoch auf vereinzelte Beiträge, die jenen Universitätsanstalten, deren Tätigkeit unmittelbar den Bedürfnissen des Staates entspricht, überwiesen werden. Diese Aktion des Bundes, deren Zweck die Förderung der Forschung an den Universitäten ist, wurde rechtlich im „Reglement für die Förderung der wissenschaftlichen Forschung durch Arbeitsbeschaffungskredite des Bundes“ vom 3. Februar 1944 geregelt. „Die vom Bund unterstützte Forschung muss als Teil des Arbeits-

30) Vgl. Boner, op. cit. S. 6. Vgl. auch „Bericht über mündliche Beratung der von der Regenz eingebrachten Abänderungsvorschläge zum Entwurf des Universitätsgesetzes“, verfasst von R. Doerr, Juni 1931, Staatsarchiv, Erziehungs-Akten A 25. Vgl. ferner: Haeussler, Ernst H., Die Krisis der theologischen Fakultät, Zürich 1929, und Derselbe, Die Basler Universität am Scheidewege, Basel 1936.

31) Boner, op. cit. S. 7.

32) Vgl. Boner, op. cit. S. 7-9.

beschaffungsplanes durch ihre Ergebnisse arbeitsbeschaffend sein. Wenn sie zu einem Erfolg führt, ... so soll das Ergebnis der Industrie erlauben, entweder neue Tätigkeitsgebiete aufzunehmen, das Fabrikationsprogramm zu erweitern oder die Zweckforschung darauf einzurichten“³³. Das Reglement sieht auch die Unterstützung derjenigen Forschungen vor, „die nicht direkt arbeitsbeschaffend sind, die aber ein ganz besonderes volkswirtschaftliches Interesse bieten, der Volkswohlfahrt oder der Landesversorgung dienen“, wie auch „die Förderung eines wissenschaftlich denkenden Nachwuchses für Forschung, Lehre und Industrie“³⁴. Alle Zuwendungen sind also zweckgebunden. Im Rahmen dieser Aktion wurden bis November 1945 3 068 000 Fr. zugeteilt; davon hat die Universität Basel ca. 16 % bekommen. Die Aktion wird durch das Eidgenössische Militärdepartement finanziert. Im Jahresbericht der Universität von 1946 lesen wir, dass aus diesen Krediten eine Summe von 45 000 Fr. der Physikalischen Anstalt zugeteilt wurde. Auch $\frac{2}{3}$ der Kosten der Erstellung eines Gebäudes zur Einrichtung eines Hochspannungslaboratoriums wurde vom Bund übernommen.

2. *Der Staat.* Im Jahre 1946 hat der Staat folgende Summen für den Unterhalt der Universität ausgegeben³⁵:

a) Beiträge für die Besoldung des Personals:	
Gesetzliche Professuren	728 568.35
Andere Lehrkräfte	172 934.20
Hilfspersonal	1 445 191.41
	2 346 693.96
b) Beiträge an die Universitätsanstalten und Sammlungen	1 224 211.20
c) Universitätsanstalten: Mobiliar	98 181.25
d) Universitätsanstalten: Bauten	166 327.28
e) Teuerungs- und Herbstzulagen ³⁶	
Teuerungszulagen	758 944.44
Herbstzulagen	75 115.00
Total: Beiträge des Staates	4 669 473.13

3. *Universitätsgut.*

a) Die Vereinigten Fonds ³⁷	74 499.25
b) Die Universitätskasse	12 226.20
c) Kollegiengelder und Semestergebühren	514 401.20
d) Examenengebühren	59 995.00

4. *Die Industrie.* Im Jahre 1946 erhielt die Universität und ihre Anstalten von der Industrie insgesamt 127 950 Fr. und einige Geschenke in

33) O. Zipfel, Arbeitsbeschaffung und wissenschaftliche Forschung, SHZ 1945/46, H. 4.

34) ebd.

35) Staats-Rechnung des Kantons Basel-Stadt.

36) Wir verdanken diese Angaben Herrn Schäfer von der Finanzkontrolle des Kantons.

37) Die Einnahmen der anderen Fonds sind nicht berücksichtigt.

natura. Es ist zu bemerken, dass von dieser Summe ca. 100 000 Fr. für die Unterstützung der naturwissenschaftlichen und technischen Institute bestimmt sind. Die Öffentliche Bibliothek bekam ca. 12 000 Fr., das Juristische und das Staatswissenschaftliche Seminar zusammen 11 500 Fr.

5. *Die Freiwillige Akademische Gesellschaft* überwies 163 185.10 Fr.

6. *Einige Anstalten* können schliesslich Einnahmen aus ihrer praktischen Tätigkeit aufweisen. So z. B. erzielten im Jahre 1946

das Zahnärztliche Institut..... 71 782.55 Fr.

die Medizinische Universitäts-Poliklinik 84 462.00 Fr.

Die oben angegebene Zusammenstellung der Einnahmen der Universität gibt nur ein annähernd genaues Bild ihrer Finanzlage. Es wurden nur die wichtigsten Posten berücksichtigt; der grösste Teil der Finanzangelegenheiten der Universität untersteht nicht ihrer eigenen Administration, was eine genaue Darstellung der Einnahmen erschwert. So bezahlt z. B. die Staatskasse die Gehälter direkt an das Universitätspersonal. Der Bund, die Industrie und die Freiwillige Akademische Gesellschaft leisten ihre Beiträge an gewisse Anstalten, um dadurch die Durchführung von bestimmten wissenschaftlichen Arbeiten zu fördern. Trotz dieser Unvollständigkeit zeigt unsere Darstellung, welch grosse Summen (wir dürfen sie ruhig auf über 5 Millionen Fr. schätzen) der kleine Kanton für den Unterhalt seiner Universität jährlich aufbringt.

Bei der Beschreibung der Struktur der Universität Basel dürfen wir eine Institution, die mit der Hochschule aufs engste verbunden ist — die Volks-Hochschulkurse —, nicht vergessen.

Wir deuteten schon früher an, dass die Tradition der Volks-Hochschulkurse weit in die Vergangenheit reicht. Über die Vorlesungen, die im Jahre 1521 Johannes Oekolampad über den Propheten Jesaja in Basel hielt, schreibt Paul Burckhardt: „Es waren die folgenreichsten Volkshochschulkurse, die je in Basel gehalten worden sind“³⁸.

Die Kurse, die jetzt an der Universität stattfinden, bestehen in der heutigen Form seit einigen Jahrzehnten (im W. S. 1944/45 ist der fünfzigste Kurs organisiert worden), und haben sich eine sichere Position innerhalb der Universität und eine grosse Popularität in der Basler Gesellschaft erworben. Die Aufgabe der Volks-Hochschulkurse wird in der Ordnung von 1931 folgendermassen umschrieben: „Die Volks-Hochschulkurse an der Universität haben den Zweck, weiteren Volks-Kreisen durch Einführung in gemeinverständliche und allgemein fassbare Gebiete des Wissens und der wissenschaftlichen Forschung geistige Anregung und Bereicherung zu bieten“³⁹. Die Kurse werden zum grössten Teil durch Uni-

38) P. Burckhardt, op. cit. S. 8.

39) „Ordnung für die Volks-Hochschulkurse an der Universität Basel“ vom 20. 3. 1931, Par. 1.

versitätsdozenten abgehalten; im W. S. 1945/46 haben sich z. B. 17 Professoren und 5 Privatdozenten an den Kursen beteiligt.

Interessant ist die Zusammenstellung der von den Kursen behandelten Probleme. Von 22 Vorträgen (S. S. 1945) beschäftigten sich 13 mit einem Thema aus dem Gebiet der philosophisch-historischen Fakultät; im Wintersemester 1945/46 waren es 24 von einer Gesamtzahl von 40 Kursen. Die Vorträge aus dem Gebiete der Geisteswissenschaften spielen demnach eine überwiegende Rolle.

Die Popularität der Kurse kann an der immer grösser werdenden Zahl der Teilnehmer gemessen werden. Im W. S. 1945/46 stieg sie auf 3198 Hörer, die 34 Vortragskurse besucht haben. An den Übungskursen beteiligten sich 204 Teilnehmer. Im S. S. 1946 haben an 18 abgehaltenen Kursen 1379 Hörer teilgenommen. Zwei Übungskurse wurden von 80 Personen besucht⁴⁰. Die Kurse werden hauptsächlich aus den Kursgeldern finanziert. Das Defizit deckt der Kanton⁴¹.

2. Die Dozenten

Das geistige Niveau und die intellektuellen Fähigkeiten der Dozenten entscheiden in hohem Masse über das Niveau der Universität⁴². Deshalb werden hohe Anforderungen an die Universitätslehrer gestellt.

Das Basler Universitätsgesetz vom Jahre 1937 unterscheidet folgende Kategorien von Universitätslehrern:

1. *Ordentliche Professoren*. Sie sind die Inhaber der gesetzlichen Lehrstühle (gesetzliche Ordinariate). Zu ordentlichen Professoren können ausserdem um die Wissenschaft verdiente Gelehrte ernannt werden (persönliche Ordinariate)⁴³.

2. *Ausserordentliche Professoren*. Hier unterscheidet das Gesetz: die ausserordentlichen Professoren mit Lehrauftrag (sie haben Sitz und Stimme in der Fakultät) und diejenigen ohne Lehrauftrag. Die Funktion der letzteren entspricht jener der Privatdozenten. Sie „ergänzen und erweitern den Unterricht über die Lehraufträge hinaus gemäss den bei ihrer Bestellung getroffenen Bestimmungen“⁴⁴.

3. *Privatdozenten*. Sie erhalten die *venia docendi* von der Regenz mit der Genehmigung der Kuratel, sind aber keine Mitglieder der Fakultät,

40) Vgl. E. Bonjour, Bericht über das Jahr 1946, Basel 1947.

41) Im Jahre 1946 betrugen die Ausgaben 24 090.39, die Einnahmen 17 500. Das Defizit in der Höhe von 6 590.39 wurde durch den Staat gedeckt. (Staatsrechnung des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 1946, S. 58.)

42) Vgl. Jaspers, Die Idee der Universität, S. 85: „Eine einzelne Universität hat ihren Charakter durch die Professoren, die an sie berufen werden.“

43) Vgl. Universitätsgesetz 1937, Par. 7. Vgl. auch „Ordnung für die ordentlichen Professoren der Universität Basel“ vom 26. November 1938.

44) Vgl. Par. 7 des Universitätsgesetzes 1937.

sondern haben nur an den Sitzungen der Fakultät einen Vertreter mit beratender Stimme. Der Privatdozent ist verpflichtet, in jedem Semester wenigstens zwei Stunden wöchentlich Vorlesungen oder Übungen zu halten und an der wissenschaftlichen Arbeit teilzunehmen. „Wenn er vier Semester hintereinander wegen Mangel an Zuhörern nicht gelesen, oder sich seiner Stellung als unwürdig erwiesen hat . . .“ kann ihm die *venia docendi* entzogen werden⁴⁵.

4. *Lektoren*. An der Universität Basel wurde im Jahre 1898 eine Ordnung für die Lektoren neu aufgestellt. „Als ihre Hauptaufgabe wird darin bezeichnet, den theoretischen Unterricht nach der praktischen Seite hin zu ergänzen“⁴⁶. Sie werden in derselben Weise wie die Privatdozenten berufen, es wird jedoch kein wissenschaftlicher Grad verlangt wie auch keine besondere wissenschaftliche Arbeit (Habilitation). Sie müssen sich lediglich durch genügende Kenntnisse in ihrem Fach ausweisen. Die neue „Ordnung für die Lektoren an der Universität Basel“ (vom 26. November 1938) bezeichnet die Lektoren als „Hilfslehrer der Universität“. „Sie ergänzen den Unterricht, soweit nach dem Urteil der zuständigen Fakultät ein Bedürfnis dafür besteht.“

Tabelle 2 gibt einen Überblick über die Zahl der Dozenten an den einzelnen Fakultäten in den Jahren 1901-1946.

Tabelle 2. Die Zahl der Dozenten an den einzelnen Fakultäten in den Jahren 1901-1946

W. S.	Theol.		Jur.		Med.		Phil. I.		Phil. II		Total		
	P.	PD.	P.	PD.	P.	PD.	P.	PD.	P.	PD.	P.	PD.	Zus.
1901/02	12	3	6	2	22	9	22	9	12	9	74	32	106
1910/11	11	2	8	3	22	21	28	6	18	9	87	41	128
1921/22	10	3	7	2	29	16	31	12	21	12	98	45	143
1930/31	10	6	8	4	37	11	30	19	28	13	113	53	166
1940/41	11	7	10	4	38	21	40	17	34	13	133	62	195
1945/46	13	4	11	3	44	23	43	21	34	14	145	65	210

P. = Die ordentlichen und ausserordentlichen Professoren.

PD. = Die Privatdozenten und Lektoren.

Quelle: Personal-Verzeichnis der Universität Basel, Jahrgänge 1901-1946.

„Zur Ernennung von Universitätslehrern und zur Erteilung von Lehraufträgen ist der Regierungsrat zuständig“⁴⁷. Bei einer Berufung hat die Universität Mitspracherecht. Vor dem Beschluss des Regierungsrates muss nämlich die entsprechende Fakultät zur Abgabe eines Gutachtens eingeladen werden. Bei der Besetzung gesetzlicher Lehrstühle wie auch bei

45) Vgl. Par. 13 des Universitätsgesetzes 1937. Vgl. aus „Ordnung über die Habilitation und Pflichten der PD an der Universität Basel“ (26. Nov. 38).

46) R. Thommen, Die Universität Basel in den Jahren 1884-1913, Basel 1914, S. 4.

47) Das Universitätsgesetz vom Jahr 1937, Par. 8.

der Erteilung wichtiger Lehraufträge bestimmt die Kuratel eine Sachverständigenkommission, der mindestens zwei Mitglieder der zuständigen Fakultät angehören müssen. Die Kuratel erstattet nach genauer Prüfung einen Bericht und Antrag an den Erziehungsrat und dieser an den Regierungsrat. Rechtlich ist der Regierungsrat nicht durch die Vorschläge der ihm untergeordneten Behörden gebunden, er entscheidet endgültig über die Wahl.

Die ordentlichen Professoren und diejenigen mit wichtigen Lehraufträgen sind auf Lebenszeit berufen; die anderen auf die Dauer von sechs Jahren.

Die Universitätslehrer beziehen als Staatsbeamte vom Staat festgelegte Gehälter. Sie betragen für die Inhaber der gesetzlichen Lehrstühle von Fr. 9 400 bis Fr. 13 200 jährlich. „Die Besoldungen der ausserordentlichen Professoren und Privatdozenten mit Lehraufträgen und die der Lektoren werden von Fall zu Fall auf Antrag des Erziehungsrates vom Regierungsrat bestimmt“ (Par. 17 des Universitätsgesetzes). Die Universitätsdozenten ohne Lehrauftrag beziehen in der Regel keine Besoldungen. Par. 18 des Universitätsgesetzes bietet zwar dem Regierungsrat die Möglichkeit, „eine Honorierung ihrer Lehrtätigkeit zu beschliessen“, in der Praxis aber macht man von dieser Vorschrift keinen Gebrauch.

Neben den festen staatlichen Gehältern kommen allen Universitätslehrern die Kolleggelder und ein Teil der Examensgebühren zu. Einige Dozenten (es handelt sich dabei hauptsächlich um solche, die kein Ordinariat besitzen) bekommen auch Zuschüsse von der Freiwilligen Akademischen Gesellschaft, von der Universität oder von bestimmten Fonds (s. u.).

Eine besondere Stellung haben an der Universität Basel die sog. Stiftungsprofessuren. Um den Lehrbetrieb zu fördern, haben einige Private Stiftungen gegründet, aus deren Zinsen Dozenten unterhalten werden sollen, für die im Universitätsgesetz noch kein Lehrstuhl vorgesehen ist. So bestehen z. B. an der Theologischen Fakultät schon seit langem drei solche Professuren. Zwei von ihnen haben „ausgesprochen konservativen Charakter, während die dritte bloss die Freiheit von dogmatischen Bindungen voraussetzt“⁴⁸.

Neben diesen drei theologischen Professuren besteht seit 1874 in der Philosophischen Fakultät die „Vischer-Heusler-Stiftung für eine fernere Professur für klassische Philologie“ und die „Stiftung Bank in Basel“, die durch den Verwaltungsrat des Schweizerischen Bankvereins im Jahre 1907 errichtet wurde.

Stiftungsprofessuren können, wenn ihnen durch den Stifter eine bestimmte Richtung vorgeschrieben wird, mit dem Universitätsgesetz in Konflikt geraten. Heisst es doch in Par. 6, dass „Schenkungen zur Errichtung und Unterhaltung von Professuren nur angenommen werden dürfen,

48) Vgl. Boner, op. cit. S. 7.

wenn keinerlei Bedingungen über die Person und über die Richtung des Inhabers der Professur daran geknüpft werden“. Im Bericht zur Revision des Universitätsgesetzes vom 30. September 1931 versuchte die Kuratel dafür eine Lösung zu finden. Es wurde nämlich der Wunsch ausgedrückt, „dass zwar nach Inkrafttreten des neuen Universitätsgesetzes die gegenwärtigen Inhaber der Stiftungsprofessuren ihre bisherigen Titel und Rechte beibehalten können, aber nach ihrem Rücktritt als solche nicht ersetzt werden“⁴⁹.

Das Gesetz tritt vor allem gegen die „Richtungsprofessuren“, die sich mit dem Postulat der Lehrfreiheit nicht in Einklang bringen lassen, auf. Es geht auch darum, das Verfahren der Dozentenwahl zu uniformieren und nicht zuzulassen, dass ein Professor durch eine ausserhalb des Staates stehende Körperschaft seinen Lehrstuhl bekommt.

Das Gesetz schliesst aber in keinem Fall die Möglichkeit aus, dass den Universitätsdozenten Zuschüsse aus den Stiftungen gewährt werden. Wie früher so dürfen sie auch jetzt Beiträge sowohl aus der Universitätskasse, als auch aus privaten Fonds bekommen. Neben den oben erwähnten Stiftungen bestehen noch viele andere, die aus ihren Mitteln die Universitätsdozenten unterstützen⁵⁰. Wie gross die finanzielle Hilfe ist, welche aus diesen Fonds und aus dem Vermögen der Freiwilligen Akademischen Gesellschaft das Universitätspersonal erhält, wird dadurch illustriert, dass z. B. im Jahre 1946 an die Staatskassen-Verwaltung und direkt für Besoldungen und Besoldungszulagen von Lehrern der Universität eine Summe von 56 200 Fr. ausbezahlt wurde⁵¹.

Zum Schluss geben wir eine Übersicht über Alter und Nationalität der Dozenten.

Im Jahre 1946 sind 31 von den Basler Universitätslehrern 71 und mehr Jahre alt; 14 — 66 bis 70 Jahre alt; 29 — 61 bis 65; 28 — 56 bis 60; 24 — 51 bis 55; 30 — 46 bis 50; schliesslich 52 (davon 34 PD) weniger als 46 Jahre alt.

Von der Gesamtzahl von 210 Basler Dozenten im Jahre 1946 sind 178 Schweizerbürger (davon 115 Bürger der Kantone Basel-Stadt und Basel-Land); 32 sind Ausländer (davon 21 Deutsche).

49) Boner, op. cit. S. 7.

50) So z. B. die Kahlbaumstiftung, die Stähelinsche Stiftung für eine fünfte theologische Professur, die Emanuel-Meyer-Stiftung, die Burckhardt-Vischer-Stiftung (die Zinsen dürfen nur für Honorare an Dozenten schweizerischer Abkunft verwendet werden). Vgl. Index donationum, S. 13-24.

51) Vgl. Geschichte der Freiwilligen Akademischen Gesellschaft, Jahresbericht 1946.

3. Die Studierenden

„Nicht weniger als von den Professoren hängt das Universitätsleben ab von der Art der Studenten“⁵². Sie sind neben der technischen Aus-rüstung der Universität und neben den Dozenten der dritte Faktor, durch den die geistige Qualität und Intensität des Universitätslebens bestimmt wird.

Das Universitätsgesetz von 1937 unterscheidet zwei Arten von Studierenden: immatrikulierte Studenten und Hörer. Zur Immatrikulation werden nur diejenigen zugelassen, die ein anerkanntes Reifezeugnis besitzen. In einer offiziellen Immatrikulationsfeier wird jeder neue Student vom Rektor „durch ein Handgelübde verpflichtet, den Gesetzen und Ordnungen der Universität getreulich nachzukommen, den Studien mit Fleiss obzuliegen, ein anständiges Betragen zu beobachten, den Lehrern mit Achtung, den Beschlüssen der Regenz, dem Rektor und dem Dekan seiner Fakultät mit Gehorsam zu begeben“⁵³. Bei der Immatrikulation sind Gebühren in der Höhe von 26 Fr. zu entrichten.

Je nach der Fakultät ist der Lauf der Studien mehr oder weniger genau vorgeschrieben. An der Philosophisch-Historischen Fakultät z. B. hat der Student grosse Freiheit in der Wahl der Vorlesungen und in der Bestimmung ihrer Reihenfolge. Die Länge des Studiums ist in den Gesetzen und Ordnungen nicht festgelegt. In der Praxis entscheidet der Dekan auf Grund von Zeugnissen und des Kollegienbuches, ob der Doktorand die genügende Anzahl von Semestern hinter sich hat, um zum Doktorexamen zugelassen zu werden.

Bereits an der Juristischen Fakultät ist die freie Gestaltung des Studienverlaufs durch Vorschriften eingeschränkt. Die „Ordnung für die Promotion in der Juristischen Fakultät der Universität Basel“ (1945) stellt als Bedingung der Zulassung zum Doktorexamen ein mindestens sechs Semester währendes Studium⁵⁴. Zwar ist die Reihenfolge der Fächer auch an dieser Fakultät nicht bestimmt⁵⁵, man hat jedoch keine Freiheit mehr in der Wahl der Prüfungsfächer: sie sind genau bestimmt, man entscheidet nur selbst, welches Fach man als Hauptfach nehmen möchte.

An der Medizinischen Fakultät kann von Lernfreiheit kaum gesprochen

52) Jaspers, Die Idee der Universität, S. 85.

53) Die „Ordnung für die Studierenden“, vom Erziehungsrat am 6. Oktober 1941 genehmigt, Par. 15.

54) In der Praxis dauert das Studium mindestens 8 Semester, da „mit dem Doktorexamen... die Ausbildung des Juristen in der Regel nicht beendet (ist). Sie wird durch einen praktischen Vorbereitungsdienst ergänzt“. Vgl. Richtlinien zur Wahl des akademischen Studiums, Basel 1943, S. 12.

55) Der „Studienplan für die Studierenden der Rechte“ (herausgegeben von der Jur. Fakultät, Basel 1945) stellt fest, „dass für das Rechtsstudium zwingende Regeln über die Reihenfolge der Fächer nicht aufgestellt werden können“ und gibt daher nur „allgemeine Richtlinien“.

werden. Das Studium schliesst gewöhnlich mit der eidgenössischen Prüfung ab; den Dokortitel erhält man erst nach Abnahme der Doktorarbeit durch die Fakultät. Von den Inhabern eines eidgenössischen Ärztediploms ist in der Regel keine weitere Prüfung erforderlich.

Das Reglement für die eidgenössischen Medizinalprüfungen vom 22. Januar 1935 verlangt die Absolvierung von 13 Semestern. Das Studium zerfällt in drei Abschnitte: der erste schliesst mit der naturwissenschaftlichen Prüfung (im 3. oder 4. Semester), der zweite mit der anatomisch-physiologischen Prüfung (Ende des 5. oder Anfang des 6. Semesters), der dritte mit der ärztlichen Fachprüfung (nach dem 13. Semester)⁵⁶. Die Zahl und die Reihenfolge der Vorlesungen und Übungen ist genau bestimmt. Wählen kann man nur innerhalb der Vorlesungen, die als „wünschenswert“ bezeichnet werden.

Eine zweite Kategorie der Studierenden bilden die Hörer. Man verlangt von ihnen kein Maturitätszeugnis. Die „Ordnung für die Studierenden“ (von 1941) bestimmt, dass jeder, der das 18. Altersjahr zurückgelegt hat, als Hörer zugelassen werden kann, „sofern der Dozent es nicht aus Gründen ungenügender Vorbildung ablehnt“ (Par. 28). Die Hörer bekommen keine Stipendien, sie können auch keinen Anspruch auf die Herabsetzung oder den Erlass der Kollegengelder erheben. Sie sind von allen Examen ausgeschlossen, haben kein Recht an der Universität zu promovieren. Sie sind keine „akademischen Bürger der Universität“ und haben nur die Befugnis, die Universitätsvorlesungen zu besuchen.

Am Anfang jedes Semesters ist der Studierende verpflichtet, die Semestergebühren zu entrichten (im Jahre 1946 betrugen sie 22 Franken pro Semester; zu diesen fixen Gebühren kommen die Kolleggelder in der Höhe von 5 Fr. pro Wochenstunde hinzu).

Tabelle 3 zeigt die Höhe der Gebühren und Kolleggelder, die von den an der Universität Basel im Winter-Semester 1946/47 immatrikulierten Studenten bezahlt wurden. Die grossen Zahlen in den ersten zwei Spalten erklären sich daraus, dass hier diejenigen berücksichtigt wurden, denen die Kollegengelder herabgesetzt oder erlassen wurden. Die Zahl der Studenten der einzelnen Fakultäten stimmt nicht mit der Zahl der Immatrikulierten überein, da in unserer Tabelle die Beurlaubten nicht berücksichtigt wurden⁵⁷.

56) Das Schlussexamen bildet keinesfalls den Abschluss des Studiums. Es folgt weiter die Arbeit an der Dissertation und die Praxis, welche erst gründliche Kenntnisse auf dem gewählten Spezialgebiet vermitteln kann. Vgl. Stundenplan der Medizinischen Fakultät, S. 3: „Die medizinische Fakultät ist der Ansicht, dass der Studierende in diesen 13 Semestern zwar eine gute allgemeine Grundlage für seine spätere Tätigkeit erwerben kann, dass aber gründlichere Kenntnisse auf dem einen oder andern Gebiete bei der grossen Ausdehnung des Lehrstoffes nur durch Betätigung in Assistentenstellen gewonnen werden können, sei es während des Studiums, eventuell unter Verlängerung desselben, sei es ganz besonders auch nach Absolvierung der Fachprüfung.“

*Tabelle 3. Zahl der Immatrikulierten
nach Fakultät und Höhe der bezahlten Kollegiengelder (W. S. 1946/47) **

	bis 49 Fr.	50— 99 Fr.	100— 149 Fr.	150— 199 Fr.	200— 249 Fr.	250— 299 Fr.	300— 349 Fr.	350— 499 Fr.	500 Fr. u. mehr	Zus.
Theol.	22	18	41	25	2	—	—	—	—	108
Jur.	28	97	65	72	10	—	—	—	—	272
Med.	40	85	79	114	72	84	14	4	27	519
Phil. I	82	148	130	87	2	—	—	—	—	449
Phil. II	43	88	98	83	77	27	—	—	—	416
Total	215	436	413	381	163	111	14	4	27	1764

* Diese Tabelle ist auf Grund von Belegbogen im W. S. 1946/47 ausgearbeitet worden.

Mit den Universitätsgebühren ist das Problem der Stipendien und anderen Einrichtungen, die das Universitätsstudium auch den Unbemittelten ermöglicht, verbunden.

Kollegiengelderlass. In der „Ordnung für die Studierenden“ heisst es in Par. 19: „Bedürftigen Immatrikulierten kann das Kollegiengeld auf die Hälfte oder auf einen Franken für die Semesterwochenstunde ermässigt oder auch völlig erlassen werden“. Tabelle 4 zeigt, in welchem Masse die Studierenden im S. S. 1946 und W. S. 1946/47 von dieser Begünstigung Gebrauch gemacht haben.

*Tabelle 4. Erlass und Ermässigung der Kollegiengelder
an der Universität Basel*

Sommer-Semester 1946

	Theol.	Jur.	Med.	Phil. I	Phil. II	Total
Basler	4	10	11	6	23	54
Übrige Schweizer	6	11	25	14	27	83
Ausländer	22	8	47	36	27	140 *
Total	32	29	83	56	77	277

* Darin 43 Gaststudenten der Akademischen Nachkriegshilfe und 10 englische Austauschstudenten.

Winter-Semester 1946/47

	Theol.	Jur.	Med.	Phil. I	Phil. II	Total
Basler	3	5	8	10	23	49
Übrige Schweizer	7	10	26	19	27	89
Ausländer	23	9	40	66	59	197**
Total	33	24	74	95	109	335

** Darin sind 17 Gaststudenten, ein englischer Austauschstudent und 75 Studenten der „Markgräfleraktion“ inbegriffen.

Quelle: Bericht über das Jahr 1946 von E. Bonjour.

57) Vgl. Par. 18 der „Ordnung für die Studierenden“: „Beurlaubte haben für das Urlaubssemester keinerlei Gebühren zu entrichten.“

Stipendien. Die Tradition der Unterhaltung oder Unterstützung von armen Studenten auf Kosten des Staates oder der Universität reicht in Basel in die Zeit der Reformation zurück. Zu Anfang des 16. Jahrhunderts hören wir bereits von den sog. Alumnen, deren Studium durch die Stadt bezahlt wurde. Im Jahre 1538 wurde das Augustinerkloster den Alumnen als Konvikt eingeräumt.

Eine besondere Aufmerksamkeit und Bewunderung verdient eine andere Institution, in welcher man das Vorbild der grosszügigen, nach dem zweiten Weltkrieg durchgeführten Aktion der Nachkriegshilfe sehen könnte: die Festsetzung von Stipendien für arme ausländische Studenten im 16. Jahrhundert. „Weil unser Kirchengut“ — heisst es in der Begründung dieser Aktion — „auch zum guten Teil von den Fremden und Ausländischen herfliesst, wollen wir auch etlichen der Fremden, bis in die acht, an einem geringen Tisch... erhalten, damit die Frucht des Evangeliums von uns durch sie auch in die Fremde verbreitet wird“⁵⁸.

Neben der Hilfe der Stadt bekamen die zahlreichen unbemittelten Studenten eine Unterstützung von der Basler Bürgerschaft. So lesen wir z. B. bei Vischer⁵⁹: „Angesehene Personen, auch Frauen, denen schon im 15. Jahrhundert eine Frau Maragareta Brand genannt Lostörfin vorangegangen war, spendeten Beträge für die Hochschule zu Stipendien für arme Studierende.“

Heute können die Stipendien, welche an der Basler Hochschule den Unbemittelten zur Verfügung stehen, in staatliche, private und Universitätsstipendien eingeteilt werden.

Tabelle 5 gibt eine Zusammenstellung der Universitäts- und Staatsstipendien, welche im S. S. 1946 und im W. S. 1946/47 erteilt wurden.

Tabelle 5. Universitäts- und Staatsstipendien an der Universität Basel im Sommersemester 1946 und Wintersemester 1946/47

		S. S. 1946		W. S. 1946/47	
Universität	Basler	2 Stip.	350.—		
	Übrige Schweizer	32 Stip.	4 575.—	29 Stip.	4 925.—
	Ausländer	1 Stip.	100.—	6 Stip.	700.—
Staat	Basler	39 Stip.	5 100.—	29 Stip.	4 950.—
	Übrige Schweizer Ausländer				
Thomman- stiftung	Basler			2 Stip.	400.—
	Total	74 Stip.	10 125.—	66 Stip.	10 975.—
		Durchschnitt	137 Fr.	Durchschnitt	166 Fr.

Quelle: Bericht über das Jahr 1946 von E. Bonjour.

58) Vgl. R. Thommen, Geschichte der Universität Basel 1532-1632, S. 77.

59) Vgl. Wilhelm Vischer, Die Basler Universität seit ihrer Gründung (89. Neujahrsblatt, Basel 1911), S. 55.

Die Armenkasse des Rektors hat im Jahre 1946 1 307.20 Fr. ausbezahlt. Aus den vielen Stiftungen zählen wir nur beispielsweise einige auf: die Engelmännstiftung hat im Jahre 1946 10 900.— Fr. als Stipendien und Unterstützungen an 12 Bewerber ausbezahlt ⁶⁰, die Theologisch-philosophische Stiftung 3 600.— Fr., die de-Wette-Stiftung 300.— Fr. Aus dem Hoffmann-La-Roche-Fonds wurden 1 768.— Fr. an Emigranten ausbezahlt. Viele bestehenden Stiftungen erteilen nur Stipendien unter bestimmten Bedingungen ⁶¹.

Wir wollen noch zwei besondere Hilfsaktionen für ausländische Studenten erwähnen. Am 7. März 1945 beschloss die Regenz der Universität eine „Kommission für Akademische Nachkriegshilfe“ zu gründen. Im S. S. 1946 wurden bereits vierzig ausländische Studenten zum Studium auf Kosten dieser Kommission nach Basel eingeladen. Im W. S. 1946/47 studierten noch 17 Studenten.

Im Jahre 1946 wurde unter dem Vorsitz des Präsidenten der Kommission für Akademische Nachkriegshilfe eine „Arbeitsgemeinschaft zur Ermöglichung des Studiums von Studierenden aus dem Markgräflerland an der Basler Universität“ geschaffen. Diese Aktion ermöglichte es, im Herbst 1946 sieben Studenten ihre Studien in Basel zu absolvieren.

Neben der Stipendienaktion hilft die Universität den Studenten durch Zuschüsse für die Druckkosten der Dissertationen. Im Jahre 1946 wurden z. B. 6000.— Fr. aus dem Dissertationsfonds ausbezahlt. Denselben Zweck hat die Kommission der Basler Studienstiftung Fr. 1900.— zugesprochen.

Den unbemittelten Kantonsangehörigen stehen neben den Stipendien noch Darlehen zur Verfügung, die durch die Stipendienkommission Basel-Stadt zugeteilt werden ⁶².

Obwohl den Studenten durch Kollegiengelderlass und Stipendien eine bedeutende Erleichterung des Studiums gewährt wird, genügt dies vielen nicht. Das Universitätsstudium bleibt immer noch ein Luxus; mit dem Fortschritt der sozialen Fürsorge des Staates, mit der Demokratisierung des Erziehungswesens ist zwar das Universitätsstudium immer breiteren Kreisen der Bevölkerung zugänglich gemacht worden. Die unteren sozialen Schichten bleiben jedoch weiterhin praktisch vom Studium an der Hoch-

60) Vgl. Geschichte der Freiwilligen Akad. Gesellschaft, Jahresbericht 1946.

61) So z. B. haben wir an der Universität Basel die Albrechtsche Stiftung für die Nachkommen der Familie Albrecht, die Jaegle-Stiftung für reformierte Studenten aus deutschsprachigen Minderkeitsgebieten, die Dreyfus-Brodski-Stiftung für jüdische Studierende, die Dubois-Stiftung für Schweizer Studenten der Wirtschaftswissenschaften, die Wackernagel-Stiftung für junge Germanisten. (Vgl. Index donationum.)

62) Die „Ordnung über die Gewährung von Darlehen“ vom 16. Februar 1944 bestimmt, dass die Darlehen nur denjenigen zugesprochen werden, „die sich über ausgezeichnete Leistungen auszuweisen vermögen, deren Befähigung und Berufseignung feststeht und deren Lebensführung zu keinen Beanstandungen Anlass gibt.“

schule ausgeschaltet. Die folgende Tabelle gibt uns eine Illustration dieses Tatbestandes. So macht die Zahl der Söhne von Arbeitern kaum 5 % aller neu-immatrikulierten Studenten aus.

Tabelle 6. Neu-immatrikulierte Studenten nach dem Beruf der Eltern im Wintersemester 1945/46

	Theol.	Jur.	Med.	Phil. I	Phil. II	Total
a. Freie Berufe	6	3	14	6	1	30
b. Grossindustrielle	—	—	—	—	—	—
c. Andere Selbständige	12	9	27	31	12	91
d. Öffentliche Beamte	18	8	24	20	10	80
e. Privatangestellte	9	5	18	14	10	56
f. Arbeiter	1	1	5	2	4	13
g. Ohne Beruf	—	1	1	1	1	4

Quelle: Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt, 1945, S. 261.

Es folgen nun einige weitere, die Studierenden an der Universität Basel betreffende Daten. Tabelle 7 zeigt den raschen Zuwachs der Zahl der Studierenden in den 45 Jahren unseres Jahrhunderts.

Tabelle 7. Studierende nach Fakultäten seit 1900

W. S.	Theol.	Jur.	Med.	Phil. I	Phil. II	Total	Hörer
1900/01	47	45	145	288	•	525	170
1910/11	62	63	183	173	211	692	211
1920/21	88	90	299	270	287	1034	247
1930/31	55	125	347	255	265	1047	439
1940/41	111	254	416	458	359	1598	458
1945/46	114	308	570	528	468	1988	548

Quelle: Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt, 1945, S. 259.

Im W. S. 1945/46 waren von 1988 Immatrikulierten 314 Frauen: an der Philosophisch-Historischen Fakultät sind es 22 % der Immatrikulierten, an der Medizinischen 15 %, an der Theologischen 15 %, an der Philosophisch-Naturwissenschaftlichen 14 %, an der Juristischen 9 %. Von 548 Hörern waren mehr als 60 % Frauen.

Eingeteilt nach der Staatsbürgerschaft waren im W. S. 1945/46 1776 Schweizer und 212 Ausländer immatrikuliert. Von den Ausländern standen an erster Stelle die Deutschen (82), an zweiter die Polen (25), sodann die Österreicher (17), die Amerikaner (10), und die Franzosen (9). Die Schweizer Studenten stammten zu 50 % aus Basel-Stadt (826). An zweiter Stelle kommt Basel-Land (129), dann der Aargau (126), weiter Bern (118) und schliesslich Zürich und Solothurn (je 102).

Tabelle 8 gibt das Alter der neu-immatrikulierten Studenten an.

Tabelle 8. Neu-immatrikulierte Studenten nach dem Alter 1945/46

Alter	Theol.	Jur.	Med.	Phil. I	Phil. II	Total
bis 18	—	—	2	2	—	4
19	5	4	8	7	6	30
20	2	6	14	12	2	36
21	7	6	15	10	5	43
22	12	4	9	8	4	37
23	9	—	8	12	4	33
24	5	4	9	4	3	25
25—29	5	3	17	13	11	49
30 u. mehr	1	—	7	6	3	17

Quelle: Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt, 1945.

Zum Schluss möchten wir noch die Stellung der Studenten innerhalb der Universitätskörperschaft kurz darstellen. Mit der allmählichen Evolution der Universitätsstruktur spielen sie eine immer kleinere Rolle in der Verwaltung der Hochschule. Aus einer mit den Dozenten gleichberechtigten Gruppe — der Student konnte früher sogar zum Rektor gewählt werden — wurden sie zum Element, das sich an der Leitung der Universität überhaupt nicht mehr betätigen darf. Im Basler Universitätsgesetz wird den Studenten kein Recht eingeräumt, einen Einfluss auf die Verwaltung der Universität auszuüben⁶³. Praktisch besteht jedoch eine Möglichkeit der Intervention durch den Vorstand der Studentenschaft.

Die Studentenschaft ist eine Organisation, welche alle immatrikulierten Studenten umfasst. Sie ist ein Verein im Sinne des Zivilgesetzbuches: ihr Ziel ist „die gemeinsamen ideellen und materiellen Interessen der Studentenschaft zu fördern“ (Art. 1 der Statuten). Dem Vorstand der Studentenschaft obliegt unter anderem die „Antragstellung an die Regenz und die Fakultäten in allen die studentischen Interessen berührenden Angelegenheiten des akademischen Studiums an der Universität“ (Par. 10 der Statuten).

Neben der Studentenschaft, die als eine allgemeine Organisation der Studenten zu betrachten ist, bestehen an der Universität zahlreiche Studentenverbindungen. Es sind dabei grundsätzlich zwei Gruppen der Verbindungen zu unterscheiden: 1. die Korporationen, die dem „Delegierten-Convent“ angehören, und 2. die übrigen Vereine. Der Delegierten-Convent ist als Vertreter der Korporationen zugleich ein Organ der Studentenschaft und ist auch im Vorstand repräsentiert.

63) An der Universität Zürich haben die Hochschulorgane die Pflicht, „in allen Angelegenheiten der Studienpläne die Ausschüsse der Studentenschaft zu begrüssen... diese Ausschüsse dürfen Anträge zuhanden der Hochschulorgane stellen“. Vgl. „Zur Autonomie der Universität“ von H. C. K., SHZ 1931/32, H. 5.

Auf Grund der Organisationsfreiheit haben die Studenten das Recht, neue Vereine zu gründen, um dadurch ihre kulturellen, wissenschaftlichen und materiellen Interessen wahren zu können. Es ist ausdrücklich untersagt, politische Organisationen zu gründen oder Politik im Rahmen der anderen Vereine zu treiben.

Dritter Teil

In welchem Masse erfüllt die Universität die ihr gestellten Aufgaben?

Wir fragten im ersten Teil unserer Arbeit, welche Forderungen die Gesellschaft an die moderne Universität stelle; im zweiten Teil versuchten wir am Beispiel der Universität Basel ihre komplizierte Struktur darzustellen. Ist nun im Lichte dieser Untersuchungen die Universität in ihrer heutigen Gestalt fähig, die mannigfaltigen ihr gestellten Aufgaben zu erfüllen? Der letzte Teil unserer Arbeit betrifft in erster Linie die Universität Basel. Einigen von den zu besprechenden Problemen kann jedoch eine allgemeinere Bedeutung zugemessen werden, insofern zu ihrer Darstellung auch Material ausserhalb der Basler Hochschule herangezogen wurde.

In unseren weiteren Erwägungen gehen wir von den Aufgaben der Universität, wie sie im ersten Teil formuliert wurden, aus. Dabei sind wir uns einer bestimmten Gefahr bewusst. Als Grund für die Feststellung der Aufgaben der Universität haben wir nämlich nicht die wirklichen Bedürfnisse der Gesellschaft genommen, sondern diejenigen, welche nach der Ansicht einiger Repräsentanten dieser Gesellschaft bestehen. Ist die Erfüllung dieser Bedürfnisse für das Wohl der Gesellschaft notwendig oder irren sich die Vertreter der Gesellschaft? Neben dieser Frage taucht eine andere auf: Sollen diese Bedürfnisse, wenn sie wirklich bestehen, gerade von der Universität und nicht vielleicht von einer anderen, eigens dafür geschaffenen Institution befriedigt werden?

Diese Probleme, obwohl sie von grosser Bedeutung sind, gehen über den Rahmen unserer Arbeit hinaus. Wir nehmen an, dass die durch die Gesellschaft gestellten Aufgaben wirklich ihren Bedürfnissen entsprechen und werden nur versuchen, die These zu begründen, dass die bestehende Struktur der Universität nicht erlaubt, die ihr zugewiesenen Aufgaben zufriedenstellend zu erfüllen. Sollte es sich erweisen, dass zwischen diesen Aufgaben und ihrer Erfüllung ein unüberbrückbares Missverhältnis besteht, so könnten aus diesem Tatbestand zweierlei Konsequenzen gezogen werden: Entweder müsste der Universität durch eine durchgreifende Umgestaltung die Ausübung ihrer Funktionen ermöglicht werden oder man verzichtete auf einige bei der gegebenen Struktur unerfüllbare Aufgaben. Im zweiten Fall könnten die für die Gesellschaft entbehrlichen Funktionen einfach gestrichen, die lebenswichtigen hingegen auf andere Institutionen übertragen werden.

Aus der Geschichte der Universität geht hervor, dass sie seit Jahrhunderten keinen grösseren strukturellen Veränderungen unterworfen war. Sie hat zwar eine bedeutende Erweiterung erfahren, indem die Zahl der Dozenten und der Studierenden sehr stark gewachsen ist¹. Die Entwicklung der Wissenschaften hat es nötig gemacht, die Universitäten mit einem immer grösseren und komplizierteren Apparat von Anstalten, Laboratorien und Bibliotheken auszustatten. Diese Veränderungen waren jedoch vielmehr quantitativer als qualitativer Natur. Sie traten allmählich ein und verursachten keine gewaltigen Störungen.

Allerdings fanden auch einige qualitative Verschiebungen statt: Die philosophische Fakultät, ursprünglich die Vorschule für die oberen Fakultäten, gewann eine den andern gleichwertige Stellung, um dann infolge der raschen Entwicklung der Naturwissenschaften in zwei selbständige Abteilungen zu zerfallen. Auch die medizinische Fakultät nahm an Umfang immer mehr zu und bildet heute an vielen Universitäten eine mit der Hochschule noch formell verbundene, tatsächlich aber autonome Institution. Durch das Fortschreiten der Spezialisierung, durch die Entstehung neuer Institute, wurde die Einheit und die Geschlossenheit der „universitas“ gesprengt.

Neben diesen Veränderungen innerhalb der Universitätsstruktur können wir als die wichtigste Wandlung in den Beziehungen zwischen Hochschule und Gesellschaft die immer grössere Unterordnung der Universität unter die Staatsgewalt feststellen.

In ihrem Wesen weicht aber die Struktur einer modernen Universität nicht viel von ihrem Urbild ab. Die Gliederung in vier Hauptfakultäten blieb erhalten, so wie die Organisation der Selbstverwaltung mit dem Rektor und den Dekanen an der Spitze. Wie zuvor schliesst das Studium mit dem Doktorexamen ab und die Vorlesung bildet die Grundlage des Lehrbetriebes.

Dieser verhältnismässig wenig veränderten Universität wurden von der Gesellschaft viele neue Aufgaben übertragen, vor allem die Forschung, welche mit der Zeit an die erste Stelle vorrückte. Damit war eine zweite Aufgabe verbunden: die Erziehung des Forschernachwuchses.

Mit der Entwicklung der Technik und der Naturwissenschaften entstand ein grosses neues Gebiet des menschlichen Wissens, welches in keiner der alten Fakultäten untergebracht werden konnte. Zum Teil übernahm die philosophische Fakultät die Pflege der Naturwissenschaften, was, wie bereits erwähnt, zu ihrer Spaltung geführt hat. Der Fortschritt dieser neuen Wissenschaft und die Umwälzung in der Technik haben jedoch einen solchen Umfang erreicht, dass die starre Struktur der Hochschule diesen neuen Zweig der Wissenschaft nicht mehr ganz aufnehmen konnte. Er ist ausserhalb der Universität geblieben und entwickelte sich zu einem

1) Vgl. Tab. 2 (S. 58) und Tab. 7 (S. 66).

reich gegliederten System von technischen Hochschulen und Forschungsinstituten.

Eine ganz neue Bedeutung erhielt die Erziehungsfunktion. Für den jungen², geistig noch ungeformten Menschen, der das Leben bloss aus der Perspektive der Schule kennt, bildet das Universitätsstudium eine Periode des intellektuellen und geistigen Reifens. Im Gegensatz zu den früheren Epochen stammt heutzutage die an die Universität kommende Jugend aus verschiedenen sozialen Milieus, und ist mannigfaltigen, oft einander widersprechenden Einflüssen unterworfen. Sie hat deshalb kein einheitliches Gepräge, und es ist eine der Aufgaben der Universität, die junge Generation gemäss dem in der Gesellschaft geltenden Ideal des Akademikers zu formen. Die Bedeutung dieser Aufgabe wächst mit dem fortschreitenden Schwinden des erzieherischen Einflusses der Familie und der Kirche.

Eine wichtige Verschiebung finden wir schliesslich in der Ausbildungsfunktion der Universität. An die Akademiker werden mit der fortschreitenden Rationalisierung und Demokratisierung der Kultur immer grössere Anforderungen gestellt. Viele ökonomische, soziale und politische Prozesse, die früher ungelenkt verliefen oder von den durch Tradition bestimmten Regeln beeinflusst wurden, sind jetzt einer rationalen Kontrolle unterworfen. Dazu benötigt man gebildete Individuen, die dank ihrer Intelligenz und dem durch langes Studium gewonnenen Wissen die verwickelten Zusammenhänge richtig zu beurteilen und zweckmässige Entscheidungen zu fällen vermögen.

Die Gebildeten haben immer eine wichtige Rolle in der Staatsverwaltung gespielt, aber meistens nur als „Experten“, als Berater des Prinzen oder des Königs, bei dem die eigentliche Macht und die Entscheidung lag. Erst die Demokratisierung des politischen Lebens räumte den Gebildeten die Stellung ein, in welcher sie nicht nur Probleme zu lösen haben, sondern auch die Macht besitzen, Entschlüsse selbständig zu fassen und ihre Realisierung zu erzwingen.

Die Entwicklung der Technik hat der führenden Elite Machtmittel in die Hände gegeben, deren Missbrauch unabsehbare Folgen für die ganze Gesellschaft haben kann. An die Mitglieder der führenden Schicht müssen deshalb die höchsten Ansprüche gestellt werden, sowohl was ihre intellektuellen Fähigkeiten, als auch ihr moralisches Niveau und Verantwortungsbewusstsein betrifft. Die Erziehung von Individuen, die diesen Anforderungen genügen, scheint eine der schwierigsten Aufgaben der modernen Universität zu sein.

Diese kurze Aufzählung einzelner neuer Aufgaben erweckt gewisse Zweifel, ob diese ohne gründlichen Umbau der Universitätsstruktur erfüllt

2) Wie es sich aus der Tabelle 8 (S. 67) ergibt, bilden die 20- bis 22jährigen die Hälfte der Neuimmatrikulierten.

werden können. Tatsächlich vermögen die neu entstehenden Bedürfnisse der Gesellschaft oft nicht den Konservatismus und den Widerstand der strukturellen Formen der Hochschule zu überwinden und müssen, wie wir am Beispiel der technischen Wissenschaften gesehen haben, durch Schaffung von speziellen Institutionen befriedigt werden.

Es ist nicht unsere Aufgabe, einen Entwurf zu einer Universitätsreform auszuarbeiten. Wir wollen uns darauf beschränken, die von der Gesellschaft der Hochschule gestellten Aufgaben zu untersuchen und dabei zu zeigen versuchen, welche von ihnen nicht genügend erfüllt werden können und auf welche Ursachen dies zurückzuführen ist.

A. Die Universität als Forschungsinstitut

Von den Aufgaben der Universität lässt sich deutlich die Forschungsfunktion absondern. Der Forschung widmet sich nur eine sehr kleine Gruppe der Studierenden. Der Rest, der in seinem Studium vor allem die Vorbereitung auf den Beruf sieht, kommt mit der eigentlichen Forschungsarbeit nur vorübergehend in Berührung, nämlich in der Periode der Dissertation. An der Universität tritt als Forscher vor allem der Dozent auf und über die Leistungen der Universität als eines Forschungsinstitutes entscheidet die Tätigkeit der Dozenten. Die Dissertationen stellen in der Bilanz der wissenschaftlichen Arbeiten einer Hochschule einen kleinen, sekundären Posten dar.

Innerhalb des Lehrkörpers können wir vom Standpunkt der Forschungstätigkeit aus zwei Gruppen unterscheiden: die Privatdozenten und die Professoren. Die Privatdozenten, die sich durch eine ausgesprochen wissenschaftliche Arbeit, die Habilitation, als Gelehrte ausgewiesen haben müssen, sind an der Universität hauptsächlich als Forscher, nicht als Lehrer tätig. Sie halten nur Spezialvorlesungen aus ihrem Forschungsgebiet und bilden die einzige Gruppe innerhalb der Körperschaft der Universitätslehrer, die gesetzlich zur Forschung verpflichtet ist³. Da sie keine zusätzlichen Pflichten in der Universitätsverwaltung haben und nur wenige Vorlesungen halten, können sie ihre Tätigkeit auf wissenschaftliche Arbeit konzentrieren und bilden dadurch den Kern der Universität als Forschungsinstitut. Sie bekommen kein Gehalt und dienen deshalb, nach der Meinung vieler, als Muster eines Universitätslehrers, als Verkörperung der Idee der Lehrfreiheit, der freien, vom Staate und von anderen Institutionen unabhängigen Forschungstätigkeit⁴.

3) Vgl. die „Ordnung über die Habilitation und Pflichten der Privatdozenten an der Universität Basel“ vom 26. November 1938, Par. 6: „Jeder Privatdozent ist verpflichtet... sich an der wissenschaftlichen Arbeit zu beteiligen.“

4) Vgl. E. Howald, Die Hochschulen der deutschen Schweiz, S. 134: „Und doch sind sie (die PD) um ihrer Freiheit, d. h. Freiwilligkeit willen das eigent-

In der Laufbahn eines jungen Gelehrten bildet die Erlangung der Privatdozentur einen entscheidenden Wendepunkt: Er wird in die Körperschaft der Universitätslehrer aufgenommen. Zugleich unterliegen die an ihn gestellten Ansprüche einer grundsätzlichen Änderung. Bis jetzt, in der Vorbereitungsperiode, beginnend mit der Doktorarbeit, konzentrierte sich der Kandidat ausschliesslich auf die rein wissenschaftliche Arbeit. Diese beschränkte sich auf einen kleinen, oft weitab vom praktischen Leben liegenden Abschnitt des Wissens. Um einen Erfolg zu erringen, musste sich der junge Forscher restlos seinem Spezialgebiet hingeben. Als Privatdozent kommt er zum erstenmal, für diese Rolle ganz unvorbereitet, in Berührung mit der Hochschuljugend. Er muss nun als Lehrer in zugänglicher und treffender Form die Ergebnisse seiner Forschung darstellen, er muss sich als Pädagoge bewähren. Die Art, in welcher er diese neue Aufgabe erfüllt, entscheidet über seinen weiteren Aufstieg.

Die Lage des Privatdozenten ist dadurch erschwert, dass seine Vorlesung nicht obligatorisch ist. Die immer deutlicher sich durchsetzende „minimalistische Einstellung“ der Jugend — wohl aus dem Umfang des zu bewältigenden Stoffes und den hohen Kosten des Studiums erklärbar — bewirkt, dass der Privatdozent meist nicht viele Hörer hat. Über seinen pädagogischen Erfolg entscheidet seine angeborene Rednergabe, eine besondere persönliche Anziehungskraft, oder das zufällig interessante Thema seiner Vorlesung. In der Laufbahn eines Universitätslehrers ist also schon auf der Stufe des Privatdozenten eine Inkonssequenz festzustellen, indem sich das entscheidende Kriterium der Auslese auf einmal ändert: Zum Privatdozenten kann nur ein begabter Forscher, der sich auf seinem Gebiete spezialisiert und mit ausgezeichneten Leistungen hervortritt, ernannt werden; seine weitere Karriere hängt aber nicht nur von seinen Leistungen als Forscher ab, sondern vom pädagogischen Erfolg an der Universität, von der Fähigkeit, eine möglichst zahlreiche Gruppe von Hörern in seine Vorlesungen zu ziehen. Das Gesetz bestimmt bekanntlich, dass demjenigen Privatdozenten, der „vier Semester hintereinander“ nicht genug Hörer hat, die *venia docendi* entzogen werden könne⁵.

Der Privatdozent wird also vor Aufgaben gestellt, für die er sich nicht speziell vorgebildet hatte und welche er trotzdem gut ausüben muss, wenn er in seiner weiteren Laufbahn Erfolg haben will. Das System der Auslese

liche geistige Zentrum der Universität, die reinste Verkörperung ihrer Idee. Die Universität steht und fällt mit dieser Institution.“

Vgl. auch P. Niggli, Hochschulen und akademischer Nachwuchs, SHZ 1941/42, H. 5: „An sich ist die Zeit der Privatdozentur der schönste Abschnitt in der akademischen Laufbahn. Sie bildet die Möglichkeit, ohne Belastung durch organisatorische Fragen in Spezialvorlesungen tieferschürfend neue Probleme zu behandeln, durch das Mittel des Lehrens selbst zu lernen und sich zu neuen Einsichten durchzuringen. Sie ist die von vielen später so vermisste Zeit des freien Forschens und der Unabhängigkeit.“

5) Vgl. S. 58 unserer Arbeit.

der Universitätsdozenten verlangt nicht nur eine besondere, rein wissenschaftliche Begabung, sondern ebenfalls ein pädagogisches Talent. Dadurch können mittelmässige Forscher mit pädagogischen Fähigkeiten vor hervorragenden Wissenschaftlern, die dieses Talent nicht besitzen, einen Vorsprung erhalten.

Die Lage der Privatdozenten ist auch durch rein materielle Faktoren erschwert. Die Sorgen des täglichen Lebens erlauben den jungen Gelehrten oft nicht, sich ausschliesslich ihrer wissenschaftlichen Arbeit zu widmen, und zwingen sie, eine Erwerbstätigkeit ausserhalb ihrer Spezialisierung auszuüben. Das lange Warten auf eine Berufung, welche weitgehend vom Zufall abhängt, führt nicht selten zu einem psychischen Zusammenbruch. Es tritt „la maladie du privat-docent“ auf, welche Platzhoff-Lejeune als „dépression mélancolique“ bezeichnet, „qui gagne un savant isolé, sans gagne-pain, sans écho de son enseignement peu apprécié, sans espoir d'avenir“⁶. Die Unentgeltlichkeit der Vorlesungen eines Privatdozenten und die damit verbundene Unsicherheit des künftigen Lebens sind ein Gespenst, das die begabte Jugend von der Universitätslaufbahn abschreckt.

Eine Reform, die den jungen Gelehrten die materielle Basis geben und damit der Universität einen zahlreichen, hochwertigen Nachwuchs sichern würde, ist aber mit einer Gefahr verbunden: käme jedem Privatdozenten ein festes Gehalt zu, so müsste man wahrscheinlich die Zahl der Habilitationen beschränken, wie auch ein Verfahren schaffen, um den ungeeigneten Privatdozenten die *venia docendi* entziehen zu können⁷.

Die Privatdozentur bildet eine normalerweise unumgängliche Stufe auf dem Wege zur ordentlichen Professur. Die Privatdozenten jeder Universität bilden ein Gremium, aus dem die neuen Professoren gewählt werden.

Im zweiten Teil unserer Arbeit haben wir das an der Universität Basel herrschende Berufungssystem der Professoren besprochen und gesehen, dass die entscheidende Rolle bei der Besetzung eines vakanten Lehrstuhls dem Staate zugesichert ist. Die Fakultät hat rechtlich nur eine beratende Stimme. In der Praxis entscheidet aber bei der Wahl eines neuen Professors gewöhnlich die Körperschaft der Universitätslehrer. Der Staat achtet die Universitätsautonomie und den seit Jahrhunderten bestehenden Brauch. Die Wahl wird also kollegial, vom Professorenkollegium vollzogen; der Staat hat das Berufsrecht und bei eventuellen Meinungsverschiedenheiten die entscheidende Stimme.

Eine wirklich gerechte Wahl der Dozenten ist eine schwere Aufgabe. Es gibt kein klares Kriterium für die Eignung des Kandidaten. Soll es derjenige sein, dessen Vorlesungen viel besucht werden, oder ein frucht-

6) E. Platzhoff-Lejeune, *Réformes universitaires*, SHZ 1932/33, H. 6.

7) Vgl. Karl Jaspers, *Die Idee der Universität*, S. 120, Vgl. auch Max Weber, *op. cit.* S. 525.

barer und befähigter Wissenschaftler. Es ist nicht leicht, die wissenschaftlichen Leistungen des Bewerbers unparteiisch zu beurteilen, besonders wenn seine Anschauungen mit denjenigen seiner Elektoren nicht übereinstimmen. Nicht unwesentlich ist manchmal das Moment eventueller Konkurrenz, weshalb auch die Teilnahme des Staates an der Berufung der Dozenten notwendig zu sein scheint ⁸.

Das kollegiale Wahlsystem der Universitätsdozenten ist die Ursache eines gewissen „Kastentums“ der Lehrerschaft. Die Dozenten bilden eine geschlossene Gruppe, die neue Mitglieder nur auf Grund eines komplizierten Systems von Prüfungen aufnimmt. Das Recht der Zugehörigkeit ist zwar nicht erblich ⁹ — wie es bei jeder Kaste der Fall ist — es stützt sich aber auf die geistige Verwandtschaft.

Der Dozent wirkt als entscheidendes Element der Auslese an der Universität. Sein Verhältnis zum jungen Studenten-Wissenschaftler bildet das Beispiel eines schon im Erziehungssystem sehr seltenen Verhältnisses: Er hat seinen Schüler auf denjenigen Posten vorzubereiten, welchen er selbst bekleidet. Den anderen Studierenden gegenüber tritt er als Meister auf: er vermittelt ihnen Kenntnisse und Fähigkeiten, die zur Ausübung eines anderen Berufes, eines Juristen, Richters, Arztes, Mittelschullehrers, usw. notwendig sind. Wenn der Student keine besondere Begabung zum wissenschaftlichen Denken, zur Forschung besitzt, wird er vom Dozenten nachsichtig beurteilt; im Berufsleben sind andere Fähigkeiten entscheidend. Anders stellt sich das Problem der zukünftigen Wissenschaftler. Ihre Auslese ist unwillkürlich mit der Geistesrichtung des Dozenten, der über ihren Wert entscheidet, verbunden; er fördert diejenigen Studenten, die über eine ähnliche Denkart und Begabung verfügen. Sein Standpunkt ist dabei weitgehend berechtigt: wurde er nicht von der als höchst objektiv geltenden und massgebenden Instanz durch Berufung auf den Lehrstuhl gewissermassen zum Vorbild des Wissenschaftlers auf diesem Gebiete gemacht? Es ist daher nicht verwunderlich, dass er aus der neuen Generation diejenigen bevorzugt, die nach seinem subjektiven Urteil diesem Ideal entsprechen ¹⁰.

Diese Einstellung des Dozenten kommt besonders stark bei der Beurteilung der Habilitationsarbeit zur Geltung. „Die Lehrer haben die

8) Jaspers zitiert in dieser Angelegenheit J. Grimm: „Die Wahl der Professoren überhaupt hat aber der Staat nicht aus seiner Hand zu lassen, da kollegialischen, von der Fakultät vorgenommenen Wahlen die allermeiste Erfahrung widerstreitet. Selbst über reingestimmte, redliche Männer äussert die Scheu vor Nebenbuhlern im Amt eine gewisse Gewalt.“ (Vgl. Die Idee der Universität, S. 62/63.) Auch Max Weber spricht über die „Unzulänglichkeit der Auslese durch kollektive Willensbildung“. Vgl. op. cit. S. 528.

9) Von einer wirklichen Erblichkeit der Professuren können wir im Zeitabschnitt der „Professorendynastien“ an der Basler Universität reden.

10) Vgl. K. Jaspers, Die Idee der Universität, S. 98: „Der Professor neigt dazu, seine Schüler und Kreaturen zu bevorzugen...“

Neigung, bei Habilitationen ihre eigenen Schüler zu bevorzugen, wenn nicht gar den Zugang auf sie zu beschränken“, sagt Jaspers¹¹. Als Folge dieses Tatbestandes wird eine gewisse Beständigkeit des Dozententypus bewahrt. In dieser Richtung wirkt auch ein seit Jahren unveränderter Ablauf der Vorbereitungsperiode, die langjährige, ununterbrochene wissenschaftliche Arbeit, welche keine Ablenkung durch das Leben und seine Probleme duldet. Dies und eine besondere Art von Inzucht, welche für alle „kastenartige“ Organisationen charakteristisch ist, bewirkt, dass an der modernen Universität ein von alters her geformter Typus der Dozenten überwiegt. Konservativ eingestellt wehrt er sich gegen jede Änderung, die seine Stellung innerhalb der Universität erschüttern könnte.

Es ist ohne Zweifel schwer, diese Eigenart des Lehrkörpers zu ändern. Wir können uns kaum ein anderes System der Auslese als das bestehende vorstellen. Desto grössere Bedeutung gewinnt das Recht des Staates, das entscheidende Wort in der Besetzung neuer Lehrstühle zu haben. Oft wird es dadurch erst möglich, neue, aus den Kreisen ausserhalb der Universität stammende Kräfte zu erwerben¹².

Bei der Besprechung des Ausleseproblems der Universitätslehrer wird häufig das Postulat gestellt, dass die Lehrstühle nur an Forscher vergeben werden sollen. Wie wir gesehen haben, wird dieser Grundsatz schon an der Stufe der Privatdozentur nicht ganz eingehalten: der Erfolg eines Privatdozenten hängt in hohem Masse auch von seinen pädagogischen Fähigkeiten ab. Auch bei der Berufung auf einen vakanten Lehrstuhl wird die Lehrtätigkeit des Kandidaten besonders berücksichtigt. Das Schwergewicht der Universitätstätigkeit eines jungen Gelehrten, der zum Professor gewählt wird, verschiebt sich noch stärker auf die Seite der pädagogischen Funktion. Er wird gesetzlich zu einer bestimmten Zahl von Vorlesungen, nicht aber zu wissenschaftlicher Arbeit verpflichtet. Die „Lehrfreiheit“ gewährt ihm theoretisch eine freie Wahl der Vorlesungsthemen und der Lehrmethoden. In der Praxis muss er jedoch als ordentlicher Professor eine für die breite Hörschaft bestimmte Hauptvorlesung halten, welche zumeist jedes Jahr die gleiche Form und denselben Inhalt bewahrt. Die Ergebnisse seiner Forschung kann er nur einer kleinen Gruppe von älteren Studenten im Rahmen des Seminars oder einer Spezialvorlesung vermitteln.

Der Grundsatz, dass der Universitätslehrer vor allem ein Forscher sei, und seine Vorlesungen mit dem Gegenstand seiner wissenschaftlichen Arbeit zusammenhängen, kann daher nur auf der Stufe der Privatdozentur vollständig realisiert werden. Bei den ordentlichen Professoren muss not-

11) Jaspers, Die Idee der Universität, S. 63.

12) Vgl. das Votum von A. Rohn in der Diskussion über das Referat von P. Niggli, Hochschulen und akademischer Nachwuchs, SHZ 1941/42, H. 5: „... etwa die Hälfte der akademischen Professuren unseres Landes (ca. 650) ... (ist) durch Fachleute, die aus der Praxis hervorgegangen sind, bekleidet ...“

wendigerweise ein Dualismus der Funktionen auftreten: als Forscher muss sich der Dozent auf einen engen Ausschnitt seines Faches beschränken; als Lehrer dagegen muss er seinen Hörern einen Gesamtüberblick über sein Spezialgebiet geben und in einen Zusammenhang mit anderen Gebieten der Wissenschaft stellen. Die beiden Funktionen sind so verschieden, dass sie selten von einer Person gut erfüllt werden können. Um Max Weber zu zitieren, ist „die Darstellung wissenschaftlicher Probleme so, dass ein ungeschulter, aber aufnahmefähiger Kerl sie versteht, und dass er ... zum selbständigen Denken darüber gelangt, ... vielleicht die pädagogisch schwierigste Aufgabe von allen ... Und ... eben diese Kunst ist eine persönliche Gabe und fällt mit den wissenschaftlichen Qualitäten eines Gelehrten ganz und gar nicht zusammen“¹³.

Die Schwierigkeiten, welche sich daraus ergeben, dass der begabte Forscher nur selten pädagogische Fähigkeiten besitzt, können nicht dadurch gelöst werden, dass man einfach die an die Dozenten gestellten Anforderungen reduziert. Wenn die Universität ihre Aufgaben erfüllen soll, müssen ihre Dozenten hervorragende Wissenschaftler und zugleich gute Pädagogen sein. Sie müssen eine gründliche Allgemeinbildung und ein vielseitiges Wissen besitzen. Sie dürfen keine engen Spezialisten sein. Die Spezialisierung, obwohl sie bei der Entwicklung der Wissenschaften eine Notwendigkeit geworden ist, birgt eine grosse Gefahr in sich, wenn sie sich nicht auf eine umfassende Allgemeinbildung stützen kann: „Wer geistig ein Barbar (ist, kann) als Fachmann mit Leistungen glänzen“¹⁴.

Die Möglichkeit, eine genügende Anzahl von Universitätslehrkräften, die den von uns erwähnten Anforderungen entsprechen würden, zu finden, ist nur dann gesichert, wenn neben einem fehlerlos funktionierenden Ausleseapparat auch für die Erziehung eines ausreichenden wissenschaftlichen Nachwuchses gesorgt wird. Hier gerade stossen wir auf eine Reihe schwieriger Probleme vor allem materieller Natur.

Die Vorbereitung für die Universitätslaufbahn erfordert einen besonders grossen Aufwand von Zeit¹⁵ und, was damit verbunden ist, von Geld. Wer riskiert heute — obwohl begabt und vielleicht im Besitz eines kleinen Vermögens — „sich einer Universitätslaufbahn oder dem wissenschaftlichen Leben zuzuwenden, wenn er den steinigen und steilen Weg dieser Laufbahn mit den bequemen und einträglicheren Pfaden vergleicht,

13) Max Weber, op. cit. S. 529.

14) Vgl. K. Jaspers, Vom lebendigen Geist der Universität, S. 22.

15) Vgl. Ausbildung und Förderung des akademischen Nachwuchses, SHZ 1942/43, H. 3: „... im allgemeinen überall notwendig für die vollwertige Ausbildung des akademischen Nachwuchses ist eine ca. sechsjährige Vorbereitungszeit nach der Promotion, zerfallend: a) in eine reine Ausbildungs- und Forschungstätigkeit ... b) in eine gemischt wissenschaftliche und lehramtliche oder praktische Tätigkeit.“ Die Dauer der Privatdozentur ist unmöglich zu bestimmen, da sie weitgehend vom Zufall abhängt.

die sich ihm im industriellen und geschäftlichen Leben unseres Landes bieten“ — fragt Prof. A. v. Muralt¹⁶. Neben guter Vorbereitung und Ausbildung müssen für die jungen Wissenschaftler gute materielle Verhältnisse geschaffen und sichere Aussichten für die Zukunft gewährleistet werden.

Heute sind diese Aussichten noch sehr gering und darin finden wir die Erklärung, warum der wissenschaftliche Nachwuchs an den schweizerischen Universitäten so spärlich ist. Die Begabten sind ohne jeden Zweifel vorhanden, sie bevorzugen aber die praktischen Berufe¹⁷.

Die Lage des wissenschaftlichen Nachwuchses ist besonders schwer auf dem Gebiete der Geisteswissenschaften. Die Subventionen des Bundes und Beiträge der Industrie kommen lediglich den technischen und naturwissenschaftlichen Disziplinen zu. Im Rahmen der Aktion „für die Förderung der wissenschaftlichen Forschung durch Arbeitsbeschaffungskredite des Bundes“ wurde z. B. ein Fonds von 300 000 Fr. geschaffen, um Stipendien für junge Mathematiker und Physiker auszurichten¹⁸. „Die reinen Geisteswissenschaften können die Bundesbehörden auf Grund geltenden Rechts nicht unterstützen“ — stellte der Delegierte für Arbeitsbeschaffung in seinem Referate fest¹⁹.

Auch die Industrie fördert fast ausschliesslich die Naturwissenschaften. So wurde z. B. im Jahre 1946 mehr als 80 % der Gesamtsumme, welche die Industrie der Universität zur Verfügung stellte, für die Unterstützung der naturwissenschaftlichen und technischen Anstalten bestimmt²⁰.

Eine Lösung des Problems des wissenschaftlichen Nachwuchses ist nur durch Herstellung eines ausreichenden Stipendiensystems möglich. Damit sind aber beträchtliche Kosten verbunden, welche ohne Eingreifen des Bundes von den Kantonen bestritten werden müssten. Am Beispiel der Universität Basel haben wir gezeigt, wie gross die Summen sind, welche bereits für den Unterhalt der Universität vom Kanton ausgegeben werden.

16) Vgl. die Diskussion nach dem Referat von O. Zipfel, SHZ 1945/46, H. 4.

17) Vgl. Von den Nachkriegsaufgaben unserer Universität, Basel 1945, S. 13-14: „Das Problem der Heranbildung eines eigenen akademischen Berufsnachwuchses ist offenbar eines der brennendsten. Wir haben uns früher hier weitgehend auf das Ausland verlassen und konnten das auch... Nun begegnet aber die Heranbildung von jungen Akademikern grossen Schwierigkeiten. In manchen Disziplinen stehen schweizerische Privatdozenten kaum mehr zur Verfügung.“ Dies habe jedoch „seinen Grund nicht darin, dass die jungen Schweizer für akademische Studien kein Interesse hätten.“

18) Vgl. O. Zipfel, Arbeitsbeschaffung und wissenschaftliche Forschung, SHZ 1944/45, H. 4.

19) ebd.

20) Vgl. S. 56 unserer Arbeit. Vgl. auch „Von den Nachkriegsaufgaben unserer Universität“, S. 5: „Industrie und Technik sind (in den Ergebnissen der Medizin und der Naturwissenschaften) direkt interessiert und sorgen darum auch für die Bereitstellung der Mittel, die für die theoretische Forschung und Lehre sonst nicht zur Verfügung stünden.“

Eine Vermehrung der Ausgaben würde sicher auf grosse Schwierigkeiten stossen.

B. Die Ausbildungsfunktion

Für den überwiegenden Teil der Studenten ist die Ausbildungsfunktion der Universität die wichtigste. Das Studium soll den zukünftigen Akademiker auf den Beruf vorbereiten und ihm die sog. Allgemeinbildung vermitteln. Zugleich wird während des Studiums eine Auslese getroffen. Die nach bestimmten Kriterien auserlesene Gruppe erwirbt mit dem Dokortitel gewisse soziale und berufliche Rechte.

Die an die Universität kommende Jugend ist bereits durch langjähriges Mittelschulstudium gesiebt. Das Reifezeugnis gilt allgemein als Garantie, dass sein Besitzer genügend für das Hochschulstudium vorbereitet ist. Die Universität zeigt volles Vertrauen in die Qualität der Mittelschulbildung und verlangt in der Regel von den Neuimmatrikulierten kein Examen.

Bei den geltenden Immatrikulationsvorschriften haben die Mittelschulen ein Monopol auf die Vorbereitung zum Hochschulstudium. Sie sehen auch darin ihre Hauptaufgabe²¹ und beschränken oft ihre Tätigkeit auf diesen Zweck: der Abiturient einer Mittelschule ist zu keinem Beruf vorbereitet und hat keine andere Möglichkeit, als an einer Hochschule weiter zu studieren²². Das Reifezeugnis kann nicht als ein Abschluss der Ausbildung betrachtet werden, es bildet vielmehr den Anfang eines beruflichen Studiums.

Obwohl die Universität an der Tätigkeit der Mittelschule im höchsten Masse interessiert ist, hat sie keinen direkten Einfluss auf die Gestaltung ihrer Lehrprogramme. Als einzige Koordinationsinstanz tritt der Staat auf, indem er die Maturitätsordnung erlässt; im allgemeinen ist jedoch die Mittelschule allein für das Niveau ihrer Abiturienten verantwortlich²³.

Mit den bestehenden Lehrmethoden und mit dem herrschenden Auslesesystem ist die heutige Mittelschule nicht fähig, einen für das Hoch-

21) Vgl. Max Zollinger, *Hochschulreife*, Zürich 1939, S. 26: „Hochschulvorbereitung... ist die gemeinsame fundamentale Aufgabe der schweizerischen Gymnasien.“

22) Vgl. O. Schläpfer, Präsident des Verbandes der Studierenden an der ETH, „Warum studieren wir?“, SHZ 1938/39, H. 6: „Zur Hälfte wurde uns der Weg zur Hochschule schon durch den Eintritt in die Mittelschule vorgezeichnet... Bei vielen entscheidet der Wille der Eltern. Sei es nun, dass sie einer Familientradition folgten, oder ihrem Sohn eine schöne Lebensstelle erschliessen möchten, sei es auch nur, um die Berufswahl um einige Jahre hinauszuschieben... Eine abgeschlossene Mittelschulbildung nötigt geradezu zum Studium... Das einzige Problem bleibt die Wahl der Studienrichtung, studieren will man auf alle Fälle.“

23) Vgl. M. Zollinger, op. cit. S. 105: „Für die Strenge ihrer Auslesemassstäbe... sind unsere Gymnasien ausschliesslich ihrem eigenen pädagogischen Gewissen, keiner ausserschulischen Instanz verantwortlich.“

schulstudium geeigneten Typus zu erziehen. Mit der Universität hat sie das gemeinsam, dass hier wie dort auf die intellektuelle Seite der er-zogenen Persönlichkeit das Gewicht gelegt wird²⁴. Die beiden Ausbildungstypen unterscheiden sich jedoch grundsätzlich: Die Schule verlangt von ihren Zöglingen eine Vielseitigkeit der Begabung und der Interessen. Die hervorragenden, aber auf ein Gebiet konzentrierten Leistungen finden wenig Anerkennung. Die Schule bevorzugt deutlich diejenigen, die über ein gutes Gedächtnis verfügen und den ihnen vom Lehrer gebotenen Stoff treu wiederzugeben vermögen. Sie entwickelt weder das selbständige Denken, noch prämiert sie die Eigenart des Schülers. „Das ganze Leben des Schülers in der Schule ist vom ersten bis zum letzten Schultag in der Regel durch dieselben Vorschriften geordnet... Noch dem Achtzehnjährigen teilt die Schule das Arbeitspensum in kleine und kleinste kurzfristige Aufgaben ein; damit gewöhnt sie ihn an eine dem Wesen echter geistiger Arbeit zuwiderlaufende kurzatmige, vorwiegend reaktive Arbeitsweise“²⁵. An der Universität ist der Student gemäss dem herrschenden Prinzip der Lernfreiheit auf seine eigenen Kräfte angewiesen. Nicht nur muss er sich selbst einen Arbeitsplan entwerfen, er muss sich auch selbst zu seiner Ausführung anhalten und seine Leistungen kontrollieren. Ob er diese Aufgabe gut erfüllt oder nicht, wird erst nach einigen Jahren das Schlussexamen erweisen.

Das interessante Material, welches Max Zollinger gesammelt hat, zeigt deutlich, dass die von der Mittelschule angewandten Auslesekriterien sich keinesfalls mit denen der Universität decken. Aus seiner Darstellung ergibt sich nämlich, dass die schwächsten Schüler sich oft als gute Studenten erweisen und Erfolg im akademischen Berufsleben haben. Der Verfasser hat festgestellt, dass von einer Gruppe von 134 „letzten und vorletzten“ Schülern aus den Jahrgängen 1881-1910 des Zürcher Kantonal-Gymnasiums 20 Ärzte geworden sind, 16 Pfarrer, 10 Rechtsanwälte, 10 Kaufleute, 9 Verwaltungsbeamte, 5 Ingenieure, 4 Universitätsprofessoren (!) etc. „... auch die Letzten sind in allen höheren akademischen Berufsgruppen vertreten“ — stellt der Verfasser fest²⁶.

Der Erfolg der schlechtesten Schüler an der Universität und im späteren Leben scheint zu beweisen, dass sie erst nach Verlassen der Mittelschule die durch den Schulbetrieb niedergehaltenen und durch seine Auslesekriterien ganz ausser Acht gelassenen Fähigkeiten frei entfalten konnten.

Das Problem, die Vorbereitung in der Mittelschule an die Erfordernisse des Universitätsstudiums anzupassen, ist von grosser Wichtigkeit, da von

24) Auf die Gefahr einer übertriebenen Bevorzugung der intellektuellen Seite der Persönlichkeit im Erziehungsprozess weist Salin in der bereits zitierten Arbeit hin: „Eine rein intellektualistisch-historische Bildung stellt die Vorstufe zur reinen Barbarei dar.“ Vgl. Synopsis, S. 453.

25) Vgl. Zollinger, op. cit. S. 146.

26) ebd. S. 167.

der Art, wie es gelöst wird, in hohem Masse die Zukunft der Hochschule abhängig ist. „... was die Hochschule erreicht, das hängt immer wesentlich davon ab, wer zum Studium kommt, und wie, in welcher geistigen Verfassung der Neuling zu studieren beginnt“ — schreibt Max Zollinger²⁷, und die Richtigkeit seiner Behauptung kann wohl kaum bestritten werden.

Wir haben schon darauf hingewiesen, dass die akademische Laufbahn eines jungen Menschen im Prinzip schon dann bestimmt wird, wenn man ihn zur Mittelschule schickt. Neben vielen sekundären Motiven für diesen Entschluss spielt der Wunsch, ihm eine hohe soziale Stellung und einen einträglichen Beruf zu sichern, die grösste Rolle²⁸. Diese nüchterne Einstellung herrscht auch allgemein an der Universität und wirkt sich auf den Studienablauf aus. Der Studierende besucht in der Regel nur die für das Examen notwendigen Vorlesungen. Die Spezialisierung, die Verengung des geistigen Horizontes tritt schon am Anfang des Studiums auf. Bei der Wahl der Richtung des Studiums entscheidet nicht Begabung oder Vorliebe, sondern die Schwierigkeit des Studiums, die je nach Fakultät verschieden ist, seine Länge, oft auch der Stand der Nachfrage nach akademischen Berufen.

Durch eine solche Einstellung der Jugend entsteht ein Widerspruch zwischen den Bestrebungen der Gesellschaft und denjenigen der Studierenden. Die Gesellschaft will eine vollwertig ausgebildete Elite erziehen, die grosse Kultur und vielseitiges Wissen besitzt. Die Jugend, auf den ihr zustehenden Grundsatz der Lernfreiheit gestützt, reduziert die ihr gestellte Aufgabe auf das Minimum. Ihr Ziel ist, das Diplom möglichst schnell und mit möglichst wenig Anstrengung zu gewinnen.

Es erheben sich die Fragen: Erlaubt die Struktur der modernen Universität diesen Zwiespalt zu überwinden? Kann die Jugend gezwungen werden, ihre egoistischen Ziele den Anforderungen der Gesellschaft unterzuordnen?

Es scheint uns, dass diese Fragen verneint werden müssen. Die moderne Universität nötigt entgegen ihrem eigenen Interesse die Studierenden zu der oben besprochenen Einstellung. Im Studienprogramm verlangt sie von ihnen die Bewältigung eines so grossen Materials, dass sogar ein aussergewöhnlich begabter Student bei bestem Willen es nicht zu verarbeiten vermag. Die Länge des Studiums und das ungenügend ausgebaute Stipendien-system zwingt einen nicht aus reicher Familie stammenden Studenten — oft gegen seinen Willen — sein Studium abzukürzen, da er sich den Luxus eines sechs- bis siebenjährigen Studiums nicht leisten kann.

27) Vgl. Zollinger, op. cit. S. 11.

28) Vgl. E. Platzhoff-Lejeune, *Réformes universitaires*, SHZ 1932/33, H. 6: „... aujourd'hui on apprend... pour le grade, pour le diplôme, pour le morceau de papier, qui nous ouvre une carrière aussi lucrative, aussi rapide, et aussi com-mode (surtout cela!) que possible.“

Ortega y Gasset formulierte einen Grundsatz, auf den sich jedes Universitätsprogramm stützen sollte. Er bezeichnet ihn als „The Principle of Economy in Education“. „...the organization of higher education, the construction of the university must be based upon the student, and not upon the professor or upon knowledge. The university must be the projection of the student to the scale of an institution. And his two dimensions are, first, what he is — a being of limited learning capacity and second, what he needs to know in order to live his life“²⁹.

Wie soll man nach Ortega y Gasset bei der Ausarbeitung des Lehrprogrammes verfahren? „We must pick out that which appears as strictly necessary for the life of the man who is now a student... What remains, having been judged strictly necessary, must be further reduced to what the student can really learn with thoroughness and understanding“³⁰.

Die Studierenden an den modernen Universitäten sind mit Arbeit überlastet. Die Schwierigkeiten, welche aus diesem Zustand erwachsen, können aber nicht durch die Verlängerung der Studienzeit gelöst werden. Diese ist ohnehin an einigen Fakultäten allzu lang. An der Medizinischen Fakultät der Universität Basel z. B. obwohl „pro Semester bis 50 Vorlesungs- und Kursstunden in der Woche, gelegentlich noch mehr, zu bewältigen sind“³¹, muss das Studium mindestens 13 Semester dauern³². Eine weitere Verlängerung der obligatorischen Studiendauer muss zu nachteiligen Konsequenzen führen: sie verteuert das Studium, was bei einem ausgebauten Stipendiensystem eine beträchtliche Belastung für den Staat bedeuten würde, bei Unzulänglichkeit dieses Systems eine neue Gruppe von Unbemittelten von der Universität ausschliesst. In jedem Fall wird diese Massnahme die schon bestehende „Übervölkerung“ der Hochschule noch vergrössern. Es darf auch nicht vergessen werden, dass das Universitätsstudium gewissermassen eine Investition darstellt, welche sich im späteren Berufsleben amortisieren muss. Jede Verlängerung des Studiums bewirkt eine Verkürzung der beruflichen Tätigkeit.

Mit der Entwicklung der Wissenschaft muss der Lehrstoff an den Hochschulen notwendigerweise an Umfang zunehmen. Wenn dies nicht durch die Verlängerung des Studiums kompensiert werden kann, muss das Lehrprogramm gründlich revidiert und an die Aufnahmefähigkeit der Studierenden angepasst werden. In dieser Richtung geht auch Ortega y Gasset: er schlägt vor, dass die obligatorische Forschungstätigkeit für jene Studenten, die sich auf einen Beruf vorbereiten, aus dem Universitätsprogramm ausgeschaltet werde³³.

29) Vgl. Ortega y Gasset, *Mission of the University*, S. 55.

30) Vgl. ebd. S. 59.

31) Die „Richtlinien zur Wahl des akademischen Studiums“, herausgegeben von der Universität Basel, 1943, S. 18.

32) Die Studiendauer beträgt durchschnittlich fünf Jahre. Vgl. Die Studierenden an Schweizerischen Hochschulen, Erhebung 1946, S. 83.

Gegen diesen Vorschlag spricht nicht etwa, dass die Doktorarbeit wirklich die Wissenschaft mit neuen Elementen bereichere. Der grösste Teil der Dissertationen verdient es nicht — und viele Dozenten geben es zu — im Druck verewigt zu werden. Max Scheler sagte über die Doktorarbeit, sie müsse „irgendein minimales, oft mit vielen Brillen gesuchtes Steinchen zum Bau der Wissenschaft herbeischleifen . . . nur damit der Kandidat den oft nur sozial bedeutsamen, für Connubium und andere Zwecke wohl bewährten Titel eines Doktors mit nach Hause nehme“³⁴, und seine Ironie scheint gegenüber vielen Doktoranden berechtigt zu sein. Für den Durchschnittsstudenten, der sich in seinem zukünftigen Leben nie an der wissenschaftlichen Arbeit im eigentlichen Sinne beteiligen wird, hat die Forschung vor allem einen erzieherischen Wert: sie soll die Fähigkeit des logischen, wissenschaftlichen Denkens entwickeln und durch Berührung mit den Problemen des reinen, nicht auf unmittelbaren Nutzen eingestellten Wissens erziehen.

Ohne Zweifel bereichert die wissenschaftliche Arbeit den Studierenden, sogar in der so unvollkommenen Form der Dissertation. Ihre Rolle wird jedoch oft überschätzt. Man identifiziert nämlich die Fähigkeit zu wissenschaftlichem Denken mit jener zu abstraktem Denken überhaupt. Letzteres kann auch auf andere Weise erworben werden. Die Forschungstätigkeit an der Universität verlangt die Beherrschung einer komplizierten Spezialtechnik, welche im Berufsleben nicht nötig ist. Es ist zweifelhaft, ob die Grösse der Bemühungen und der Zeitaufwand, welche mit der wissenschaftlichen Betätigung verbunden sind, durch die Ergebnisse genügend kompensiert werden.

Die Forderung einer für alle obligatorischen Forschung birgt in sich schliesslich eine Gefahr für die Universität. Die oben erwähnte Vergrösserung des Studienstoffes erfolgte bisher immer auf Kosten der Allgemeinbildung. Letztere wurde den Mittelschulen überlassen, und findet an den Hochschulen nur einen Ersatz in der Form von oft nur schwach besuchten „Vorlesungen für Hörer aller Fakultäten“. Als Folge dieser Entwicklung geht von der Universität eine Hochschuljugend in die Welt hinaus, die in allgemeinen Problemen — insbesondere jenen des sozialen Lebens — nur wenig bewandert ist.

Wir haben über die Schwierigkeiten gesprochen, welche mit dem Übergang von der Mittelschule zum Universitätsstudium verbunden sind. Wohl noch grössere Schwierigkeiten müssen bei dem Übergang von der Hochschule ins praktische Leben überwunden werden. Nicht nur Mangel an Allgemeinbildung, sondern auch das gesamte Lehrsystem der Universität

33) Eine praktische Trennung zwischen der Vorbereitung auf den Beruf und Ausbildung zur wissenschaftlichen Arbeit wurde von vielen europäischen Universitäten durchgeführt, indem sie ein zweistufiges Diplomsystem eingeführt haben.

34) Vgl. Max Scheler, Universität und Volkshochschule, in der „Soziologie des Volksbildungswesens“, hsg. von Leopold v. Wiese, München 1921, S. 159.

ist daran schuld. Der langjährige Aufenthalt in der spezifischen Hochschulatmosphäre, die stete und einseitige Förderung des Intellektes, die Lösung von abstrakten, theoretischen, künstlich geschaffenen Problemen, dies alles gibt der Mentalität des jungen Akademikers ein bestimmtes Gepräge³⁵.

Die Überfüllung der Hochschulen macht es nötig, dass die Vorlesung eine Hauptform der Ausbildung darstellt. In den grossen Hörsälen geht jeder persönliche Kontakt zwischen Lehrer und Hörer verloren. Sogar Seminare sind mit demselben Fehler behaftet; die Teilnehmerzahl übersteigt manchmal die einer gutbesuchten Vorlesung. Die Mehrzahl der Studierenden hört passiv zu und kann zur Aktivierung ihrer Haltung nicht genötigt werden. Jener Dozent, der bei der Wahl der Kandidaten für sein Seminar ein schärferes Kriterium anzuwenden und dadurch eine aktiv und intensiv arbeitende Gruppe um sich herum zu sammeln vermag, bildet eine Ausnahme. Übrigens meiden viele Studenten solche Dozenten, da sie dadurch zur Aufgabe ihrer Passivität gezwungen wären³⁶.

Das Universitätsstudium soll den Studierenden für das Leben vorbereiten: für die Ausübung eines bestimmten akademischen Berufs, zugleich für eine dem Akademiker angemessene Rolle im kulturellen, sozialen und politischen Leben der Gesellschaft. Neben dieser Aufgabe hat das Studium noch eine andere. Als Fortsetzung der Mittelschule soll die Universität ein Auslesesystem bilden, und die schon durch die Mittelschule

35) Vgl. Max Zollinger, op. cit. S. 148/49: „Heute geht ein Akademiker... gegen zwanzig Jahre ununterbrochen zur Schule. Gegen zwanzig Jahre lang spielt sich sein Leben zu einem wesentlichen Teil in der künstlichen Atmosphäre des Schulzimmers ab; ebensolange nimmt er ohne Unterbrechung auf, was andere gesagt, gedacht, getan haben; ebensolange lebt er im wesentlichen nur unter Seinesgleichen, ist er Schüler und als solcher immer vom Urteil des Lehrers abhängig.“

36) Ein Vertreter der Jugend beschreibt so das Studium eines durchschnittlichen Studenten: „Man kommt in die Vorlesung, sitzt zu den ehemaligen Mittelschulkollegen, schreibt mehr oder weniger getreulich und sauber die Vorlesungen in das Kollegheft, um dieses nach dreiviertel Stunden wieder zuzuklappen und seine Notizen nach Hause zu tragen. Das Kollegiensystem verurteilt den Studenten zur Passivität, zum geduldischen Zuhören... Bei den Seminarien ist die Sache nicht viel besser, da auch hier der Andrang zu gross ist, so dass sich nur ein kleiner Teil der Studenten aktiv beteiligen kann.“ Vgl. W. Thürig, stud. rer. pol.: „Unsere Universität“, Der Neue Bund, Mai 1947, S. 66.

Ein ähnliches Bild gibt W. A. Jöhr, Dozent an der Handelshochschule St. Gallen: „Das Schwergewicht des akademischen Unterrichts ruht bei uns ganz entschieden in den Vorlesungen... Der Dozent trägt sein Wissen vor, der Student hört zu und sucht den Hauptinhalt der Vorlesung in seinem Kollegheft festzuhalten... Die behandelten Fragen rühren ihn nicht, sie werden in der Pause nur selten diskutiert, zu Hause nicht überdacht, der Dozent wird nicht gefragt, denn man wüsste nichts Rechtes zu fragen... über den Seminarien liegt ebenfalls der unheilvolle Schatten der Vorlesung... Oft sind die Übungen sogar noch stärker besucht als die Vorlesungen...“ Vgl. Neuordnung des Hochschulunterrichtes in den Rechts-, Staats- und Wirtschaftswissenschaften?, SHZ 1941/42, H. 1.

ausgesonderte Gruppe weiter nach bestimmten Kriterien durchsieben. Die Besten und Begabtesten sollen ausgewählt werden. Es scheint, dass der Universität kein Mittel zur Verfügung steht, um die Unbegabten auszuschalten. Der Mangel an Begabung kann oft durch die Verlängerung des Studiums kompensiert werden. Mit Ausnahme der medizinischen Fakultät, die in der Form von Zwischenprüfungen³⁷ ein Mittel der Auslese während des Studiums besitzt, fällt die Entscheidung über die Begabung eines Studenten erst bei der Schlussprüfung, nach der Beendigung des Studiums. Bei Misserfolg ist die Feststellung, dass der Doktorand sich für dieses Studium nicht eigne, nach einem langjährigen, oft mit grossen Opfern bezahlten Studium, ohne Nutzen sowohl für die Universität als auch für den Studenten.

Selbst die Form des Schlussexamens ist ein unangemessenes Werkzeug der Selektion. Die Überfüllung der Hochschule und die Passivität der Studierenden erlauben den Dozenten nicht, ihre Schüler gründlich kennenzulernen. Der Examinator muss sein Urteil auf die Ergebnisse der Prüfung stützen und deshalb sind oft diejenigen Fähigkeiten, welche bei einer gründlichen Kenntnis der ganzen Persönlichkeit eine sekundäre Rolle spielen würden, massgebend³⁸.

Die Verschärfung des Auslesesystems an den Hochschulen würde sicher das Niveau der Akademiker heben³⁹. Sie müsste aber zugleich die Zahl der Studierenden vermindern. Der Gefahr, dass die Universität der Gesellschaft zu wenig ausgebildete Akademiker zu liefern vermag, kann nur durch eine Reform des Stipendienwesens vorgebeugt werden, die den begabten Unbemittelten das Hochschulstudium ermöglichen würde.

Im zweiten Teil unserer Untersuchung haben wir in allgemeinen Zügen das an der Universität Basel bestehende Kollegiengelderlass- und Stipendiensystem dargestellt. Aus der Zahl und Höhe der Stipendien ist ersichtlich, dass dieses System lediglich das Universitätsstudium erleichtert, keinesfalls aber das Problem des Studiums der Unbemittelten löst⁴⁰. Ein

37) Vgl. S. 62 unserer Arbeit.

38) A. Löwe zählt diese Fähigkeiten auf: „presence of mind, a good memory and a pleasant style, valuable qualities in themselves, but certainly not the primary ones on the possession of which the conferring of a university degree should depend.“ Vgl. *The University in Transformation*, London 1940, S. 19.

39) Es wird oft hervorgehoben, dass die sog. „Überfüllung in den akademischen Berufen“ und die damit verbundene Arbeitslosigkeit nicht durch die Überproduktion der Akademiker, sondern durch die Unzulänglichkeit ihrer beruflichen und intellektuellen Vorbereitung an der Universität verursacht ist. Vgl. z. B. H. Erb, *Überfüllung in den akademischen Berufen*, SHZ 1943/44, H. 2: „Es scheint, dass der Arbeitsmarkt nicht so sehr von fähigen und tüchtigen Intellektuellen belastet wird wie von Leuten, die für ihren Beruf ungenügend vorbereitet oder geistig unfähig sind, die sich ans praktische Leben nicht anpassen wissen oder zu hohe Ansprüche stellen!“

40) Dazu ist noch zu bemerken, dass der Vermehrung der Stipendienzahl nicht immer die proportionale Vermehrung der Summen entspricht, die für die

Stipendium hat eine Bedeutung nur für diejenigen, die schon über materielle Mittel verfügen oder einen festen Rückhalt in Form einer in der Universitätsstadt wohnenden Familie besitzen⁴¹. Der ganz Unbemittelte ist auf Erwerbstätigkeit angewiesen, was jedoch nicht bei jeder Studienrichtung möglich ist. So z. B. lesen wir in den Richtlinien zur Wahl des akademischen Studiums⁴²: „... die Arbeit, die von Medizinstudenten verlangt wird, ist so gross, dass eine wesentliche Verdienstmöglichkeit während des Studiums nicht besteht“⁴³.

Die hohen Kosten des Studiums, das unzureichende Stipendiensystem und die Überfüllung in den akademischen Berufen (wodurch die Wahrscheinlichkeit eines gut bezahlten Postens sofort nach dem Schlussexamen gering ist) bewirkt, dass „das akademische Studium in der Schweiz in höherem Masse als man gemeinhin annimmt ein Vorrecht der Begüterten, nicht der Tüchtigen ist“⁴⁴. Die Universität bildet nur für eine relativ kleine Gruppe ein Mittel des sozialen Aufstieges. Es sind keine Angaben vorhanden, um feststellen zu können, welche Studienrichtungen zu diesem

Stipendienzwecke verwendet werden. Als Resultat haben wir immer kleinere Stipendienhöhe, obwohl der Lebenskostenindex in den letzten Jahren beträchtlich gestiegen ist. Als Beispiel dafür folgende Angaben nach Fueter, Die wirtschaftliche Not der jungen Akademiker, SHZ 1945/46, H. 5.

An der Universität Zürich wurden in den Jahren

1921/24 361 Stipendien, durchschnittlich à 324 Fr. pro Semester,

1931/34 495 Stipendien, durchschnittlich à 289 Fr. pro Semester,

1941/44 749 Stipendien, durchschnittlich à 227 Fr. pro Semester zugeteilt.

An der Basler Universität steigt die Zahl der Stipendien proportional zu der Gesamtsumme, die Höhe der Stipendien bleibt aber immer sehr klein. In den Jahren

1920/22 wurden 345 Stipendien, durchschnittlich à 135 Fr.,

1931/33 wurden 430 Stipendien, durchschnittlich à 132 Fr.,

1941/43 wurden 481 Stipendien, durchschnittlich à 133 Fr., zugeteilt.

Der Lebenskostenindex betrug im Jahre 1924 = 169; in 1934 = 129; in 1944 = 206 (Juni 1914 = 100).

41) An der Universität Basel stammen etwa 50 % der Schweizer Studenten aus Basel (vgl. S. 66 unserer Arbeit), an weiterer Stelle folgen die Bürger der benachbarten Kantone, die dank den immer besseren Verkehrseinrichtungen täglich nach Basel kommen können. „... die Möglichkeit, eine Hochschule zu besuchen, wird sehr oft davon bestimmt..., ob sich am Wohnsitz der Eltern eine solche befindet“, stellte A. Schwarz im Jahre 1936 fest (vgl. Die Studierenden an schweizerischen Hochschulen, Bern 1938). Nach zehn Jahren ist nur eine kleine Verschiebung in dieser Hinsicht zu bemerken. „Der Anteil der schweizerischen Universitätsstudenten, deren Eltern in der Universitätsstadt wohnen, ist immer noch verhältnismässig gross. Doch ergab sich ein deutlicher Rückgang dieser Quote seit 1935 von 393 auf 340 Promille.“ (Vgl. Die Studierenden an schweizerischen Hochschulen, Bern 1947, S. 61.)

42) Die „Richtlinien zur Wahl des akademischen Studiums“, Basel 1943, S. 17.

43) Etwa 20 % der Schweizer Studierenden üben eine praktische Tätigkeit aus finanziellen Gründen aus (vgl. Die Studierenden an den schweizerischen Hochschulen, 1946, S. 85). Besonders gross ist der Prozentsatz bei den Nationalökonominnen (31,4) und an der philosophisch-historischen Fakultät (28,9). Niedrig bei den katholischen Theologen (6,6) und an der medizinischen Fakultät (7,8).

Zwecke am häufigsten benützt werden. Es scheint jedoch, dass vor allem die theologischen und philosophischen Studien in Frage kommen, da sie verhältnismässig kurz und billig sind (vgl. Tab. 3, S. 63). An diesen Fakultäten steht auch eine besonders grosse Anzahl Stipendien zur Verfügung (für theologische Studien und für zukünftige Mittelschullehrer).

Bei der Lösung des Stipendienproblems sind grosse Schwierigkeiten zu überwinden. Das oft vorgebrachte Argument, dass ein ausgebauten Stipendiensystem das Niveau der Universität senken könnte, die Zahl der Studierenden zu stark vergrössern und den Staatshaushalt übermässig belasten würde, scheint jedoch nicht stichhaltig zu sein. Durch eine Steigerung der Anforderungen kann die Zahl der Studierenden immer auf einem bestimmten Niveau festgehalten und ein Ausbau der Universität dadurch vermieden werden. Bei den riesigen Ausgaben für den Unterhalt der Universität würde die Schaffung von sogar grossen Stipendienfonds die Gesamtausgaben des Staates für die Hochschule nur um einige Prozente steigern ⁴⁵.

C. Die Erziehungsfunktion

Wenn wir von der Erziehung als einer Aufgabe der Universität sprechen, meinen wir etwas anderes als die Erziehung, der das Kind in der Familie und in der Schule obliegt.

Die Schule ist bestrebt, ihre Zöglinge nach dem in der Gesellschaft herrschenden Erziehungsideal zu bilden, sie zu vollwertigen Mitgliedern

44) Vgl. E. Fueter, Die wirtschaftliche Not der jungen Akademiker. Diese Behauptung unterstützen die statistischen Daten. Im Jahre 1945 entfielen z. B. auf 1000 berufstätige Väter in folgenden Berufsarten studierende Söhne:

auf 1000 Maurer	2 studierende Söhne
auf 1000 Flachmaler	2 studierende Söhne
auf 1000 Magaziner	5 studierende Söhne
auf 1000 Schneider	6 studierende Söhne

Dagegen steigt der Promillesatz bei Hochschullehrern auf 571, bei Geistlichen und Pfarrern auf 395, bei Notaren und Ärzten auf über 350. Die durchschnittliche Anzahl der studierenden Söhne beträgt auf 1000 Berufstätige (ohne Urproduktion und Haushalt) 65. „Auffällig sind die niedern Quoten bei den Arbeitern und Handwerkern und, im Gegensatz dazu, die hohen bei den liberalen Berufen“ — stellt A. Schwarz fest (Die Studierenden an den schweiz. Hochschulen, 1946, S. 68).

45) Heutzutage gibt der Staat gewissermassen jedem einzelnen Studierenden ein Stipendium, indem er den grössten Teil seiner Studienkosten bezahlt. So z. B. schätzt A. Schwarz die Summe, die im Jahre 1945 für jeden Studenten ausgegeben wurde, auf 1170 Fr. Nach unserer Schätzung für die Universität Basel (1946) belaufen sich die Ausgaben des Staates und der Gesellschaft für jeden Studenten auf etwa 2500 Franken pro Jahr. (Diese Schätzungen sind insofern problematisch, als die Universität nicht ausschliesslich für die Ausbildung der Studenten geschaffen ist, und auch z. B. als Forschungsinstitut gewisse Aufgaben des Staates erfüllt.)

der sozialen Gruppe zu erziehen, welche, die gemeinsamen Ideale und Werte anerkennend, in ihrem Handeln das „Wir“- vor dem „Ich“-Bewusstsein vorherrschen lassen. Im Rahmen der Schulerziehung gibt es keinen Platz für die einseitige Entwicklung besonderer Fähigkeiten. Die Schule versucht im Gegenteil, eine möglichst breite Basis der gemeinsamen Ideale und Gewohnheiten zu schaffen, sie fördert die Ähnlichkeit, nicht die individuelle Eigenart. Darin liegt auch ihr Wert, denn eine gewisse Gleichförmigkeit der Individuen ist für die Existenz und die Entwicklung jeder Gesellschaft notwendig.

Ihr Ziel erreicht die Schule durch Zwang. Das Benehmen der Schüler wird dauernder Kontrolle und Bewertung unterworfen, ein System von Strafen und Belohnungen spornt jeden einzelnen dazu an, sein Benehmen den Forderungen des Erziehers anzupassen. Der Zögling bleibt dabei insofern passiv, als er an der Festlegung des Erziehungsideals nicht beteiligt ist.

Ganz anders verhält es sich an der Universität. Ist für die Schulerziehung der starke gesellschaftliche Druck charakteristisch, der durch das Medium des Lehrers vermittelt wird, so liegt der Universitätserziehung das Prinzip der Freiheit zugrunde. Es wird vorausgesetzt, dass der Prozess der stufenweisen Integration des jungen Menschen in die Gesellschaft abgeschlossen ist. Seine Zugehörigkeit ist gesichert, nun wird ihm die volle Freiheit gegeben. Die Studenten sind — wie es vor über hundert Jahren Schleiermacher formuliert hat — „keiner Art des Zwanges unterworfen; nirgends werden sie hingetrieben, und nichts ist ihnen verschlossen. Niemand befiehlt ihnen, diese oder jene Lehrstunden zu besuchen; niemand kann ihnen Vorwürfe machen, wenn sie es nachlässig tun oder unterlassen. Über alle ihre Beschäftigungen gibt es keine Aufsicht, als nur so viel sie selbst einem Lehrer freiwillig übertragen. Sie wissen, was von ihnen gefordert wird, wenn sie die Universität verlassen, und was für Prüfungen ihnen dann bevorstehen; aber mit welchem Eifer sie nun diesem Ziel entgegenarbeiten wollen, und wie gleichförmig oder ungleich ihn verteilen, das bleibt ganz ihnen selbst anheimgestellt... So haben sie also volle Freiheit, sich der Trägheit zu überlassen und den nichtswürdigen Zerstreuungen, und können anstatt eines löblichen Fleisses die schönste Zeit ihres Lebens unverantwortlich verschwenden“⁴⁶.

Diese äussere Freiheit ist von der inneren begleitet, die der Universitätserziehung den Charakter der Selbsterziehung verleiht. Der Student ist frei, jene Fähigkeiten zu entfalten, die ihm von besonderer Bedeutung zu sein scheinen. Er bestimmt seine Ziele selbst und sucht die Mittel,

46) Gelegentliche Gedanken über Universitäten in deutschem Sinn. Nebst einem Anhang über eine neu zu errichtende. Von F. Schleiermacher. Berlin 1808. Zitiert nach: Eduard Spranger, Fichte, Schleiermacher, Steffens über das Wesen der Universität, Phil. Bibl. 120, Leipzig 1910, S. 167.

mit deren Hilfe diese Ziele zu erreichen sind. In der Gesellschaft herrscht zwar eine festgelegte Vorstellung des Akademikers, und der Student wird den Einflüssen ausgesetzt, die ihn nach dieser Vorstellung zu formen versuchen. Die Wirkung dieser Einflüsse ist jedoch dank der Organisation der Universität beschränkt, durch die dem Studenten — mit Einverständnis der Gesellschaft — die volle Freiheit garantiert wird.

Die Universität will nicht direkt erziehen. Ihre Rolle beschränkt sich darauf, eine Atmosphäre zu schaffen, welche die selbsterzieherische Arbeit des jungen Menschen an seiner geistigen Entwicklung erleichtern und begünstigen würde. Darüber hinaus stellt sie dem Studierenden Mittel zur Verfügung, die, von ihm aufgegriffen, erzieherisch wirken können. Zu diesen Mitteln gehört — nach der allgemein herrschenden Überzeugung — vor allem die Teilnahme an der Forschung als einer uneigennütigen Suche nach der Wahrheit und die geisteswissenschaftlichen Studien.

Um die Frage, inwieweit die Universität ihre erzieherische Aufgabe zu erfüllen vermag, zu beantworten, bedarf es nun der Erwägung, ob sie eine echte, den Prozess der Selbsterziehung fördernde Atmosphäre zu schaffen imstande sei, ferner, welche Bedeutung in diesem Prozess der Forschung und den geisteswissenschaftlichen Studien zukomme.

Die rasch steigende Zahl der Studierenden und die dadurch bedingte Expansion der Hochschulen haben zu ihrer Zersplitterung geführt. Die Universität als eine echte Gemeinschaft der Lernenden und Lehrenden gehört — nach der Meinung vieler — der Vergangenheit an. Ohne die geistige Einheit und Geschlossenheit innerhalb einer nur administrativ zusammenhängenden Vielheit von Bildungs- und Forschungsinstituten kann aber die erstrebte Atmosphäre nicht entstehen.

Die rein äusserliche, durch das Wachstum verursachte Zersplitterung der Hochschule wäre noch keine zureichende Erklärung für den Mangel an geistiger Einheit. Auch die verbreitete Auffassung, dass die Spezialisierung für die Zerstörung dieser Einheit verantwortlich sei, scheint nicht ganz zutreffend. Gegen diese Behauptung sprechen die Hochschulen in den totalitären Staaten, die trotz der Spezialisierung in einem gewissen Sinne eine geistige oder vielmehr eine weltanschauliche Einheit bilden. Das gilt auch für die von religiösen Körperschaften getragenen Hochschulen, z. B. für die katholischen Universitäten ⁴⁷.

Wenn wir nach den tiefer liegenden Ursachen forschen, die für die geistige Lage der modernen Universität verantwortlich sind, glauben wir sie im Wesen der modernen Kultur zu finden. Das tief verwurzelte, individualistische Freiheitsideal lässt kein einheitliches Wertsystem zu. Nebeneinander bestehen Gruppen, die sich zu verschiedenen Ideologien bekennen. Sowohl diese Gruppen wie auch einzelne Individuen besitzen das Recht, die von ihnen anerkannten Ideale zu verbreiten und die gegnerischen zu

47) Vgl. Eduard Fueter, *Das studium generale*, Zürich 1953, S. 5.

bekämpfen, wenn sich dieser Kampf in dem durch die Gesetze festgelegten Rahmen abspielt.

Der Mangel einer geistigen und weltanschaulichen Einheit spiegelt sich auch innerhalb der Universität. Demgegenüber sind die einzigartigen Voraussetzungen, die an der Universität gegeben sind, nur von beschränkter Bedeutung. Das Prinzip der Freiheit schafft zwar eine günstige Atmosphäre für jede geistige Auseinandersetzung. Die wissenschaftliche Schulung, welche die Fähigkeit zur kritischen Beurteilung und zum weitgehenden Ausschalten der subjektiven Elemente bei der Bearbeitung eines Problems entwickelt hat, bürgt für die Sachlichkeit der Diskussion. Da jedoch die Universität nicht auf einen höchsten, gemeinsam vertretenen Wert ausgerichtet ist, muss jede Auseinandersetzung in einem gewissen Sinne unfruchtbar sein: Zwei Gegner, die von verschiedenen Voraussetzungen her ausgehen und in den einmal bezogenen Haltungen beharren, können ihre Auffassungen einer immanenten Kritik unterziehen. Wenn aber das zur Diskussion stehende Problem die Sphäre der reinen Tatbestände überschreitet und in die weltanschauliche führt, ist die Einigung nicht möglich.

Im Rahmen einer einheitlichen Kultur ist trotz der fortschreitenden Spezialisierung die Einheit der Universität erreichbar. Wenn sich dagegen eine Universität nicht auf die hinter ihr stehende Einheit der Kultur stützen kann, besteht die Gefahr, dass der Zersplitterung durch Spezialisierung kein Einhalt mehr geboten werden kann.

Die Spezialisierung lässt sich nicht aus dem Begriff der modernen Wissenschaft wegdenken. Als eine Einschränkung des Interesses und der Arbeit auf einen kleinen Ausschnitt des Wissens, als eine Einschränkung der Extensivität des Forschungsfeldes, muss sie positiv gewertet werden. Bei dem gegenwärtigen Stand der Wissenschaft ist sie eine notwendige Voraussetzung jedes ernstesten Forschens.

Nicht aber durch die so verstandene Spezialisierung, sondern durch die oft mit ihr zusammenhängende Verflachung der wissenschaftlichen Tätigkeit, wird die Einheit der Universität gefährdet. Die Wissenschaft wird in der Form der Spezialforschung zum selbständigen Zweck. Der moderne Forscher stellt sich als unmittelbare Aufgaben die Lösung eines bestimmten Problems, die Vervollkommen der Forschungsmethoden auf einem abgesonderten Gebiet, die systematische Bearbeitung einer Reihe von Ergebnissen seiner Untersuchungen. Über diese Aufgaben geht er gewöhnlich nicht hinaus.

Es scheint uns, dass die Einheit der Wissenschaften und die darauf basierende Einheit der Universität nur durch die Überwindung dieser Einstellung bewahrt werden können. Der Verzicht auf die Spezialisierung ist heute schlechthin unmöglich. Auch der Versuch, die Spezialkenntnisse durch eine Reihe von sogenannten „allgemeinbildenden“ Disziplinen zu ergänzen, führt nicht zum Ziel. Dadurch kann das enzyklopädische Wissen erweitert, nicht aber die Einheit der Wissenschaften geschaffen werden.

Nur die Beziehung der einzelnen Disziplinen auf *eine*, allen gemeinsame Idee kann das Nebeneinander der Spezialwissenschaften überwinden und zu einer echten, in sich geschlossenen geistigen Einheit führen. Diese Idee — nennen wir sie Idee des Wissens oder Idee der Wahrheit — liegt jeder Wissenschaft, die über das bloss Technische hinausgeht, zugrunde. Sie verleiht den Einzelwissenschaften den tieferen Sinn und fasst sie zu einem Ganzen zusammen. Erst wenn wir die Einzelwissenschaften in Beziehung zu dieser Idee setzen, vermögen wir den Sinn und die Bedeutung, welche der Entwicklung dieser Wissenschaften innerhalb des menschlichen Wissens zukommt, zu erfassen. Nicht das extensive, die Grenze der Spezialisierung sprengende Studium, sondern das intensive, in die Tiefe gehende, welches die für jede Einzeldisziplin spezifischen Ziele überschreiten und die Beziehung zu der allgemeinen Idee des Wissens bestimmen würde, bildet die Voraussetzung für die Einheit der Wissenschaften.

Die Universität ist die einzige Institution, die auf Grund der geistigen Überlieferung imstande wäre, die Idee des Wissens als eine lebendige, die Spezialdisziplinen verbindende Kraft zu verwirklichen. Die moderne Universität erfüllt diese Aufgabe nicht — oder erfüllt sie in ungenügendem Grade. Dadurch werden nicht nur die erzieherischen Leistungen der Universität stark herabgesetzt, sondern sie läuft selbst Gefahr, dass auch die rein administrative Einheit, die sie noch beibehalten konnte, von den zentrifugalen Kräften zerstört wird ⁴⁸.

Neben der spezifischen Atmosphäre, die für die Selbsterziehung an der Universität als unerlässlich betrachtet wird, wird besonders auf die erzieherische Bedeutung der Forschung und der Bildung hingewiesen. Unter Forschung versteht man ein streng nach den methodischen Regeln geführtes Suchen nach der Wahrheit, unter Bildung — die ernste und ehrliche Auseinandersetzung mit den Werken grosser Denker.

Die Universität ist nicht die einzige Institution, welche die Forschung betreibt. Neben ihr stehen die technischen Hochschulen und die Forschungsinstitute. Diese besitzen ein höchst spezialisiertes Personal und widmen ihre ganze Tätigkeit ausschliesslich der Forschung. Sie sind oft der Universität überlegen, sowohl was die Ausgiebigkeit, wie auch was die Qualität der von ihnen gelieferten Ergebnisse betrifft. Wenn wir jedoch

48) Martin Heidegger sieht auch in dieser verwaltungsmässigen Einheit einen gewissen Wert: „...es kann sich noch einige Zeit und an einigen Stellen die immer dünner und leerer werdende Romantik des Gelehrtentums und der Universität halten. Der wirkende Einheitscharakter und somit die Wirklichkeit der Universität liegt jedoch nicht in einer von ihr ausgehenden, weil von ihr genährten und in ihr verwahrten geistigen Macht der ursprünglichen Einigung der Wissenschaften. Wirklich ist die Universität als eine Einrichtung, die noch in einer einzigartigen, weil verwaltungsmässig geschlossenen Form das Auseinanderstreben der Wissenschaften in die Besonderung und die besondere Einheit der Betriebe möglich und sichtbar macht.“ Holzwege, Frankfurt a. M. 1950, S. 78 f.

die Forschungstätigkeit beider Institutionen unter dem Aspekt ihres erzieherischen Wertes vergleichen, so scheint es, dass aus vielen Gründen die Universität die Oberhand gewinnt. Ihre Struktur vermindert die Gefahr der Verflachung, die jede wissenschaftliche Arbeit begleitet, wenn sie spezialisiert und praktisch ausgerichtet ist. Ferner ist der an der Universität wirkende Forscher gleichzeitig ein Lehrer. Die lebendige Wechselbeziehung zwischen ihm und den Studierenden bildet ein Gegengewicht für seine Forschertätigkeit, sie lässt keine zu starke Einschränkung seines Blickfeldes zu, keine Fixierung auf das Objekt der Forschung. Schliesslich besteht an der Universität die Möglichkeit eines stetigen Kontaktes mit den Vertretern anderer Spezialgebiete, einer Diskussion über die den verschiedenen Disziplinen gemeinsamen Probleme. Die Fruchtbarkeit der gegenseitigen Beeinflussung ist wiederum von dem Grade abhängig, in dem die geistige Einheit der Universität realisiert wird.

Wenn auch die erzieherische Wirkung der Forschungstätigkeit anerkannt wird, so muss doch zugegeben werden, dass sie im Rahmen der Universität nur eine untergeordnete Rolle spielt. Jeder Doktorand muss zwar auf Grund selbständiger Forschung eine wissenschaftliche Arbeit verfassen. Auf diese Arbeit beschränkt sich aber die Forschungstätigkeit des Studierenden; sie bildet nur einen kleinen Teil der dem Studium gewidmeten Zeit. Die Anforderungen, welche die Dozenten an die Doktorarbeiten stellen, bestimmen auch das Mass, in dem der Studierende der erzieherischen Wirkung der Forschung ausgesetzt ist.

Die Ansichten über den erzieherischen Wert der Bildung haben sich im Laufe der Jahre gewandelt. Früher hat man diesen Wert nur bestimmten Wissenschaften zugesprochen. In der Epoche des deutschen Idealismus erwartete man z. B. von den klassischen Studien einen besonderen erzieherischen Einfluss. Allmählich setzte sich die Auffassung durch, dass jedes Studium erziehen kann, wenn es auf die Erforschung der Wahrheit ausgerichtet ist. „Forschung und Fachschulung haben bildende Wirkung, weil sie nicht nur Kenntnisse und Können vermitteln, sondern Ideen des Ganzen erwecken und eine Haltung der Wissenschaftlichkeit entwickeln“ — schreibt Jaspers⁴⁹.

Der erzieherische Wert des Studiums an der modernen Universität, welches auf möglichst rasche Aneignung eines bestimmten Wissensstoffes eingestellt ist, ist beschränkt. Der Student bekommt selten einen allgemeinen Überblick über sein Studiengebiet, die Zusammenhänge zwischen einzelnen Gebieten der Wissenschaft werden ihm meistens nicht aufgezeigt. Das Studium ist vor allem Vorbereitung auf den Beruf. Das Übrige sollen die allgemeinbildenden Vorlesungen geben. Sie können aber keine wichtige Rolle spielen. Die „Vorlesungen für Hörer aller Fakultäten“ sind praktisch nicht allen zugänglich, sei es aus Zeit- oder aus Geldmangel. Sie unter-

49) Karl Jaspers, *Die Idee der Universität*, S. 47.

scheiden sich überdies nicht viel von anderen Vorlesungen: es sind meistens auch Spezialvorlesungen über Probleme der Kunst- und Literaturgeschichte. Man gewinnt den Eindruck, dass darin die überlieferte Überzeugung zur Sprache kommt, nur gewisse Gebiete des menschlichen Wissens besäßen einen erzieherischen Wert.

In den Verzeichnissen der allgemeinbildenden Vorlesungen findet man nur selten Vorlesungen über die aktuellen Probleme des sozialen und politischen Lebens. Das Vermeiden solcher Probleme wird von den meisten Dozenten streng beobachtet und scheint in gewissem Masse mit dem Postulat der apolitischen Universität im Zusammenhang zu stehen. Auf die Unrichtigkeit solcher Haltung weist Max Weber hin. Der Dozent als Universitätslehrer dürfe kraft seiner Autorität eine bestimmte Stellungnahme gegenüber den besprochenen Ereignissen den Studierenden nicht aufzwingen. Er verhilft jedoch zur Klarheit, indem er beweist: „Wenn man die und die Stellung einnimmt, so muss man nach den Erfahrungen der Wissenschaft die und die *Mittel* anwenden, um sie praktisch zur Durchführung zu bringen“⁵⁰. Der Dozent kann und soll seinen Hörern sagen: „... die und die praktische Stellungnahme lässt sich mit innerer Konsequenz und also: Ehrlichkeit ihrem *Sinn* nach ableiten aus der und der letzten weltanschauungsmässigen Grundposition — es kann sein, aus nur einer, oder es können vielleicht verschiedene sein —, aber aus den und den anderen nicht“⁵¹. Derjenige Dozent, der diese Aufgabe erfüllt, „steht im Dienst ‚sittlicher‘ Mächte: der Pflicht, Klarheit und Verantwortungsgefühl zu schaffen“⁵².

Wenn die Vorlesung immer noch eine Hauptform der Ausbildung an der Universität bleiben soll, kann sie nur dann einen erzieherischen Einfluss haben, wenn die passive, rein rezeptive Einstellung der Studenten durchgebrochen wird. Es scheint, dass in dieser Richtung vor allem die allgemeinbildenden Vorlesungen wirken können, wenn sie sich mit Problemen beschäftigen würden, die für die Studierenden eine wirkliche Bedeutung haben, und um selbständig gelöst zu werden, keine langjährige spezielle Vorbereitung erfordern.

Der Einfluss einer Vorlesung hängt weitgehend von der Form ab, in welcher der Lehrer seine Gedanken darbietet. Schleiermacher gab eine klassische Formulierung des Wesens einer Universitätsvorlesung: „Der Lehrer muss alles, was er sagt, vor den Zuhörern entstehen lassen; er muss nicht erzählen, was er weiss, sondern sein eigenes Erkennen, die Tat selbst, reproduzieren, damit sie beständig nicht etwa nur Kenntnisse sammeln, sondern die Tätigkeit der Vernunft im Hervorbringen der Erkenntnis unmittelbar anschauen und anschauend nachbilden“⁵³. Diese

50) Max Weber, op. cit. S. 549.

51) ebd. S. 550.

52) ebd. S. 550.

53) Spranger, Über das Wesen der Universität, S. 142.

Formulierung könnte von vielen als veraltet und unseren Verhältnissen nicht adäquat abgelehnt werden. Die Forderung, dass die Vorlesung eine schöpferische Tat sei, betrachten wir jedoch als berechtigt. Darin erblicken wir auch das entscheidende Merkmal einer Vorlesung, welches sie von einem gedruckten Aufsatz unterscheidet. Nur eine schöpferische, lebendige Vorlesung vermag die Passivität der Hörer zu überwinden und einen auf gegenseitiger Beeinflussung basierenden Kontakt zwischen Studenten und Lehrern zu schaffen.

In der gleichen Richtung müssen auch die Seminare und Kolloquien wirken. Der wissenschaftliche Betrieb eines Seminars stützt sich notwendig auf den Austausch von Gedanken, auf eine Diskussion, in welcher sich der Studierende frei mit den Äusserungen des Dozenten auseinandersetzt und von ihm als gleichberechtigter Gesprächspartner, nicht als Schüler, anerkannt wird. Darin äussert sich das Prinzip der Freiheit, das die Erziehung an der Universität charakterisiert. Jaspers nennt diese Erziehung „sokratisch“: „Lehrer und Schüler stehen dem Sinne nach auf gleichem Niveau. Beide sind der Idee nach frei. Es gibt keine feste Lehre, sondern es herrscht das grenzlose Fragen und das Nichtwissen im Absoluten“⁵⁴. Wie jede Erziehung muss sich auch die sokratische auf die Ehrfurcht stützen. Im Gegensatz zu anderen Typen der Erziehung, für welche die Tradition oder die Person des Meisters als höchste Autorität gilt, soll in der sokratischen Erziehung die Wahrheit, als für den Meister und Schüler gemeinsame Autorität, hervortreten.

Die Universitäten der Gegenwart, deren innere Struktur einen näheren, persönlichen Kontakt zwischen dem Lehrer und dem Schüler erschwert, können die sokratische Erziehung nicht völlig realisieren. Nur wenige Dozenten gestalten ihre Seminare zu kleinen Arbeitsgemeinschaften, in welchen gemeinsame Arbeit und lebhafter Gedankenaustausch möglich ist. Der überwiegende Teil der Studierenden beschränkt seine Tätigkeit an der Universität auf den Besuch der Vorlesungen und passives Zuhören und betrachtet den Dozenten als höchste Autorität oder als Mittel, mit dessen Hilfe das Diplom erlangt werden kann⁵⁵. In beiden Fällen kann das Studium nicht erzieherisch wirken.

Es war ein Anliegen dieser Arbeit, den sozialen Charakter der Universität besonders hervorzuheben. In den Diskussionen über die Reform des Hochschulwesens wird allzu oft vergessen, dass die Universität als

54) Karl Jaspers, Die Idee der Universität, S. 46.

55) Max Weber beschreibt die Einstellung eines typischen amerikanischen Studenten seinem Lehrer gegenüber: „Der Lehrer, der ihm gegenübersteht, von dem hat er die Vorstellung: er verkauft mir seine Kenntnisse und Methoden für meines Vaters Geld, ganz ebenso wie die Gemüsefrau meiner Mutter den Kohl.“ Vgl. Max Weber, op. cit. S. 548. Diese rein praktische Einstellung, die dem Verhältnis zum Lehrer den Charakter eines Handelsvertrages gibt, kommt auch an den europäischen Universitäten immer häufiger zum Vorschein.

eine soziale, im Dienste der Gesellschaft stehende Institution eng mit der sie umgebenden kultur-gesellschaftlichen Wirklichkeit verbunden ist. Jeder Versuch, sie aus dem breiteren Zusammenhang herauszulösen und ihre Problematik anhand einer zeitlosen abstrakten Idee zu erörtern, ist zum Scheitern verurteilt: Solche Untersuchungen stehen in keiner Beziehung zur Wirklichkeit, d. h. der realen, einen bestimmten Platz im sozialen Raum einnehmenden Universität.

Jede Zeit, jeder Kulturkreis hat sein besonderes Gesicht, seine besonderen Probleme und Bedürfnisse. Die Institutionen, denen die Erfüllung bestimmter Aufgaben übertragen wird, müssen in einem organischen Zusammenhang mit der ganzen Kultur stehen, entweder als ihre Schöpfungen oder als, zwar aus anderen Kulturkreisen übernommene, jedoch umgeformte und den Bedürfnissen angepasste Elemente. So ist es z. B. nicht möglich, eine „universitas literarum“ des Mittelalters oder des deutschen Idealismus innerhalb unserer Kultur aufzubauen, weil die Voraussetzungen dafür fehlen. Unserer Kultur mangelt die früher realisierbare und realisierte Einheit der Weltanschauungen, auf die sich die Einheit und geistige Geschlossenheit der Universität stützte. Wer die Einheit der modernen Universität für notwendig oder für besonders wertvoll hält, der muss nach einer neuen, der heutigen Situation adäquateren Lösung suchen. Die mittelalterliche Form, in die moderne Kultur übertragen, muss zu einem Museumsstück werden.

Die Universität, auf die ihr eingeräumte Sonderstellung, die Autonomie, gestützt, hat sich weitgehend nach eigener Gesetzlichkeit entwickelt und den lebendigen Kontakt mit ihrer Umwelt verloren. In der Überschätzung ihrer jahrhundertelangen Tradition entwickelte sie eine stark konservative Einstellung und widersetzte sich jeder umfassenden Änderung. Sie musste zwar dem Druck der neuen Forderungen manchmal nachgeben, statt sich jedoch durch eine tiefgreifende Umformung an die neuentstandenen Aufgaben anzupassen, versuchte sie ihre alte Struktur beizubehalten und den neuen an sie gestellten Erfordernissen mit kleineren Korrekturen an ihrem Bau zu begegnen. So hat sich die Universität im Laufe der Jahre langsam von ihrem Urbild entfernt, wobei dieser Prozess allerdings nicht aus eigenem Impulse, sondern vielmehr als Reaktion auf den starken Druck von aussen erfolgte. An der Entwicklung der ganzen Kultur gemessen, ist die Veränderung der Universität gering; sie hat irgendwie mit dem Ganzen nicht Schritt gehalten und ist in ihrer Entwicklung zurückgeblieben.

Die Geschichte der Universitäten scheint uns den Beweis zu erbringen, dass die Gesellschaft nicht imstande ist, eine durchgreifende Reform der Hochschulen durchzuführen. Die Universität, als „derjenige Punkt . . . , in welchem, mit Besonnenheit und nach einer Regel, jedes Zeitalter seine höchste Verstandesbildung übergibt dem folgenden Zeitalter, damit auch dieses dieselbe vermehre . . . “⁵⁶, kann nur selbst, aus eigenem Geiste ihre

Gestalt verändern. Sie ist die höchste Instanz auf dem Gebiete der geistigen Bildung und deshalb muss sie innerhalb dieses Gebietes souverän entscheiden. Die Gesellschaft stellt bestimmte Aufgaben — darüber aber, wie sie von der Universität zu erfüllen sind, kann sie nicht bestimmen. Darin sehen wir den tiefsten Sinn der Universitätsfreiheiten, das Wesen ihrer Autonomie.

Die Autonomie gibt den Rahmen, sichert einen freien Spielraum, innerhalb welchem die Universität ihre Ziele verfolgen kann. Sie bürgt nicht für das geistige Niveau der Hochschule; sie gibt nur Möglichkeiten, schafft Voraussetzungen. Wie jede Freiheit, kann sie auch missbraucht werden. Erst durch ihre Tätigkeit füllt die Universität den Rahmen mit dem geistigen Inhalt aus, und bestimmt damit selbst ihr Schicksal.

Inmitten des die moderne Kultur charakterisierenden Wertchaos nimmt die Universität eine besondere Stellung ein, als eine Institution, die sich auf einen höchsten Wert — auf die Idee der Wahrheit — stützen kann. Ob sie die aus dieser Sonderstellung erwachsenden Aufgaben übernehmen wird, ist von grösster Bedeutung nicht nur für sie selbst, sondern auch für die Gesellschaft. Diese Entscheidung muss jedoch der Selbstbestimmung der Universität überlassen werden.

Literaturverzeichnis

- Andina, Rinaldo, Die Stellung des Akademikers in Gesellschaft und Beruf, Zürich 1951.
- Bauer, K. H. (hsg.), Vom neuen Geist der Universität, Berlin-Heidelberg 1947.
- Benndorf, Hans, Die Aufgaben der Universität und ihre Bedeutung für Volk und Staat, Graz 1932.
- Bericht der Universität Basel, Basel 1939 ff.
- (Bischoff, Gottlieb), Ratschlag betreffend den Anzug über Erwerbung der neu zu gründenden Eidgenössischen Hochschule, Basel 1863.
- Blättner, Fritz, Ein Wort an die akademische Jugend, Hamburg 1946.
- Bluntschli, J. C., Über die Gründung einer schweizerischen Akademie der Wissenschaften. Drei Briefe an einen schweizerischen Staatsmann von . . ., Zürich 1858.
- Über die Einteilung in Fakultäten, Heidelberg 1877.
- Boner, Georg, Die Universität Basel in den Jahren 1914-1939, Basel 1943.
- Brömser, Ph., Über die Aufgaben der Hochschule im national-sozialistischen Reich, München 1939.
- Burckhardt, Albrecht, Über den Zustand der Universität Basel im 17. und 18. Jahrhundert, Basel 1910.
- Burckhardt, Paul, Geschichte der Stadt Basel von der Zeit der Reformation bis zur Gegenwart, Basel 1942.
- Carr-Saunders, A. M., The Function of Universities in the Modern World: The Sociological Review 32, 1940.
- (Christ), Schulen und Universität in Basel. Aufklärungen, Basel 1851.
- Colonetti, G., L'université d'après-guerre et sa reconstruction, in: Reconstruire l'université, 1944.
- Einige Worte über die bevorstehende Schulreorganisation in Basel, Basel 1850.
- Ernst, Fritz, Vom Studieren, Heidelberg 1946.
- Fichte, Johann Gottlieb, Deducirter Plan einer zu Berlin zu errichtenden höhern Lehranstalt, Stuttgart 1817. (In: Spranger, Das Wesen der Universität, Leipzig 1910.)
- Flexner, Abraham, Universities: American, English, German, New York 1930.
- Frank, Wilhelm, Studenten und Universitäten nach dem Kriege, Affoltern a. A. 1945.
- Fueter, Eduard, Die Verpflichtung zum Druck der Dissertationen an den schweiz. Hochschulen. (Multigr.) Zürich 1945.
- Das Studium generale. Bedeutung - Notwendigkeit - Entwicklung. Sonderdruck aus der „Schw. Hochschulzeitung“, Zürich 1953.
- Gäumann, Ernst, Gymnasium und Hochschule. Bericht über das Schuljahr 1931/32, Gymnasium Biel, Biel 1932.
- Geiger, Theodor, Aufgaben und Stellung der Intelligenz in der Gesellschaft, Stuttgart 1949.
- Geiser, Karl, Die Bestrebungen zur Gründung einer eidgenössischen Hochschule, Bern 1890.

- Gerber, H., Die Rechtsgestalt der Universität im Zusammenhang des staatlichen Lebens. (Die Universität, ihre Geschichte, Aufgaben und Bedeutung in der Gegenwart, Stuttgart 1933, Heft 12.)
- Geschichte der Freiwilligen Akademischen Gesellschaft. Jahresbericht 1946.
- Häberlin, Paul, Über akademische Bildung. Rektoratsrede, Basel 1936.
- Haenssler, Ernst H., Die Krisis der theologischen Fakultät, Zürich 1929.
- Die Basler Universität am Scheidewege, Basel 1936.
- Heidegger, Martin, Die Zeit des Weltbildes, in: Holzwege, Frankfurt a. M. 1950.
- Henschen, Carl, Entwicklungsnotwendigkeiten der Hochschule. Rektoratsrede, Basel 1946.
- Heusler, Andreas, Zur Frage einer eidgenössischen Rechtsschule, Basel 1891.
- Geschichte der Stadt Basel. 4. Auflage, Basel 1934.
- Honigsheim, Paul, Die Gegenwartskrise der Kulturinstitute in ihrer soziologischen Bedingtheit, in: Max Scheler, Versuche zu einer Soziologie des Wissens, München/Leipzig 1924.
- Howald, Ernst, Die Platonische Akademie und die moderne Universitas litterarum, Bern 1921.
- Die Hochschulen der deutschen Schweiz, in: Erziehungsgedanke und Bildungswesen in der Schweiz, Leipzig 1936.
- Index donationum, Basel 1933.
- Irvine, James Sir, The Academic Burden in a Changing World. Aberdeen University Studies N. 119, Aberdeen 1942.
- (Iselin, Isaak), Unvorgreifliche Gedanken über die Verbesserung der B...schen hohen Schule, 1757.
- Jaspers, Karl, Die Idee der Universität, Berlin 1946.
- Vom lebendigen Geist der Universität, Heidelberg 1946.
- Karrer, Paul, Universität und Staat. Festrede des Rektors, gehalten an der 117. Stiftungsfeier der Universität Zürich am 29. April 1950.
- Die Katholische Universität Freiburg. Ihr Werden und ihr Sein, ihr Sinn und ihre Sendung, Freiburg (1941).
- Koch, Fr., Deutsche Kultur des Idealismus. Handbuch der Kulturgeschichte, Potsdam 1935.
- König, René, Vom Wesen der deutschen Universität, Berlin 1935.
- Kroh, O., Universität und allgemeine Volksbildung. (Die Universität, ihre Geschichte, Aufgaben und Bedeutung in der Gegenwart, Stuttgart 1933, Heft 5.)
- Künert, H., und Kranold, H., Wege zur Universitätsreform, München 1913.
- Kummer, J. J., Die Hochschulen in der Schweiz. Separatabdruck aus der „Schweiz. Zeitschrift für Gemeinnützigkeit“, XXX. Jahrgang, Zürich 1891.
- Lang, A., Über die Stellung und Aufgabe der Universität in unserm demokratischen Staate, Zürich 1896.
- Locher, A., Die Unterstützung der kantonalen Hochschulen durch den Bund, Zürich 1904.
- Löwe, Adolf, The Universities in Transformation, London 1940.
- Lutz, Markus, Geschichte der Universität Basel. Von ihrer Gründung bis zu ihrer neuesten Umgestaltung, Aarau 1826.
- Mannheim, Karl, Man and Society, London 1944.
- Martin, P. E., L'université militante, Genève 1946.
- Merian, P., Aufruf zur Gründung einer Europäischen „Akademie der Wissenschaften“ in Basel, Basel 1939.

- Merian, P., „Basilika“ oder die Europäische Akademie, Basel 1939.
 — Universität und „Akademie“, Basel 1939.
- Müller, Ed., Die nationale Bedeutung der Hochschule, Bern 1876.
- Näf, Werner, Universitas litterarum. Rektoratsrede, Bern 1947.
 — Wesen und Aufgabe der Universität, Bern 1950.
- Die neue Hochschule der schweizerischen Eidgenossenschaft und die alte Universität Basel. Ein Neujahrswunsch für 1851 allen Bürgern der Stadt Basel gewidmet, Basel 1851.
- Newlon, Jesse H., Education for Democracy in Our Time, 1939.
- Oeri, Albert, Die Basler Universität und das Basler Gemeinwesen. Separatabdruck aus den „Basler Nachrichten“ vom 11. bis 17. Juni 1910.
- Ogburn, W. F., Nimkoff, M. F., A Handbook of Sociology, London 1947.
- Ortega y Gasset, J., Mission of University, London 1946.
- Paulsen, Fr., Geschichte des gelehrten Unterrichts auf den deutschen Schulen und Universitäten, Leipzig 1885, Buch III.
- Personal-Verzeichnis der Universität Basel, 1901 ff.
- Plessner, Helmuth, Zur Soziologie der modernen Forschung und ihrer Organisation in der deutschen Universität, in: Max Scheler, Versuch zu einer Soziologie des Wissens, München/Leipzig 1924.
- Ratschlag und Gesetzentwurf betreffend die Organisation der Universität und des Pädagogiums, Basel 1835.
- Ratschlag und Gesetzesentwurf betreffend Revision der Universitätsgesetze, Basel 1854.
- La recherche de la vérité et la formation de l'homme. Le rôle des facultés. Quel est aujourd'hui le but des études supérieures? Genève 1949.
- Rechnung über das Vermögen der Universität Basel vom Jahr 1946, Basel 1947.
- Richtlinien zur Wahl des akademischen Studiums, Basel 1925.
- Richtlinien zur Wahl des akademischen Studiums, Basel 1943.
- Ritter, Gerhard, Die Idee der Universität und das öffentliche Leben, Freiburg i. Br. 1945.
- R. M., Die schweizerische Universität, Bern 1848.
- Rohn, A., La tâche nationale des hautes écoles suisses, Zürich 1940.
- Ruck, Erwin, Die Rechtsstellung der Basler Universität. Rektoratsrede, Basel 1930.
 — Die Universität Basel, Düsseldorf u. Wien 1930.
- Rückert, H., Die Stellung der Reformation zur mittelalterlichen Universität. (Die Universität, ihre Geschichte, Aufgaben und Bedeutung in der Gegenwart, Stuttgart 1933, Heft 3.)
- Salin, Edgar, Über Vorzug und Gefahr der allgemeinen Bildung, in: Synopsis, Heidelberg 1948.
- Sammlung der Gesetze und Beschlüsse für den Kanton Basel-Stadt.
- Schäppi, J., Ein Beitrag zur richtigen Lösung der schweizerischen Hochschulfrage etc., Zürich 1889.
- Schairer, R., Hoffmann, C. (hsg.), Die Universitätsideale der Kulturvölker, Leipzig 1925.
- Scheler, Max, Probleme einer Soziologie des Wissens, in: Max Scheler, Versuche zu einer Soziologie des Wissens, München/Leipzig 1924.
- Universität und Volkshochschule, in: Soziologie des Volksbildungswesens, München/Leipzig 1921.

- Schelling, Friedrich Wilh. Jos., Vorlesungen über die Methode des akademischen Studiums, Tübingen 1803.
- Schleiermacher, F., Gelegentliche Gedanken über Universitäten in deutschem Sinn, Berlin 1908. (In: Spranger, Über das Wesen der Universität, Leipzig 1910.)
- Schmid, J., Wollen und Ziele der neuen Hochschule. Mainzer Universitätsreden 1., 1946.
- Schmidhauser, Julius, Der Kampf um das geistige Reich. Bau und Schicksal der Universität, Hamburg 1933.
- Schnell, J., Schönbein, C., Die Universität von Basel, was sie fordert und was sie leistet, Basel 1851.
- Schnell, J., Die Universität von Basel, was ihr gebricht und was sie sein soll, Basel 1854.
- Schweizerische Hochschulstatistik 1890-1935. Beiträge zur schweizerischen Statistik. Heft 3, Bern 1935.
- Schweizerische Hochschulzeitung, 1927 ff.
- Sigerist, H. E., The University at the Crossroads, New York 1946.
- Simon, Paul, Probleme der Universität. (Die Universität, ihre Geschichte, Aufgaben und Bedeutung in der Gegenwart, Stuttgart 1933, Heft 1.)
- Voraussetzung und Wesen der mittelalterlichen Universität. (Die Universität, ihre Geschichte, Aufgaben und Bedeutung in der Gegenwart, Stuttgart 1933, Heft 2.)
- Spranger, Eduard, Wandlungen im Wesen der Universität seit 100 Jahren, Leipzig 1913.
- Über das Wesen der Universität, Leipzig 1910.
- Staats-Rechnung des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 1946.
- Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt, 1944 ff.
- Steffens, Henrik, Über die Idee der Universität, Berlin 1809. (In: Spranger, Über das Wesen der Universität, Leipzig 1910.)
- Strich, Fritz, Schweizerische Akademiereden. Vorwort, Bern 1945.
- Studienplan für die Studierenden der Rechte, Basel 1945.
- Die Studierenden an Schweizerischen Hochschulen. Sonderhebung 1936. Beiträge zur schweizerischen Statistik, Heft VII, Bern 1938.
- Die Studierenden an Schweizerischen Hochschulen. Erhebung 1946. Beiträge zur schweizerischen Statistik, Heft 17, Bern 1947.
- Stundenplan der Medizinischen Fakultät, Basel 1941.
- Tank, Fr., Die Hochschule, Zürich 1945.
- Teichmann, Albert, Die Universität Basel in den fünfzig Jahren seit ihrer Reorganisation im Jahre 1835, Basel 1885.
- Die Universität Basel in ihrer Entwicklung in den Jahren 1885-1895, Basel 1896.
- Tenbruck, Fr., und Treue, Wilhelm, Studium Generale. Bericht über zwei Weilburger Arbeitstagungen, 30. August bis 1. Sept. und 3. bis 15. Sept. 1951.
- Thommen, Rudolf, Geschichte der Universität Basel 1532-1632, Basel 1889.
- Die Universität Basel in den Jahren 1884-1913, Basel 1914.
- Thürig, Werner, Unsere Universität, in: Der Neue Bund, N. 5, Mai 1947.
- Troxler, I. P., Die Gesamthochschule der Schweiz und die Universität Basel, Trogen 1830.
- Über Idee und Wesen der Universität in der Republik, in: Schweizerische Akademiereden, Bern 1945.

- University Planning, in: *Economist* 1946, N. 5348.
- Verhandlungen des Grossen Rathes von Basel-Stadt über den Anzug des Herrn Oberst Wieland. Beilage zu Nr. 83 der Basler Nachrichten und Nr. 84, April 1862.
- (Vischer, Wilhelm), Die Eidgenössische Universität, Bern 1851.
- Vischer, Wilhelm, Geschichte der Universität Basel von der Gründung 1460 bis zur Reformation 1529, Basel 1860.
- Vischer, Wilhelm, jun., Eidgenössische Universität und Kantonalhochschulen. Offener Brief an Herrn Ständerath Kappeler, Basel 1874.
- Die Basler Universität seit ihrer Gründung. 89. Neujahrsblatt, herausgegeben von der Gesellschaft zur Förderung des Guten und Gemeinnützigen, Basel 1911.
- Vogt, Gustav, Zur Hochschulfrage. Separatabdruck aus der „Schweiz. Zeitschrift für Gemeinnützigkeit“, XXX. Jahrgang, Zürich 1891.
- Volks-Hochschul-Kurse an der Universität Basel, 1943 ff.
- Von den Nachkriegsaufgaben unserer Universität, Basel 1945.
- Vossler, Karl, Forschung und Bildung an der Universität, München 1946.
- Wackernagel, J., sen., Stadt und Universität Basel, Basel 1930.
- Wackernagel, Rudolf, Geschichte der Stadt Basel, Bd. I-III, Basel 1907 ff.
- Wahl, Adalbert, Die Hochschulen des Auslandes. (Die Universität, ihre Geschichte, Aufgaben und Bedeutung in der Gegenwart, Stuttgart 1933, Heft 11.)
- Weber, Max, Der Sinn der „Wertfreiheit“ der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften, in: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, Tübingen 1921.
- *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1922.
- *Wissenschaft als Beruf*, in: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, Tübingen 1921.
- Wette, W. M. L. de, Rede bei der öffentlichen Feier der Wiederherstellung der Universität, Basel 1835.
- Wundt, Max, Der Sinn der Universität im Deutschen Idealismus. (Die Universität, ihre Geschichte, Aufgaben und Bedeutung in der Gegenwart, Stuttgart 1933, Heft 4.)
- Ziegler, Theobald, Über Universitäten u. Universitätsstudium, Leipzig/Berlin 1913.
- Zollinger, Max, Hochschulreife. Bestimmung und Verantwortung der schweizerischen Gymnasien, Zürich 1939.
- Hochschulreife. Sinn und Grenzen gymnasialer Bildung. Separatabdruck aus dem Archiv für das schweizerische Unterrichtswesen, 1943.
- Zur Eidgenössischen Hochschulfrage, Basel 1863.

Curriculum vitae

Ich, Andreas Miller, wurde am 26. Mai 1919 in Warschau geboren, wo ich die Elementar- und Mittelschule bis zum Abschluss besuchte. Nachdem ich 1940 meine Maturitätsprüfung bestanden hatte, begann ich 1943 mein Studium der Rechte und Philosophie an der „Geheimen Universität Warschau“, wie es durch die Umstände während der Kriegszeit bedingt war. Im Jahre 1945 immatrikulierte ich mich an der Universität Lodz, von da gelangte ich nach zwei Semestern als Gaststudent der Akademischen Nachkriegshilfe an die Universität Basel.

Mein Studium an der Basler Philosophisch-Historischen Fakultät dauerte vom Dezember 1946 bis Mai 1951. Es war der Volkswirtschaftslehre und Soziologie als Hauptfach und der Philosophie und Ethnologie als Nebenfächern gewidmet. Ich habe bei folgenden Dozenten Vorlesungen gehört oder Übungen besucht: in Polen bei den Herren J. Chalasinski, T. Kotarbinski, St. Ossowski, W. Tatarkiewicz; in Basel bei den Herren H. Gauss, K. Jaspers, E. Salin, H. Schmalenbach, F. Speiser, V. F. Wagner.

Die vorliegende Dissertation entstand unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. Edgar Salin. Ihm vor allem, aber auch meinen übrigen Lehrern möchte ich für das Empfangene danken. Mein Dank gilt auch dem Universitätssekretär, Herrn Jacob Bolli, für die Bereitstellung der erforderlichen Unterlagen und die Förderung meiner Arbeit durch wertvolle Hinweise.

Die Möglichkeit, in Basel zu studieren, verdanke ich der Akademischen Nachkriegshilfe der Universität Basel und ihrem Präsidenten, Herrn Prof. Dr. Ernst Staehelin.

Meinen besonderen Dank möchte ich auch der Kommission der Basler Studienstiftung sowie dem Regenzausschuss der Universität Basel aussprechen, die mir die Drucklegung der Arbeit durch grössere Beiträge ermöglicht haben.

